



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Bayerischer Städtetag:

Klimaschutz und digitale Schule

Für Bernd Buckenhofer, Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags ist klar: Klimaschutz ist eine Herausforderung, die auch lokal angepackt werden muss. Auf bayerischer Ebene funktionieren die Klimaschutzziele im Schulterschluss von Freistaat und kommunaler Ebene. Seine für Herbst angekündigte Klimastrategie des Freistaats muss mit realistischen Zielen und finanziellen Mitteln ausgestattet sein. (siehe dazu Seite 2 „Strategie statt Ideologie“).

Mit ihren zahlreichen Facetten öffne die kommunale Daseinsvorsorge Potenziale zur Energieeinsparung, von der Abwasserentsorgung bis zur Straßenbeleuchtung, fuhr der Geschäftsführer fort. Klimaschutz benötige eine langfristig angelegte Planung. Konzepte zum Klimaschutz umfassten nicht nur kommunale Liegenschaften, Verkehr, Abwasser und Abfall, sondern auch private Haushalte, Handel, Gewerbe, Dienstleistungen und Industrie. Klimaschutz stelle eine Querschnittsaufgabe in allen Bereichen staatlicher und kommunaler Politik dar. Praktische Ansätze seien eine klimafreundliche Siedlungsentwicklung mit Grünzügen und Bäumen, eine energetische Sanierung von Gebäuden, die Steigerung der Energieeffizienz, eine klimafreundliche Energieversorgung, energiesparende Gebäudetechnik, abgasmobilität und eine CO₂-arme Energiegewinnung.

Hebel des Klimaschutzes

Wichtige Hebel zum Klimaschutz setzen Buckenhofer zufolge bei der Stadtentwicklung und der Bauleitplanung an. Für eine klimafreundliche Siedlungsentwicklung laute das Motto: Innenentwicklung vor Außenentwicklung. Die bestehenden Siedlungsstrukturen böten die Chance, eine kompakte Stadt weiter zu entwickeln, indem Baulücken und Brachflächen konsequent genutzt werden. Dies steigere die Energieeffizienz und spare viele Kilometer zusätzlicher Infrastruktur mit Straßen, Kanälen oder Leitungen für neue Baugebiete auf der grünen Wiese. Gleichzeitig müssten Grünzüge und Freiräume gefördert werden. Das Anbindegebot im Baurecht helfe, die Innenentwicklung

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Von links: Landkreistagspräsident Landrat Christian Bernreiter, Landrat Helmut Weiß, Kommunalminister Joachim Herrmann, Weinprinzessin Selina I., MdL Gabi Schmidt, Dr. Johann Keller, Geschäftsführendes Präsidialmitglied beim Bayerischen Landkreistag.

Neue Ausstellung im Haus der bayerischen Landkreise:

Frankens Mehrregion

Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsheim:
Modernes Leben in traditionsreichen Orten

Mitte Juli wurde im Haus der bayerischen Landkreise die neue Ausstellung des Landkreises Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsheim eröffnet. Seither können sich Interessierte von „Frankens Mehrregion“ überzeugen.

Ob es sich um den einzigen Hersteller komplett emissionsfreier Fahrzeuge, herrliche Weine oder den berühmten Aischgründer Karpfen handelt – Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsheim hat „Mehr von allem“. Die Ausstellung wird rund ein Jahr lang zu besichtigen sein.

Region voller Chancen

Bayerns Innen- und Kommunalminister Joachim Herrmann würdigte bei der Ausstellungseröffnung den Landkreis Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim als eine besonders hochattraktive Lebens-, Wirtschafts- und Tourismusregion. „Als Vorsitzender des

Tourismusverbands Franken weiß ich, dass die Region voller Chancen, voller Energie und voller Erlebnisse steckt“, betonte Herrmann. „Der Landkreis bietet seinen Einwohnern und Besuchern einen echten Mehrwert an Lebensqualität.“ Grund dafür sei eine Vielzahl von Faktoren wie etwa attraktive Erholungs- und Sportmöglichkeiten in der Natur oder die erfolgreiche regionale Wirtschaft mit mehr als 6.000 ansässigen Unternehmen. Den großen Erfolg der Region bewiesen auch die Übernachtungszahlen, die in den vergangenen zehn Jahren um fast eine halbe Million von knapp 1,6 Millionen in 2008 auf

(Fortsetzung auf Seite 4)

Dialektpreis Bayern 2019

Heimatminister Füracker würdigte neun Preisträger für ihre besonderen regionalen Verdienste um die Dialektpflege und Dialektologie

In diesem Jahr wurden neun Personen oder Projekte mit dem „Dialektpreis Bayern“ ausgezeichnet. Der von Finanz- und Heimatminister Albert Füracker in München verliehene und mit je 1.000 Euro dotierte Preis würdigt besondere regionale Verdienste im Bereich Dialektpflege und -forschung.

„Der Dialekt ist mit der Heimat eng verwoben und ist gelebte Kultur. Er schafft das Gefühl von Vertrautheit und Geborgenheit und zählt zum kulturellen Erbe Bayerns. Die Preisträger tragen durch ihr Schaffen und ihre Projekte nachhaltig dazu bei, dass die „Heimatsprache“ aktiv gepflegt und erforscht wird. Nur so können wir die heimischen Dialekte auch für die kommenden Generationen erhalten“, betonte Füracker. „Unsere Preisträger zeigen, dass die Pflege der Mundart nach wie vor einen hohen Stellenwert in der Gesellschaft im Freistaat genießt.“

Die Preisträger

Für jeden Regierungsbezirk ist grundsätzlich eine Auszeichnung vorgesehen. Für Schwaben werden im Hinblick auf die beiden Sprachregionen Allgäu und Nord-/Mittelschwaben jeweils separate Preise vergeben. Zusätzlich gibt es einen Preis für

die sudetendeutsche Mundartpflege.
• Oberbayern: Prof. Dr. Anthony Rowley. Der Sprachwissenschaftler mit britischen Wurzeln – bekannt aus der Sendung „Wir in Bayern“ – ist derzeit einer der führenden Dialektologen.
• Niederbayern: Cimbern-Kuratorium-Bayern e.V. Die Preisträger pflegen und fördern Sprache und Kultur der Zimbern.
• Oberpfalz: P-Seminar „Dirschard – dou samma daham“ des Stiftiland-Gymnasiums Tirschenreuth. 14 Schülerinnen und Schüler setzten sich intensiv mit dem Thema Dialekt auseinander.
• Oberfranken: David Saam. Mit seinem großen fachlichen Können öffnet der Musiker fränkische Volksmusik für Einflüsse aus aller Welt und zeigt wie völkerverbindend Musik sein kann.
• Mittelfranken: Günter Stösse. Der Nürnberger Liedermacher unterlegt Blues, Folk und Ragtime-Lieder mit fränkischer Mundart.

Bayerischer Gemeindetag:

Planungsfreiheit in Gefahr

Bayerns Kommunen lehnen eine staatliche Deckelung des Flächenverbrauchs kategorisch ab

Wie Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl in München deutlich machte, sei es „politisch nicht fair und gesellschaftspolitisch riskant, den Gemeinden und Städten dafür Fesseln für ihre Entwicklung in Gestalt von starrem Flächenvorgaben anzulegen“.

„Bayerns Gemeinden und Städte bauen Straßen, damit die Menschen in Stadt und Land gleichberechtigt mobil sein können. Sie bauen Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser und Seniorenheime, um die sozialen Bedürfnisse der Menschen zu decken. Sie ermöglichen, dass Gewerbebauten, Büros und Fabriken errichtet werden, damit die Menschen in Bayern ein Einkommen haben und nicht abwandern müssen. Und vor allem schaffen sie bezahlbaren Wohnraum, damit die Menschen ein Dach über dem Kopf haben, was einem derzeit besonders drängenden Anliegen entspricht“, hob Brandl hervor. Dafür müssten selbstverständlich Flächen bereit gestellt werden.

Anreize mit Lenkwirkung

Eine wie auch immer geartete Berechnungsformel von Pflicht- oder Richtgrößen der möglichen Flächeninanspruchnahme würde freilich in vielen Kommunen zu willkürlichen oder die Bürgerbelange nicht berücksichtigenden Ergebnissen führen. „Wir brauchen keine Berechnungsformel, wie viel eine Gemeinde wo und wann überbauen darf“, so der Gemeindetagschef.

Ein entsprechendes Volksbegehren war 2018 wegen formaler Mängel gescheitert. Die Grünen sprechen sich für eine Deckelung auf fünf Hektar ab 2026 aus.

Laut Brandl „unterstützen wir alle gesetzgeberischen Ideen, Vorschläge und Maßnahmen zur Verbesserung der Instrumente der Innenentwicklung, zu Fördersystemen mit Lenkungswirkung, zu steuerlichen Anreizsystemen, zu Baustandards, zur Wiederbelebung der Ortsplanungsstellen und zur Weiterbildungs- und Beratungsangeboten – immer vorausgesetzt, dass diese jeweils das Prinzip der örtlichen Eigenverantwortlichkeit und der Chancengleichheit aller Regionen Bayerns wahren“. Ein ganzheitliches bayerisches Innenentwicklungs- und Flächenspargesetz könnte diesem Anliegen am besten dienen.

Beim Flächenverbrauch liegt der Freistaat im bundesweiten Ver-

gleich vorn. Allein in 2017 sind dort rund 4.300 Hektar Freifläche in Siedlungs- und Verkehrsflächen verwandelt worden. Laut Landesamt für Statistik lag der durchschnittliche Flächenverbrauch pro Tag bei 11,7 Hektar, das entspricht fast 17 Fußballplätzen.

Auch beim Thema Pkw-Maut hat sich der Bayerische Gemeindetag klar positioniert: So plädiert Präsident Brandl für ein einheitliches Modell, das alle Autofahrer auf allen bundesdeutschen Straßen einschließt. Dadurch werde verhindert, dass Kommunen durch Ausweichverkehr belastet würden. Es gebe noch keinen Präsidiumsbeschluss des Gemeindetags, jedoch findet der Präsident es „nur gerecht, dass jemand, der eine öffentliche Leistung nutzt, dafür auch bezahlt“. Im Übrigen könne man sowohl auf ein „Bürokratie-Monster“ als auch auf „Hochtechnologie-Schnick-Schnack“ verzichten.

Die Einnahmen aus der Maut will Brandl direkt wieder in die Erhaltung der Straßen investieren. Den Kommunen fehle es dafür an Geld. „Wir arbeiten seit Jahren höchst defizitär“, sagte er. Über die Verteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen müsse allerdings noch diskutiert werden. **DK**



Probleme über Probleme. Tatsächlich ist fast alles, was uns täglich umgibt, im Kern schädlich. Dennoch gilt es, mit den Unvollkommenheiten der derzeitigen Technologien zu leben und sie schrittweise zu verbessern. Fortschritt braucht Optimismus. Seite 19

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Landarztquote und Krippengeld	2
CSU-Klimakonzept: Strategie statt Ideologie	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Sparsame Flächennutzung statt Verbotspolitik	3
Festakt 10 Jahre Bayerische Integrationsbeauftragte	3
Demenz in den Mittelpunkt rücken	3
Kommunale Finanzthemen	5 - 10
Abfall - Umwelt	11
Kommunales Verkehrswesen - Kommunalfahrzeuge	12 - 15
Kommunale Grünanlagen - Friedhöfe	16 - 17
Aus den bayerischen Kommunen	18 - 20

Bayerisches Kabinett:

Landarztquote und Krippengeld

Der Bayerische Ministerrat hat zahlreiche sozial- und gesundheitspolitische Maßnahmen auf den Weg gebracht. An den Beratungen dazu haben auch Vertreter der Kommunalen Spitzenverbände teilgenommen, da für die Bayerische Staatsregierung in diesen Politikfeldern der enge Schulterschluss mit den Kommunen besonders wichtig ist.

Mit dem Start des bayerischen Krippengelds zum 1. Januar 2020 will der Freistaat ein weiteres starkes Signal für die Wertschätzung der Familien setzen. Laut Gesetzentwurf sollen Eltern bei den Kita-Kosten mit einem Zuschuss von bis zu 100 Euro pro Monat entlastet werden. Der Freistaat wird hierfür jährlich ca. 105 Mio. Euro aufwenden. Von dem Krippengeld profitieren Eltern mit Kindern ab deren ersten Geburtstag bis zum 31. August des Jahres, in dem das Kind das dritte Lebens-

jahr vollendet. Im Anschluss werden die Familien dann über den Beitragszuschuss von 100 Euro monatlich für die gesamte Kindergartenzeit entlastet. Diese Unterstützung leistet die Staatsregierung bereits seit 1. April 2019.

Einkommengrenzen

Das Krippengeld wird bis zu einer Einkommensgrenze von 60.000 Euro jährlich für einen Haushalt mit einem Kind gezahlt. Für jedes weitere Kind er-

den dabei zusätzlich zur Förderung nach dem Bayerischen Finanzgleichgesetz mit einer Sonderinvestitionsförderung massiv unterstützt. Das Ausbauziel soll auf insgesamt 50.000 Plätze aufgestockt werden mit zusätzlichen Haushaltsmitteln in Höhe von rund 127 Mio. Euro. Außerdem wird die Antragsfrist um ein Jahr bis 31. August 2020 verlängert. Auch ist vorgesehen, 10.000 Hortplätze zu schaffen.

Medizinische Versorgung im ländlichen Raum

Darüber hinaus verstärkt Bayern nochmals den Fokus auf die Ausbildung und Ansiedlung von Ärzten im ländlichen Raum. Der Ministerrat bringt dafür die Landarztquote für Medizinstudenten auf den Weg. Ab dem Wintersemester 2020/21 sind bis zu 5,8 Prozent aller Medizinstudienplätze pro Wintersemester in Bayern für diejenigen Studenten reserviert, die später als Hausärzte im ländlichen Raum tätig werden wollen. Den Bedarf, anhand dessen sich die Quote bemisst, ermittelt die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns. Abhängig vom prognostizierten Bedarf werden rund 90 Studienplätze im Rahmen der Landarztquote vergeben.

Für den Beginn eines Medizinstudiums im Rahmen der Landarztquote ist die Abiturnote nicht mehr entscheidend. Vielmehr erhalten auch diejenigen Bewerber eine Chance, die fachlich sowie praktisch bereits in einem Gesundheitsberuf qualifiziert und gleichzeitig an einer Tätigkeit im ländlichen Raum interessiert sind. Mit Annahme des Studienplatzes verpflichten sich die Studierenden, nach Studium und Weiterbildung für mindestens zehn Jahre in einer Region zu arbeiten, die unterversorgt oder von Unterversorgung bedroht ist. Zu erwarten ist, dass die Ärzte in dieser Zeit enge Bindung zu ihrem Arbeitsort aufbauen und langfristig dort tätig sein werden.

hört sich die Einkommensgrenze um 5.000 Euro.

Zudem stockt die Staatsregierung die erfolgreiche Sonderinvestitionsförderung für den Ausbau der Kindertagesbetreuung weiter auf. Das ursprüngliche Ziel von 42.000 neuen Betreuungspätzen für Kinder bis zur Einschulung ist bereits so gut wie erreicht. Die Gemeinden wer-

außerdem mit einem Stipendium unterstützt. Stipendiaten erhalten 600 Euro pro Monat für maximal vier Jahre, wenn sie sich verpflichten, die fachärztliche Weiterbildung im Fördergebiet zu absolvieren und danach mindestens 60 Monate im Fördergebiet ärztlich tätig zu sein.

Bundesweiter Vorreiter

Bundesweiter Vorreiter ist Bayern bereits mit dem Ausbildungsprogramm „Beste Landpartie Allgemeinmedizin“. Dabei arbeiten Lehrkrankenhäuser mit Hausarztpraxen im ländlichen Raum zusammen. Studenten werden zudem durch Wohnungsangebote, Projektarbeit, Notdienstwochenenden und eine intensive Betreuung durch Mentoren bereits während des Studiums in den ländlichen Regionen eingebunden. Das Programm läuft seit dem Wintersemester 2018/19 an der Technischen Universität München für die Standorte Dillingen, Mühldorf am Inn und Eichstätt/Kösching sowie seit dem Sommersemester 2019 an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg für die Standorte Forchheim/Ebermannstadt, Kulmbach/Stadtsteinbach, Weißenburg/Gunzenhausen und Scheßlitz/Burgebrach. Es soll nun auf weitere Regionen des Freistaats, zunächst in Unterfranken, ausgeweitet werden.

Um der insgesamt hohen Nachfrage nach Ärzten gerecht zu werden, baut Bayern auch das Angebot an Medizin-Studienplätzen weiter aus. Rund 1.500 zusätzliche Medizinstudiennplätze werden ab 2019 an der Universität Augsburg geschaffen. Hinzu kommen 600 neue Medizin-Plätze am Medizincampus Oberfranken in Bayreuth. Damit ist der Freistaat bundesweites Vorbild.

Eine wohnortnahe medizinische Versorgung aufrecht zu erhalten, ist ein klares Ziel der Bayerischen Staatsregierung und wesentlicher Bestandteil des Koalitionsvertrags. So sollen künftig Kommunen kräftiger unterstützt werden, die sich besonders für den Erhalt und die Verbesserung der ambulanten ärztlichen Versorgung vor-

CSU mit neuem Klimakonzept:

Strategie statt Ideologie

Bei einer Klausurtagung am Starnberger See hat der CSU-Vorstand seine Klimastrategie einstimmig beschlossen. Das Konzept bringt die Bereiche Klimaschutz, Konjunktur und Soziales zusammen. Kerngedanke ist, Anreize für mehr Klimaschutz zu setzen, anstatt beispielsweise eine CO₂-Steuer einzuführen. Ziel ist ein Klimaschutz mit Vernunft.

Neben der Aufnahme des Klimaschutzes als Staatsziel in das Grundgesetz und die Bayerische Verfassung plant die CSU einen Klimapakt von Bund, Ländern und Kommunen. Zudem will sie sowohl ein nationales Emissionshandelssystem für Verkehr und Gebäude als auch Preisgrenzen für den CO₂-Preis einführen.

Als Teil der Klimaschutz-Strategie sind auch Steuererleichterungen für Bürger, die energiesparende Haushaltsgeräte kaufen, geplant. Wer sich höchst energieeffiziente Waschmaschinen, Trockner oder ähnliche Geräte zulegt, soll 20 Prozent der Kosten bei der Steuer erstattet bekommen. Der „Klimabonus für Daheim“ soll bis zu einer Höhe von maximal 10.000 Euro jährlich gewährt werden. Gefördert werden sollen auch energetische Gebäudesanierungen an selbst genutztem Wohneigentum und der Austausch alter Heizungsanlagen bis 2030.

Ebenso auf der Agenda stehen die Absenkung der Mehrwertsteuer auf Bahntickets von 19 auf 7 Prozent, die schrittweise Einführung von 365-Euro-Tickets, die Stärkung des Radverkehrs sowie die Begünstigung von E-Dienstwagen und die klimafreundliche Umgestaltung der Kfz-Steuer für Neuwagen. Auch will die CSU mit einer nachhaltigen Preisgestaltung im Flugverkehr dafür sorgen, dass Bahn- und Busfahrten zu einer echten kostengünstigen Alternative zu Inlandsflügen werden.

Die Umlage für erneuerbare Energien soll schrittweise gesenkt, die Pendlerpauschale erhöht werden. Den Netzausbau gilt es zu be-

schleunigen. Der Kohle-Ausstieg soll schon ab 2030 plus möglich werden. Durch mehr Photovoltaik und Windenergie insbesondere in den Staatswäldern soll den Erneuerbaren neuer Schwung verliehen werden. Zudem sollen alternative Antriebe technologieoffen gefördert werden. Darüber hinaus richtet die CSU ihr Augenmerk auf die Entwicklung neuer synthetischer Kraftstoffe.

Die Reduzierung von Plastikabfall durch Recycling und Substitution schwebt der CSU ebenso vor wie das Forcieren der Wasserstoffwirtschaft, der Aufbau einer Batteriezellproduktion, der Ausbau des Nationalen Grundlagenzentrums Klimaforschung Schneefernerhaus sowie der Klimaresilienz- und Klimafolgenforschung in Augsburg.

Des Weiteren hat man sich zum Ziel gesetzt, die Waldaufforstung massiv voranzutreiben. Der Wald soll klimafest umgebaut und Moore als CO₂-Speicher geschützt werden. Ziel ist es, weltweite Klimapartnerregionen für den Klimaschutz vor Ort zu gewinnen.

Der Bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Dr. Markus Söder bezeichnete das Klimakonzept als ein Angebot etwa an „aktive Klimaschützer, die Lebenssituation zu verbessern“ und an „junge Menschen, um ihnen zu zeigen, dass wir ihre Anliegen auf Augenhöhe annehmen“. Was die Finanzierung der Reformmaßnahmen anbelangt, setzt Söder weiter auf die „schwarze Null“. Schulden zu machen für den Klimaschutz sei der falsche Weg. **DK**

DWA-Landesverbandstagung Bayern:

Wasserwirtschaft im Blickpunkt

Termin: 23. - 24. 10. 2019 in Fürth

Eine zukunftsfähige Ausrichtung der Wasserwirtschaft als zentrales Element der Daseinsvorsorge ist von großer Bedeutung. Die Seminarreihen „Abwasser“ und „Gewässer“, ein Workshop, eine Fachexkursion, eine Fachausstellung mit rund 80 Firmen sowie ein attraktives Rahmenprogramm bieten den Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmern umfassende Informationsmöglichkeiten.

Spurenstoffe, Klärschlammverwertung, Digitalisierung im Anlagenbetrieb, Kanalnetze, Dränwasser, klimaangepasste Städte, ökologische Gewässerentwicklung, Sturzflutenrisikomanagement und ökologischer Mehrwert lauten einige der Stichworte.

Der Fachkräftemangel hat nunmehr auch die Wasserwirtschaft erreicht. Deshalb möchte der DWA-Landesverband Bayern jungen Menschen ermöglichen, im Rahmen der Tagung die Branche kennenzulernen.

Anmeldung und Kontakt: <https://www.dwa-bayern.de/de/landesverbandstagung.html>; Tel.: 089-233 62590. □

27. Landeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“

155 Gemeinden beteiligen sich

Unter dem Motto „Mitmachen – Dabei sein – Gewinnen!“ gehen 155 bayerische Dörfer in den 27. Landeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“. Bei der Aktion werden besonders das Engagement der Bewohner und herausragende Ideen und Projekte zur zukunftsfähigen Entwicklung der Dörfer herausgestellt.

Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber lobte den Dorfwettbewerb als erfolgreiche Breitenbewegung im ländlichen Raum. „Damit aktivieren wir das bürgerschaftliche Engagement in den Dörfern und festigen die Dorfgemeinschaften.“ Jedes Dorf könne mit der Teilnahme nur gewinnen. Die Aktion motiviere die Menschen, an der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung ihrer Heimat mitzuwirken. „Sie bestimmen damit die Zukunftsperspektiven des eigenen Dorfes mit.“

Im 26. Wettbewerb konnten

Ort engagieren möchten. Hierzu soll in Zusammenarbeit mit den Kommunalen Spitzenverbänden ein Förderprogramm der Staatsregierung aufgelegt werden.

Flächendeckende Versorgung mit Hebammen

Konsequent ausgebaut wird auch die akademische Hebammenausbildung mit dem Ziel, die dauerhafte flächendeckende Versorgung von Familien und Müttern mit Hebammen in ganz Bayern weiter zu verbessern. Nach Landshut, München und Regensburg wird der Studiengang Hebammenwesen jetzt auch an nordbayerischen Hochschulstandorten eingerichtet. Der Ministerrat beschloss dazu vier weitere Standorte für das Hebammenstudium: die Technische Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm, die Hochschule für angewandte Wissenschaften Coburg zusammen mit den Bamberger Akademien für Gesundheits- und Pflegeberufe der Sozialstiftung Bamberg, die Julius-Maximilians-Universität Würzburg und die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg.

Bayernweit ist an sieben Hochschulen die akademische Hebammenausbildung möglich. Die ersten Studiengänge starten diesen Herbst an der Ostbayerischen Technischen Hochschule Regensburg und an der Katholischen Stiftungshochschule München, im Herbst 2020 an der Hochschule für angewandte Wissenschaften Landshut. Ein weiterer Standort im Regierungsbezirk Schwaben soll folgen.

Wohnen ist ein Grundbedürfnis der Menschen und entscheidend für die Lebensqualität – besonders für Menschen mit Behinderung. Die Staatsregierung startet deshalb bereits in diesem Jahr das Sonderinvestitionsprogramm „Konversion von Komplexeinrichtungen der Behindertenhilfe“, und da-

te Bayern auf Bundesebene ein hervorragendes Ergebnis erzielte: Im Juli dieses Jahres wurden Gestratz (Lkr. Lindau) mit Bundesgold ausgezeichnet, Hellmitzheim (Lkr. Kitzingen) und Niederwinkling (Lkr. Straubing-Bogen) erhielten die Silbermedaille. Seit dem Start des Wettbewerbs im Jahr 1961 beteiligten sich über 27.000 bayerische Dörfer. Die aktuelle 27. Wettbewerbsrunde endet 2022 mit der Bewertung auf Bundesebene. Detailinformationen finden sich auch im Internet unter www.lwg.bayern.de/dorfwettbewerb. □

mit ein Jahr früher als ursprünglich geplant. In 2019 stehen 12,2 Mio. Euro zur Verfügung, mit denen vier Konversionsprojekte mit je 24 Wohnplätzen in den Regierungsbezirken Oberpfalz, Schwaben, Mittelfranken und Oberfranken in Angriff genommen werden.

Unterstützung für Frauen, Wohnungs- und Obdachlose

Auch die Unterstützung für Wohnungs- und Obdachlose wird zielgerichtet weiter ausgebaut. Wesentlicher Baustein ist die Gründung der Stiftung Obdachlosenhilfe Bayern. Die Hilfeeinrichtungen auf der Straße sowie das Unternehmungsangebot sollen gestärkt werden, aber auch Beratung und Prävention können im Fokus stehen. Die Stiftung Obdachlosenhilfe Bayern wird als Verbrauchsstiftung mit Sitz in Augsburg gegründet; das Stiftungsvermögen beträgt zum Start fünf Millionen Euro.

Darüber hinaus unterstützt die Staatsregierung die vorrangig zuständigen Kommunen beim Ausbau und bei der Verbesserung der Situation in den Frauenhäusern und den ambulanten Beratungsstellen. So können staatliche Fördermittel sowohl für Aus- und Umbau in Frauenhäusern als auch für die Verbesserung der Personalausstattung in Frauenhäusern und Fachberatungsstellen/Notrufen beantragt werden. Zur Entlastung der Frauenhäuser sollen „Second-stage-Projekte“ modellhaft erprobt werden, um gewaltbetroffenen Frauen und ihren Kindern, die den besonderen Schutz in einem Frauenhaus nicht oder nicht mehr benötigen, ein neues bedarfsgerechtes Hilfsangebot anzubieten. Überdies sollen Fachstellen für Täterarbeit gefördert werden. Zudem ist die Einrichtung einer Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche und sexualisierte Gewalt geplant. **DK**

Signal an alle Frauen, politisch mitzumischen

Landtagspräsidentin Ilse Aigner lädt Kommunalpolitikerinnen aus ganz Bayern ins Maximilianeum

Landtagspräsidentin Ilse Aigner lädt am 11. Oktober 2019 ab 10 Uhr parteiübergreifend kommunale Mandatsträgerinnen und Kandidatinnen aus ganz Bayern zu der Veranstaltung „FIP – Frauen in Parlamente“ – Wege in die Kommunalpolitik 2020 in die bayerische Volksvertretung.

Im Vorfeld der Kommunalwahlen am 15. März 2020 organisieren die Parteien ihre Listenaufstellungen für die Wahlen in den 71 Landkreisen und den 2.056 Städten, Märkten und Gemeinden. Die Konferenz soll den Mandatsträgerinnen und Kandidatinnen die Chance zum Netzwerken gegen und mit Beispielen gelungenen Engagements von Frauen motivieren. Über den Tag verteilt finden verschiedene Foren statt, in denen dargestellt wird, welche Möglichkeiten Frauen haben, sich gesellschaftspolitisch Gehör zu verschaffen und sie dazu ermutigen Verantwortung zu übernehmen.

Ziel ist es, für den bevorstehenden Wahlkampf gezielt Frauen anzusprechen und sie für Politik zu begeistern. Unterstützt wird dieses Netzwerktreffen vom Bayerischen Gemeindetag. □

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Pössinger
82488 Ettal
am 14.9.

Bürgermeister Josef Loy
86922 Eresing
am 14.9.

Bürgermeister
Gerhard Aulenbach
63860 Rothenbuch
am 15.9.

Bürgermeister Franz Winter
91602 Dürnwangen
am 17.9.

Bürgermeister
Albert Hadersbeck
86972 Altenstadt
am 20.9.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Robert Ruber
94348 Atting
am 13.9.

Bürgermeister Walter Bauer
94535 Eging a. See
am 16.9.

Bürgermeister
Michael Trzybinski
91583 Schillingsfürst
am 18.9.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Francisco Hernandez Jimenez
95183 Feilitzsch
am 14.9.

Bürgermeister Martin Betzinger
94527 Aholming
am 21.9.

Bürgermeister Perry Gumann
91245 Simmelsdorf
am 24.9.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.



Integration geglückt? Diskussion mit Einheimischen und Zugewanderten anlässlich der Jubiläumsfeier im Kelheimer Landratsamt. Unser Bild zeigt (v.l.): Landrat Martin Neumeyer; die Bayerische Integrationsbeauftragte Gudrun Brendel-Fischer, MdL; Sofija Pavlenko; Ege Celik; Ugur Lafci; Margaret Weber-Brunner und Moderator Dr. Vural Ünlü.

Festakt 10 Jahre Bayerische Integrationsbeauftragte:

„Integration: mehr als Brot und Seife“

Wird Integration in Kelheim erfolgreich gelebt? Und welche Herausforderungen liegen vor den rund 120.600 Kelheimern, die aus 125 Ländern im Landkreis zusammenkommen? Darüber diskutierten Landrat Martin Neumeyer und Gudrun Brendel-Fischer, Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, mit Bürgerinnen und Bürgern anlässlich der zehnjährigen Jubiläumsfeier ihres Amtes im Landratsamt Kelheim.

Für den Freistaat – sonst gilt er oft als Vorreiter beispielsweise in Technik und Innovation – war es vor zehn Jahren Neuland: Mit welchem politischen Konzept schaffen es Gemeinde und Städte, dass Neuankömmlinge die bayerische Kultur kennenlernen, in der Schule und Arbeit Erfolg haben und Kontakte zu Einheimischen knüpfen? Dass sie sich langfristig integrieren und wohl fühlen? Dazu rief die Bayerische Staatsregierung vor zehn Jahren das Amt des Bayerischen Integrationsbeauftragten ins Leben. Martin Neumeyer aus Abensberg in Niederbayern und inzwischen Landrat des Landkreises Kelheim, erinnert sich noch an den Anruf des damaligen Ministerpräsidenten Horst Seehofer, der ihm diese neue Aufgabe anvertraute. „Es war Teil der Koalitionsvereinbarung mit der FDP, dass es einen Integrationsbeauftragten in Bayern geben soll“, sagte Neumeyer. In vielen anderen Bundesländern war das bereits eine Selbstverständlichkeit. Die Wahl fiel dann auf ihn. Neumeyer galt als bodenständig: mit 18 Jahren trat er in die CSU ein, kam 2003 in den Landtag und hatte in seinem Stimmkreis ein Projekt für Migranten gegründet. Doch es ist ein Amt, in dem sich nicht nur Beifall einheimischer lässt. Die erste Beschwerde erreichte ihn bereits eine Stunde nach der Ernennung durch Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU). „Die E-Mail sei ohne Anrede oder Höflichkeitsfloskel versendet worden!“ So lautete der Vorwurf, erinnerte sich Neumeyer beim Empfang zum zehnjährigen Jubiläum des Amtes als Integrationsbeauftragter im Kelheimer Landratsamt.

Auf den Leib geschneidert

Neumeyer prägte das Amt auf verschiedenen Ebenen. In seinem Büro stellte er den ersten syrischen Praktikanten in Deutschland ein und aufgrund seiner Initiative wurde ein bayerischer Integrationsrat gegründet. Der Niederbayer war es auch, der den ersten Besuch von Flüchtlingen im Bayerischen Landtag organisierte und dazu verhalf, dass der Nachrichtenmoderator Ingo Zamperoni den Integrationspreis erhielt. Auf seinen Touren durch Bayern warb Neumeyer immer wieder für das Grundgesetz und die bayerische Verfassung, um den Radikalen nicht die Straße zu überlassen. Es war nicht immer leicht für ihn, auch unter Parteifreunden. So begrüßte ihn ein Dorfbürgermeister einst als „In-

trigenbeauftragten der bayerischen Staatsregierung“. Seine schlagfertige Antwort: „Davon gibt es mehrere, deshalb musste ich die Ehre zurückweisen“. Für ihn waren es ganz besonders acht Jahre im Amt, denn Neumeyer „konnte Spuren legen“, wie er selbst sagte. Nach Kerstin Schreyer und Mechthilde Wittmann formt diese Spur seit November vergangenen Jahres Gudrun Brendel-Fischer weiter. Die Aufgabe des Integrationsbeauftragten sei Martin Neumeyer auf den Leib geschneidert und er habe den Grundstein für das Amt gelegt, lobte sie seine Arbeit. Dabei habe er von dem engen Kontakt zu den muslimischen Bevölkerungsgruppen profitiert, den er in seiner Amtszeit kontinuierlich ausgebaut habe. Vor allem als sich die Flüchtlingsproblematik im Jahr 2015 zuspitzte, sei viel Arbeit auf den Integrationsbeauftragten zugekommen und seine Einflussnahme sehr wichtig gewesen, sagte Brendel-Fischer.

Zukunftsthema Integration?

Zwölf Prozent der derzeit im Landkreis lebenden Menschen haben eine ausländische Staatsangehörigkeit. Hier lebt zudem die viertgrößte Türkische Gemeinde Deutschlands. Neben den 15.000 Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit leben im Landkreis Kelheim noch weitere Menschen mit Migrationshintergrund, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Die größte Anzahl der Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit kommen aus den 28 EU-Staaten. Sie machen mit einem Anteil von circa 54 Prozent über die Hälfte der Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit aus. 35 Prozent der Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit kommen im Landkreis Kelheim aus sogenannten Drittstaaten. Hierzu gehören alle Menschen, die nicht aus EU- oder Fluchtländern kommen. Menschen aus den Fluchtländern Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien sind mit zehn Prozent im Landkreis vertreten. Integration ist damit eines der wesentlichen Zukunftsthemen.

Ein Plan für die Integration

Helfen soll dabei der Integrationsplan. Denn es geht nicht nur darum, Migranten eine Unterkunft zu besorgen und ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen. „Integration ist mehr als Brot und Seife“, sagte Bren-

del-Fischer. „Wenn wir wollen, dass die Menschen bei uns ankommen, dann müssen wir aktiv werden und uns einen Plan machen!“ Der Auftakt zu einem strategischen Integrationsmanagement im Landkreis Kelheim begann mit der ersten „Netzwerk-Konferenz Integration“ am 18. Mai 2017. Darauf folgte im Juli der offizielle politische Auftrag des Kreisausschusses, einen Integrationsplan zu entwickeln. Dieser wurde schließlich im Dezember 2018 einstimmig im Kreistag verabschiedet.

Leitlinien und Handlungsempfehlungen

Im Plan sind Leitlinien festgeschrieben, wie Integrationspolitik gestaltet werden soll. Er enthält zudem Handlungsempfehlungen, die unter den vier Themenbereichen „Interkulturelle Öffnung“, „Ausbildung und Arbeit“, „Bildung“ und „Lebensumfeld“ zusammengefasst sind. Brendel-Fischer – selbst ausgebildete Lehrerin – sieht die größte Herausforderung darin, von Kindesbeinen an Sprache und Kultur zu erlernen. Dazu will sie die Zusammenarbeit mit Mütter- und Familienzentren stärken. In diesem Vorhaben bestärke sie in der anschließenden Podiumsdiskussion Margaret Weber-Brunner vom Kelheimer Bündnis für Menschenwürde. Für Weber-Brunner seien vor allem die Frauen Schlüsselfiguren bei der Integration. Sie blickt auf eine eigene Integrationsgeschichte zurück. Im Alter von 27 Jahren kam sie von Südafrika nach Kelheim. „Besonders alleinerziehende Frauen müssen die Chance bekommen, die Sprache zu lernen und da müssen wir sie an die Hand nehmen“, sagte sie.

Lob aus Berlin

Für Ugur Lafci vom Türkisch-Islamischen Verein in Kelheim beginnt Integration auf der Straße, im Kindergarten und in den Sportvereinen – nicht auf dem Blatt Papier. „Integration spielt sich vor allem in den Köpfen der Menschen ab. Nur wenn ich den Mitmenschen als Christ oder Moslem akzeptiere, kann ich mich mit ihm austauschen“, sagte er. Für ihn sei dabei entscheidend, dass beide Seiten aufeinander zugehen. „Und das gelingt in Kelheim sehr gut. Beispielsweise hat der Bürgermeister immer offene Ohren für Anliegen“, lautete sein Fazit. Die Integrationsbeauftragte Brendel-Fischer sieht ihre Aufgabe vor allem darin, alle Menschen mitzunehmen, auch die kritischen Stimmen. Unterstützung bekommt sie dabei durch die wertvolle Arbeit der Helferkreise. Das werde in Zukunft auch von der Berliner Regierung anerkannt, lobte sie die Ehrenamtler und Mitarbeiter.

Anja Schuchardt

KOLUMNE Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder zeigt die Symbiose zwischen der Bewahrung der Schöpfung, dem Schutz der Landwirtschaft und dem Erhalt der wirtschaftlichen Stärke, getreu dem Credo „gleichwertige Lebensverhältnisse“ in ganz Bayern. Unsere Zukunftsfähigkeit muss langfristig gesichert und der Schutz der natürlichen Ressourcen dauerhaft gewährleistet sein und das durch attraktive Anreize, statt durch vereinfachte Verbotspolitik. Doch was heißt das konkret für die Kommunen vor Ort?

Die aktuellen Umfragen zeigen: Die Umweltpolitik ist das neue „Top-Thema Nr. 1“ und das muss sich auch so in den Programmen zur Kommunalwahl 2020 widerspiegeln. Die KPV hat das Thema früh erkannt und eine politi-



Sparsame Flächennutzung statt Verbotspolitik

sche Vorreiterrolle eingenommen, gerade zur „qualitativen Flächennutzung“.

Niemand in der Politik bestreitet mehr die große Bedeutung von Umwelt-, Natur- und Klimaschutz. Zugleich dürfen diese Themenbereiche die Kommunen nicht spalten. Gemeinsame Lösungen mit den Menschen sind gefragt und keine politischen Spaltspitzen. Eine ausgewogene Mischung aus qualitativen wirtschaftlichem Wachstum und Bewahrung von Heimat und Natur sind von der Lokalpolitik gefordert. Gerade das ist eine Stärke unserer Lokalpolitiker: Keine grüne Klientelpolitik, sondern gemeinsame Lösungen, die nah an den Menschen sind. Unser Ministerpräsident verfolgt dabei das Ziel: Versöhnen statt spalten. Das sollte auch der Leitgedanke vor Ort sein.

Doch wie werden die Städte und Gemeinden Ihrer großen Verantwortung vor Ort gerecht? Politische Einigkeit herrscht bei der Schaffung von nachhaltigen Blühflächen, der Vermeidung von Pestiziden und dem Ausbau der Rad- und Fußwege. Gerade beim Stichwort „Flächenverbrauch vor Ort“ zeigt sich für die Kommunen ein zentrales Spannungsverhältnis auf. Jede Kommune muss individuell zwischen den verschiedensten Faktoren abwägen und von Projekt zu Projekt entscheiden, ob der Flä-

chenverbrauch vertretbar ist oder eben nicht.

Für die KPV soll dies auch in Zukunft so bleiben. Wir haben eine klare Position zur Flächennutzung in Kommunen.

Die diesjährige KPV-Landesversammlung hat diese mit einem aktuellen Antrag bestärkt: Wir stehen für die Hoheit der kommunalen Selbstverwaltung vor Ort ein und somit gegen eine steife Quotierung des Flächenverbrauchs auf fünf ha pro Tag. Eine fixierte Flächenbegrenzung wäre nicht nur ein Eingriff in die kommunale Planungshoheit, sondern hätte auch eine äußerst negative Wirkung für die gesamte Entwicklung Bayerns und seiner Kommunen.

Als KPV wollen wir, dass auch weiterhin dringend benötigter Wohnraum, Gewerbeflächen für Arbeitsplätze und eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur geschaffen werden können. Das bayerische Verfassungsziel „Gleichwertige Lebensbedingungen“, für das wir uns seit Jahren alle gemeinsam mit Nachdruck einsetzen, darf nicht durch gegenläufige gesetzliche Rahmenbedingungen konterkariert werden.

Diese Argumentationslinie steht für uns als KPV nicht im Gegensatz zu dem Ziel bis 2030 den Flächenverbrauch auf 5 ha pro Tag zu senken. Einen derartigen Richtwert sollten wir aber ohne eine gesetzliche Beschränkung, sondern durch passende Rahmenbedingungen und Anreize für einen schonenden Umgang mit den Flächen erreichen.

Dafür ist unabdingbar, dass die Berechnung der Reduzierung des Flächenverbrauchs auf fünf ha täglich bis zum Jahr 2030 nur die tatsächlich neu versiegelte Fläche des Bodens anzusetzen ist. In diesem Zusammenhang ist auch eine differenziertere gesetzliche Definition des Begriffs der „versiegelten Flächen“ dringend notwendig. Es kann nicht angehen, dass Obstgärten bei Einfamilienhäusern, Parkanlagen und sogar ökologische Ausgleichsflächen und Böschungen beim Straßenbau oder bei ähnlich gearteten Baumaßnahmen in die gleiche Kategorie fallen wie vollkommen zubetonierte Bereiche.

Als kommunale Familie der CSU wollen wir unseren Beitrag zu einem nachhaltigen Bayern leisten, das die Wertschöpfung stärkt und gleichzeitig die Umwelt schont. Viele bayerische Kommunen sind schon Vorreiter im Arten-, Natur- und Umweltschutz. Die KPV sagt: „Weiter so!“

Ihr Stefan Rößle
Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Pflegeministerin Melanie Huml veranstaltet erste Bayerische Demenzwoche:

Demenz in den Mittelpunkt rücken

Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml veranstaltet vom 13. bis 22. September die erste Bayerische Demenzwoche. Die Ministerin betonte dazu: „Mein Ziel ist es, das Thema Demenz noch stärker in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken und den Bewusstseinswandel im Umgang mit dieser Krankheit und den Betroffenen sowie deren Pflegepersonen weiter voranzubringen. Mit der Bayerischen Demenzwoche wollen wir unter anderem auf die vielfältigen Betreuungs- und Unterstützungsangebote im Freistaat für Menschen mit Demenz und ihre pflegenden Angehörigen hinweisen.“

Die Schuhe landen in der Spülmaschine, das noch schmutzige Geschirr im Küchenbuffet oder das Zurechtfinden im Supermarkt führt plötzlich zu Schwierigkeiten. Dies alles können Hinweise auf die Krankheit Demenz sein. Demenzpatienten vergessen oft ganze Begebenheiten und gewohnte Abläufe und Aufgaben, wie zum Beispiel Kaffee kochen oder Schnürsenkel binden, sind nicht mehr möglich.

Bereits 1,7 Millionen Menschen in ganz Deutschland, davon 240.000 Menschen in Bayern, sind von der Erkrankung betroffen. Und weil in unserer Gesellschaft der Anteil älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger steigt, wächst gleichzeitig auch die Zahl. Im Jahr 2050 werden schätzungsweise drei Millionen Menschen betroffen sein.

In allen bayerischen Regierungsbezirken gibt es in der Demenzwoche zahlreiche Veranstaltungen. So beteiligt sich beispielsweise auch Altmühlfranken mit verschiedenen Veranstaltungen an der Aktion des Bay-

erischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege. Die Fäden laufen bei der Geschäftsstelle der Gesundheitsregion plus zusammen, als Kooperationspartner sind das Klinikum Altmühlfranken, die Alzheimer-Gesellschaften Weißenburg und Gunzenhausen, die katholische Pfarrgemeinde in Weißenburg, die Caritas, Diakonie und die AWO mit im Boot.

„Demenz ist sowohl für die Erkrankten als auch für Angehörige eine große Belastung. Mit der Teilnahme an der Bayerischen Aktionswoche möchten wir über die regionalen Angebote und Beratungsstellen informieren“, sagt Landrat Gerhard Wägemann. „Es darf kein Tabu sein, über Demenz zu sprechen oder Hilfsangebote anzunehmen! Unser gemeinsames Ziel muss eine Gesellschaft sein, in der Menschen mit Demenz ganz selbstverständlich ihren Platz haben“, so die Bayerische Staatsministerin für Gesundheit und Pflege in ihrem Grußwort.



Demenzpatienten können oft alltägliche Aufgaben nicht mehr ausführen. Mit der Demenzwoche sollen Betroffene, Angehörige, Pflegende und Interessierte über die Krankheit informiert werden. Vor allem regionale Angebote stehen dabei im Mittelpunkt.

Bild: : Lena Kagerer/Landratsamt Weißenburg

Deutscher Nachhaltigkeitspreis:

Erfolg für bayerische Kommunen

In bayerischen Städten wird spürbar nachhaltig gelebt. Beim Wettbewerb um den Deutschen Nachhaltigkeitspreis für Städte und Gemeinden 2020 wurde Aschaffenburg von der Allianz Umweltstiftung als „Deutschlands nachhaltigste Stadt mittlerer Größe 2020“ ausgezeichnet und mit einem Preisgeld von 30.000 Euro bedacht. Unter den Top 3 in dieser Kategorie rangiert Pfaffenhofen; gleiches gilt für Erlangen in der Rubrik „Deutschlands nachhaltigste Großstädte 2020“ und für Wildpoldsried in der Kategorie „Deutschlands nachhaltigste Kleinstädte und Gemeinden 2020“.

In Aschaffenburg hat das Thema Nachhaltigkeit lange Tradition: Seit 1995 verfolgt die Hochschulstadt in Unterfranken mit dem „Agenda21-Prozess“ einen partizipativen Ansatz und achtet als regionaler Vorreiter in Sachen Fairtrade auf sozialgerechten Handel und bewussten Konsum. Das Thema Integration hat in der Stadt einen besonderen Stellenwert – ein Viertel der Bevölkerung weist einen Zuwanderungshintergrund auf. 2007 entwarf die Kommune ein eigenes Integrationsleitbild und unterstützt u. a. durch „Sprach- und Kulturvermittler“ bei der Integration. Zum Schutz der Biodiversität werden beim Öko-Projekt „Schlaraffenburger“ traditionelle Streuobstwiesen revitalisiert und gepflegt. Mit dem Bau und der Inbetriebnahme eines Biomasseheizkraftwerks in der Altstadt wurden die Ziele der Energieeinsparung und des Umstiegs der Wärmeversorgung von bisher fossilen Energien auf regenerative Energieträger erfolgreich umgesetzt.

Leitbild „Offen aus Tradition“

Das mittelfränkische Erlangen folgt bei seiner nachhaltigen Entwicklung dem stadtgeschichtlichen Leitbild „Offen aus Tradition“. Deutlich wird das Engagement der Stadtspitze, Verwaltung und Bürgerschaft u. a. in puncto Integration, Inklusion, Bildungsgerechtigkeit und Kli-

maschutz. So bietet z.B. das Projekt „BIG“ kostengünstige Sportangebote für Frauen aus verschiedenen Kulturkreisen, die obendrein die Möglichkeit der Kinderbetreuung beinhalten.

Soziales Miteinander

Projekte wie „Wohnen für Hilfe“, bei dem sich hilfebedürftige Menschen und solche in Studium oder Ausbildung Wohnraum teilen, beugen nicht nur Wohnungsnot vor, sondern fördern auch das soziale Miteinander. Beispielhaft ist eine Bildungs- und Präventionskette für Kinder und Jugendliche, die in besonders risikobehafteten Verhältnissen aufwachsen, und auf diese Weise biografisch von der Geburt bis zum Berufseintritt durch zahlreiche, engmaschige Angebote der Jugendhilfe begleitet werden. Den Erhalt der Biodiversität unterstützt Erlangen nicht nur durch ein Glyphosatverbot auf städtischen Flächen, sondern auch durch das in einem breiten Bürgerbeteiligungsprozess entstandene Zukunftskonzept „Grün in Erlangen“, das auch Maßnahmen zur Klimaanpassung sowie zur Schaffung öffentlicher Räume mit hoher Lebensqualität enthält.

Bereits 2013 wurde Pfaffenhofen a. d. Ilm für seine umfangreichen Maßnahmen als nachhaltigste Kleinstadt mit dem Deutschen Nachhaltigkeitspreis ausgezeichnet. Seitdem wurden

vielfältige, nachhaltige Mikroprojekte beispielsweise zur Förderung des Klimaschutzes oder der Interkulturalität und Integration ins Leben gerufen. Als eine der ersten bayerischen Kleinstädte verfolgt Pfaffenhofen seit 2017 die Agenda 2030 auf kommunaler Ebene und prüft künftige Entscheidungen im Sinne der 17 Nachhaltigkeitsziele.

Pfaffenhofen a. d. Ilm setzt nicht nur auf nachhaltige Aktionen innerhalb der Stadtgrenzen, sondern auch auf Mehrwerte durch Kooperationen: Gemeinsam mit den Nachbargemeinden Scheyern, Hettenshausen und Ilmmünster hat sich die Stadt im April 2019 zur Öko-Modellregion „Pfaffenhofener Land“ zusammengeschlossen.

European Energy Award für Wildpoldsried

Wildpoldsried als die kleinste eigenständige Kommune im Oberallgäu hat als „Energiedorf“ bereits internationale Bekanntheit erlangt und ging beim European Energy Award 2018 europaweit als punktbeste Kommune für ihre umfassende Entwicklung hervor. Seit 1999 werden unter dem Motto „WIR – Wildpoldsried innovativ richtungweisend – Ein Dorf geht seinen Weg“ gemeinsam mit den Bürgern vor allem Maßnahmen zum Einsatz erneuerbarer Energien sowie dem Einsparen von Ressourcen erarbeitet und umgesetzt.

Bürgerwindkraftanlagen, die Verwendung von Holz als ökologischer Baustoff oder Liefergemeinschaften von Landwirten für Biogas sind nur einige der zahlreichen Beispiele. Auch in puncto Mobilität setzt Wildpoldsried auf energieeffiziente Lösungen und hat den Fuhrpark der Gemeinde bereits größtenteils auf E-Mobilität umgestellt. Um die Verwendung des Autos bestmöglich zu redu-

Frankens Mehrregion ...

(Fortsetzung von Seite 1) weit über zwei Millionen in 2018 gestiegen sind“, stellte der Minister fest.

Erfolgreiche Regionen wie der Landkreis Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim leisten auf Herrmann einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Wirtschaft im ganzen Freistaat. Mit einer sensationellen Arbeitslosenquote von 1,6 Prozent werde sogar der hervorragende gesamt-bayerische Wert von 2,6 Prozent noch deutlich unterschritten. Zur Unterstützung derart attraktiver Regionen habe der Landkreis in diesem Jahr Schlüsselzuweisungen in Höhe von 19,3 Millionen Euro erhalten, an die Gemeinden und Städte des Landkreises seien 23,4 Millionen Euro geflossen.

Nachhaltige Beteiligung des Freistaats

Zu berücksichtigen sei auch die Wartung und Betreuung der Geräte im laufenden Schulbetrieb. Bei der Systembetreuung benötigten die Kommunen Klarheit über die Finanzierung, denn es sei nicht damit getan, nur Laptops, Tablets und Whiteboards in die Klassenzimmer zu stellen. Buckenhofer: „Die Kosten für die Systembetreuung schlagen dauerhaft zu Buche, daher ist eine nachhaltige Beteiligung des Freistaats notwendig. Damit alle Kinder in Bayern gleiche Chancen erhalten, braucht es einheitliche Standards für das digitale Klassenzimmer und ein pädagogisches Gesamtkonzept für IT-Ausstattung, IT-Anwendung und IT-Betreuung.“

Die Ausstattung der digitalen Schule sei kein herkömmlicher Sachaufwand, wie für eine Tafel oder Schulbank, sondern Teil der Pädagogik. Das Schulfinanzierungsgesetz müsse dringend an die Anforderungen des digitalen Zeitalters angepasst werden. Der Freistaat habe auch Verantwortung für das IT-Personal zu übernehmen, „denn sonst kann die Einführung der digitalen Klassenzimmer nicht flächendeckend nach gleichen Standards in allen Regionen Bayerns geschehen.“ DK

Klimaschutz und digitale ...

(Fortsetzung von Seite 1) Wenn Innenstädte funktionsfähig sind und der städtische Einzelhandel keine Konkurrenz von den Toren der Stadt bekommt, lässt sich Verkehr vermeiden und Klima schützen.“ Stadtentwicklung müsse noch stärker im Kontext mit der Region und den Umlandgemeinden betrieben werden: „Das Ziel liegt in der Verkehrsvermeidung und in der Verlagerung des Individualverkehrs vom Auto auf Fuß, Rad, Bus, Tram, S-Bahn, U-Bahn und Bahn. Ansatzpunkte sind Parkraummanagement und Mobilitätsmanagement. Darüber hinaus geht es um eine nachhaltige Gestaltung des motorisierten Verkehrs mit alternativen Antrieben, etwa Hybrid-Technik oder Elektroantriebe.“

Leasing-Maßnahmen werden gefördert

Stichwort digitale Schule: Mit der Ankündigung der bayerischen Förderrichtlinie ist nunmehr die Voraussetzung geschaffen worden, den Digitalpakt des Bundes umzusetzen. „Damit ist nun der vom Freistaat im April 2019 verursachte Förderstopp endlich aufgehoben. Die Beschaffung von IT-Geräten an Schulen kann also über Bundesmittel erfolgen, der Freistaat scheint allerdings keine eigenen Mittel mehr einsetzen zu wollen“, so der Städtetags-Geschäftsführer.

Positiv sieht der Bayerische Städtetag, dass nun auch seine Forderung aufgegriffen worden ist, Leasing-Maßnahmen zu fördern. Allerdings bleibt nach Buckenhofers Ansicht ein Grundproblem ungelöst: „Die Umsetzung der digitalen Schule ist mehr als nur die Beschaffung von Geräten. Einen nachhaltigen

ziern, sorgen zum Beispiel der Verleih von E-Bikes oder Abkürzungen ins Zentrum für einen attraktiveren Fuß- und Fahrradverkehr. Auch die Mitarbeiter der am Riedbach angesiedelten Unternehmen sollen über den „Energiewanderweg“, einen kurzen Fußweg inklusive zahlrei-

cher Modelle zur Veranschaulichung von Energie- und Ressourcenschutz, schnell ins Dorfzentrum gelangen und so eine „autofreie Mittagspause“ genießen können.

Der Deutsche Nachhaltigkeitspreis für Städte und Gemeinden ist eine Initiative der

Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis e.V. in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung, dem Rat für Nachhaltige Entwicklung, kommunalen Spitzenverbänden, Wirtschaftsvereinigungen, Forschungseinrichtungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen. DK

1.000 Schulen für unsere Welt:

Wemdinger Ehepaar unterstützt Schule in Tansania

Die bundesweite Gemeinschaftsinitiative „1.000 Schulen für unsere Welt“ hat weitere Förderer im Landkreis Donau-Ries hervorgebracht. Schule Nummer 27 wird demnächst in Angriff genommen. Im tansanischen Dorf Terrat wird eine Grundschule saniert und ausgebaut, finanziert vom Wemdinger Ehepaar Karin und Josef Bader (DG Gruppe AG), das hierzu vor kurzem ein Benefizkonzert auf die Beine stellte.

Inspiriert durch eine erfolgreiche Spendengala, die im Juli in Oberndorf stattfand, entschloss sich das Paar, ein eigenes Projekt ins Leben zu rufen, wie Karin Bader betont. „Es gibt uns ein gutes Gefühl beim Projekt ‚1000 Schulen für die unsere Welt‘ mitzumachen. Das ist etwas Großartiges und wir wollen auch etwas Tolles in der Welt bewegen.“ „Bildung ist ein wichtiger Baustein in der Entwicklung von Kindern und letztendlich von Gesellschaften. Durch

Bildung werden die Grundlagen dafür gelegt, dass Schülerinnen und Schüler als Erwachsene selbstbestimmt ihren Lebensunterhalt in der eigenen Heimat erwirtschaften können“, ergänzt Josef Bader.

Künftig elf Klassenräume

Weil die Anzahl an Schülern pro Klassenraum mit 97 doppelt so hoch liegt wie empfohlen, soll die Grundschule in Terrat ausgebaut werden. Aus der-

re Toilettenblöcke und ein neuer Wassertank benötigt. Innerhalb eines Jahres wollen die Baders die Spendensumme von 60.000 Euro gesammelt haben.

„Es handelt sich um ein großes Projekt, aber wir schaffen das!“ zeigt sich das Ehepaar überzeugt. Man habe sich für eine Schule in Tansania entschieden, da man das Land bereits von einer früheren Reise kenne.

Das Benefizkonzert auf „Josefs Walkaway Farm“ wurde ein voller Erfolg. In kurzer Zeit kamen Spenden in Höhe von über 15.000 Euro zusammen. Dies wurde unter anderem durch eine Tombola erreicht. Unter den Gästen in Wemding waren Landrat Stefan Rößle, die Schauspielerin Karin Thaler sowie Michael Heilig, Leiter des Kreisverbands Donau-Ries des BVMW (Bundesverband mittelständische Wirtschaft). Dieser unterstützt das Vorhaben der DG Gruppe.

Erfolgreiche bundesweite Aktion

Landkreischef Rößle berichtete über das durch ihn initiierte Projekt „1.000 Schulen für unsere Welt“ und die herausragenden Erfolge, die er und der Landkreis in den vergangenen zweieinhalb Jahren gemeinsam erzielen konnten. Unterstützt wird das Projekt von der Stiftung Fly & Help, dem Projektpartner des Landratsamtes Donau-Ries. Alle Spenden fließen 1:1 in die Bildungsprojekte, weil alle Verwaltungskosten der Stiftung privat bezahlt oder von Sponsoren übernommen werden. Die wesentlichen Ziele, Prinzipien und Modalitäten der Initiative werden unter www.1000schulen-fuerunserewelt.de erläutert. DK



V.l.: Landrat Stefan Rößle, Karl-Heinz Köster (beide Landratsamt Donau-Ries), Karin und Josef Bader (DG-Gruppe AG Wemding), Stephanie und Milos (SoulTrainMusic), Michael Heilig (Der Mittelstand. BVMW).
Bild: Bader

zeit fünf bestehenden Klassenräumen sollen in Zukunft elf werden. Außerdem stehen dringende Renovierungsarbeiten an, die Böden, Dächer, Fenster und Wände betreffen. Darüber hinaus werden zwei weite-

Neues Interessensbekundungsverfahren:

Marktplatz der Generationen

Sozialministerin Schreyer: „Wir machen kleine Gemeinden für die Zukunft demografiefest!“

Ab sofort startet ein neues Interessensbekundungsverfahren zur Teilnahme am Programm „Marktplatz der Generationen“. Bewerber können sich insbesondere kleine Gemeinden bis 3.000 Einwohner oder Gemeinden mit abgeschlossenen Ortsteilen bis zu 3.000 Einwohnern.

„Kleine Gemeinden stehen im Zuge einer älter werdenden Gesellschaft vor völlig anderen Aufgaben und Herausforderungen, als dies für Ballungsräume typisch ist“, so Bayerns Sozialministerin Kerstin Schreyer und betont: „Deshalb legen wir mit unserem Programm ‚Marktplatz der Generationen‘ unser Augenmerk darauf, ländliche Räume gezielt bei der Gestaltung des demografischen Wandels zu stärken. In erster Linie geht es darum, den älteren Bürgerinnen und Bürgern den Verbleib in ihrem vertrauten Umfeld zu ermöglichen. Profitieren werden aber am Ende alle von der steigenden Attraktivität in den Gemeinden.“

Individuelle Beratung und Begleitung

Mit dem Programm „Marktplatz der Generationen“ unterstützt die Bayerische Staatsregierung kleine Gemeinden dabei, ihre Infrastruktur für die

Zukunft demografiefest zu machen. Solche „Marktplatz-Gemeinden“ werden durch ein speziell hierfür beauftragtes Institut individuell zu möglichen seniorenpolitischen Maßnahmen beraten und bei der Umsetzung begleitet. Das umfasst die Nah- und Grundversorgung, die soziale, gesundheitliche und pflegerische Infrastruktur, die gesellschaftliche Teilhabe, aber auch neue Wohnkonzepte.

Bewerbungen einreichen

Bereits 42 Gemeinden sind derzeit am „Marktplatz der Generationen“ beteiligt, seit das Programm 2017 nach einer sehr erfolgreichen Modellphase in die Fläche ging. Weitere 30 neue Gemeinden können im Februar 2020 hinzukommen.

Bewerbungsunterlagen und weitere Informationen: www.stmas.bayern.de/senioren/kommunen/generationenmarkt.php und www.marktplatzdergenerationen.de. □



Lebensmittelgeschäft und Bäckerei, Drogerie, Café, LOTTO- und Paket-Annahmestelle und Touristeninformation: Der Dorfladen in Aufseß ist eine zentrale Anlaufstelle im Ort. Bild: Urban

Es geht um mehr als ums Spiel

LOTTO-Annahmestellen sind in kleinen Ortschaften oft der letzte Treffpunkt

Im Laden von Gertraud Schneider kann man nicht nur Leckerbissen einkaufen. Seit 26 Jahren fungiert der Lebensmittelmarkt auch als LOTTO-Annahmestelle. 65 Männer und Frauen, die meisten aus Deusdorf, einem 300-Seelen-Ortsteil der Gemeinde Lauter im oberfränkischen Landkreis Bamberg, geben jede Woche ihren Lottoschein bei Schneider ab. Manche am Mittwoch. Manche am Freitag. Manche am Samstag. Doch Schneiders Laden ist viel mehr als eine reine LOTTO-Annahmestelle.

Nicht nur, dass man hier gleichzeitig Kartoffeln, Karotten und Brot einkaufen kann. Bei Gertraud Schneider begegnet man sich. Nahezu alle Kunden, die einen Lottoschein abgeben, kennen die 61-Jährige persönlich: „Die meisten sind Stammkunden.“ Einige geben seit 26 Jahren jede Woche ihren Schein ab. Die Annahmestelle ist ein beliebter Treffpunkt in dem Dorf, das kein Café hat. „Manchmal werde ich sogar gefragt, ob ich mal einen Kaffee machen kann, dann mache ich das auch“, schmunzelt die Deusdorferin, die schon als Kind in

dem 1957 gegründeten Geschäft mithalf.

Den meisten Spielern geht es materiell gut, sie hätten es im Grunde nicht nötig, eine große Summe zu gewinnen. Dennoch reizt das Spiel. „Viele sagen, sie würden gerne drei Millionen gewinnen“, erzählt Schneider. Eine Million würden sie für sich behalten. Außerdem soll jedes der Kinder eine Million bekommen. „Oft habe ich schon gehört, dass, sollte es eine vierte Million geben, ich die erhalten werde“, lacht Schneider. Sozusagen für ihre Funktion als Glücksfee.

Gertraud Schneider liebt ihren Job. Denn dadurch bekommt sie mit, was in ihrem Dorf passiert. Das Fest vom Wochenende wird in der Woche darauf im Laden erörtert. Wie hat das Essen geschmeckt? Kam die Musik gut an? Was war dieses Mal besser als in den Jahren zuvor? Auch über die örtliche Tagespolitik diskutieren die Lotto-Spieler und Lebensmittelteleinkäufer. „Manchmal bekomme ich gesagt, dass ich dem Bürgermeister dieses oder jenes ausrichten soll, wenn ich ihn sehe“, erzählt Schneider. Natürlich sieht sie ihn. Denn auch er kauft bei ihr ein.

Herzstück des Dorfs

Viele Beispiele könnte Gertraud Schneider nennen, die zeigen, dass ihr Laden das Herzstück des Dorfs ist. „Die Leute kommen zu mir, wenn sie einen Schlüssel verloren haben oder jemandem eine Katze zulief“, berichtet sie. Betagte Deusdorfer, geben sie als Kontaktperson beim Hausnotruf an: „Denn ich bin ja immer da.“

Deswegen, sagt Schneider, kommt auch kein Urlaub infrage. Sie muss ja offen haben: „Mein letzter Urlaub liegt 30 Jahre zurück.“ Nur über einen oder zwei Feiertage kann sie wegfahren, um die Kinder zu besuchen. Ansonsten steht Schneider jeden Tag ab 6.10 Uhr auf der Matte. Der Laden schließt um 19 Uhr, die Lotto-Annahme endet um 18 Uhr. Kommt in letzter Minute noch ein Spieler angehasst und der Zeiger ist Sekunden über 18 Uhr hinausgerückt, dann kann ich auch nichts machen um 18 Uhr ist definitiv Schluss.

Weil sie die Menschen in der oberfränkischen Ortschaft sehr mag, hilft Gertraud Schneider auch jederzeit, wenn Probleme

auftauchen. „Manche sagen, sie hätten einen Gewinn gemacht, doch der Computer sagt, das stimmt nicht“, erklärt sie. Dann setzt sie sich mit dem Kunden zusammen und sucht den Fehler. Ein Beispiel: Es stellt sich heraus, es wurde für Samstag gespielt und die Gewinnzahlen sind vom Mittwoch – der Computer hat immer recht.“

In Aufseß ist man zufrieden

Auch in Aufseß spielen die Menschen nicht deshalb, weil es am Geld hapert. In der oberfränkischen Gemeinde im Landkreis Bayreuth gibt es seit vielen Jahren eine in einen Dorfladen integrierte Lotto-Toto-Verkaufsstelle, die seit Anfang 2014 von Notburga Taschner betrieben wird. „Die meisten, die zu mir kommen, um zu spielen, sind zufrieden mit dem, was sie haben und wie sie leben“, sagt die 61-Jährige. Unter ihren Kunden sind solche, die jede Woche Lotto spielen. Andere haben einen Fünf-Wochen-Schein: „Aber es gibt auch genug Laufkundschaft.“ Dazu gehören Wanderurlauber, die vom Brauereiweg der Gemeinde angezogen werden.

Sollten sie gewinnen, würden sie Menschen in einer schwierigen Lage unterstützen, äußern viele. Natürlich auch die Kinder etwas bekommen. „Aber keiner würde das Arbeiten aufhören“, so Taschner. Dass jemand aus Aufseß schon eine Million gewonnen hätte, wäre ihr nicht bekannt. Taschner muss das zwar nicht mitbekommen, denn große Gewinne werden direkt über München geregelt. Wahrscheinlich würden ihr die Menschen das erzählen. Wie Taschner sowieso sehr oft Kummer und Sorgen anvertraut werden.

Die Aufseßer müssen darauf gefasst sein, dass es ihren geliebten Laden in einigen Jahren nicht mehr

GZ-Interview mit Lotto-Bayern Präsidentin Friederike Sturm:

Produktpiraterie mit Schwarzlotterien

GZ: Schwarzlotterien, die ihre Firmensitze in Steueroasen wie Gibraltar oder Malta haben, treten hierzulande werblich mit hohem Druck auf. Worum handelt es sich bei diesen Unternehmen?

Friederike Sturm: Schwarzlotterien bieten keine deutschen Lotterien an, sondern betreiben Produktpiraterie, indem sie im Internet Wetten auf den Ausgang beliebter staatlicher Lotterien wie Lotto 6 aus 49 oder Eurojackpot anbieten.

GZ: Welche Risiken ergeben sich aus der Teilnahme an solchen illegalen Angeboten?

Sturm: Im Gewinnfall müssen ihre Kunden darauf hoffen, dass der Gewinn tatsächlich ausbezahlt wird, denn bei Privatunternehmen besteht immer das Risiko einer Zahlungsunfähigkeit. Erschwerend kommt hinzu, dass die Schwarzlotterien im Ausland sitzen. Da ist es schon nicht einfach, eine Klage zuzustellen.

GZ: Wie gestaltet sich folglich Ihre Aufklärungsarbeit?

Sturm: Selbstverständlich wenden wir uns mit Fakten an unsere Kunden – seien es Kleingewinner oder Jackpot-Knacker – eine Auszahlung staatlich garantiert. Dagegen erhalten Sie bei den Schwarzlotterien, wenn Sie den Jackpot knacken, nicht in allen Fällen die gleiche Quote wie bei uns. Und das kann ins Geld gehen. Wenn Sie also bei LOTTO Bayern z. B. mit einem Supersechser alleine den Jackpot in Höhe von 20 Millionen Euro knacken, erhalten Sie die volle Summe unabhängig davon, ob ein Kunde einer Schwarzlotterie bei deren Angebot einen Volltreffer hatte. Dort indes gibt es für den Spieler in diesem Fall jedoch nur zehn Millionen Euro – wenn sie denn zur Auszahlung kommen.

Im Übrigen führt LOTTO Bayern Jahr für Jahr rund 410 Millionen Euro an den bayerischen Staatshaushalt ab. Damit kann der Freistaat Projekte kultureller, sportlicher oder sozialer Natur fördern, die also der Allgemeinheit zu Gute kommen. Die Inhaber von Schwarzlotterien stecken sich die Gewinne indes in die eigenen Taschen. Deshalb freuen Sie sich, wenn Sie „Legal beim Original“ spielen. Es ist immer ein Gewinn: entweder für Sie persönlich oder aber für alle Bayern. DK

geben wird. Wann sie aufhört, weiß Taschner nicht: „Ich mache so lange weiter, solange es mir Spaß macht.“ Noch macht es ihr Spaß. Denn die Kunden und Lotto-Spieler sind ihr

ans Herz gewachsen. Die möchte sie nicht im Stich lassen. Doch das täte sie, würde sie schließen. Denn eine Nachfolge ist nicht in Sicht. Pat Christ

LEGAL BEIM ORIGINAL.

VORSICHT VOR ILLEGALLEN SCHWARZLOTTERIEN!



Infos zu Schwarzlotterien auf lotto-bayern.de/original


LOTTO[®]
Bayern

Aktuelle Finanzdaten der kommunalen Spitzenverbände:

Wachsende Investitionen

Aber: Investitionsstau bleibt weiterhin hoch

Eine aktuelle Prognose der kommunalen Spitzenverbände zeigt: Trotz abgeschwächter Wachstumsaussichten stehen die kommunalen Haushalte im Durchschnitt derzeit noch gut da. Die aktuelle Situation und die doch eher positiven Aussichten sind allerdings entscheidend abhängig von einer weiterhin guten wirtschaftlichen Entwicklung.

„Deshalb dürfen die Risiken etwa beim Welthandel oder der künftigen Zinsentwicklung nicht übersehen werden“, so die Prognose. Gerade angesichts der aktuellen Überschüsse müsse betont werden: „Krisenfest und aus sich heraus tragfähig sind die Kommunalfinanzien noch lange nicht. Es besteht weiterhin ein hoher Investitionsstau.“

Wie die Hauptgeschäftsführer der kommunalen Spitzenverbände, Helmut Dedy (Deutscher Städtetag), Prof. Dr. Hans-Günter Henneke (Deutscher Landkreistag) und Dr. Gerd Landsberg (Deutscher Städte- und Gemeindebund) feststellten, „spiegelt sich mittlerweile die gute wirtschaftliche Lage auch in wachsenden kommunalen Investitionen wider. Gerade an den Orten, wo kommu-

nale Infrastruktur endlich wieder instandgesetzt und aufgewertet werden kann, wird für alle sichtbar, wie wichtig eine solide kommunale Finanzausstattung ist.“

Eine hinreichende Finanzausstattung der Kommunen sei in der Vergangenheit die Ausnahme gewesen. Jetzt müsse es darum gehen, dass sie zur Regel wird. Deshalb müssten Schuldenabbau und Investitionen ab sofort Vorrang haben gegenüber neuen dauerhaften Aufgaben, die Bund und Länder ohne ausreichende Finanzierung den Kommunen aufbürden. Außerdem müsse bewusster werden, dass ein scharfer wirtschaftlicher Abschwung jederzeit und ohne lange Vorwarnung eintreten kann.

Die in der Prognose der kommunalen Spitzenverbände für die Jahre 2019 bis 2022 verwendeten

Durchschnittszahlen sind Werte für die Gesamtheit der Kommunen. Die Prognose basiert – wie auch die Haushaltsplanungen von Bund und Ländern – auf der Annahme einer weiterhin guten und gleichmäßigen wirtschaftlichen Entwicklung.

Steigende Einnahmen

Im Ergebnis rechnen die kommunalen Spitzenverbände im Jahr 2019 mit kommunalen Einnahmen von 264,9 Milliarden Euro – das sind plus 4,3 Prozent. Sie erwarten Ausgaben von 259 Milliarden Euro, was einem Anstieg um 5,6 Prozent entspricht. Für 2020 wird mit einer Steigerung der kommunalen Einnahmen um 3,9 Prozent gerechnet. Deutliche Steigerungen ergeben sich bei den Gewerbesteuererträgen im Jahr 2020, weil erhöhte Gewerbesteuereinnahmen an den Kosten der Deutschen Einheit ausfallen.

Für das laufende Jahr rechnet die Prognose der kommunalen

Spitzenverbände mit einem Überschuss in Höhe von ca. 5,6 Milliarden Euro. In den Folgejahren sind deutliche Rückgänge beim Finanzierungssaldo zu erwarten – trotz einer unterstellten Fortführung der Flüchtlingsfinanzierung sowie des Wegfalls der einheitsbedingten Gewerbesteuerumlagen.

Die Ausgaben der Kommunen für soziale Leistungen sind nach einem drastischen Niveausprung von mehr als 10 Prozent im Jahr 2016 und einem neben den Flüchtlingsbewegungen auch durch die Reformen im Pflegebereich zumindest kurzfristig bedingten leichten Rückgang im Jahr 2017 im Jahr 2018 geringfügig gestiegen. Die Marke von 60 Milliarden Euro wird in diesem Jahr voraussichtlich überschritten. Erwartet werden Ausgaben in Höhe von 61,7 Milliarden Euro. 2020 wird mit 64,2 Milliarden Euro gerechnet.

Insgesamt gehen die kommunalen Spitzenverbände davon aus, dass durch den Flüchtlingszufluss eine einmalige deutliche Niveaushiftung stattgefunden hat. Ein Rückgang der fiskalischen Belastungen ist daher trotz der zurückgehenden Zahl neu ankommender Flüchtlinge mittelfristig nur in geringerem Umfang zu erwarten. Integration benötigt viel Zeit, und sie beansprucht über diesen gesamten Zeitraum fiskalische Ressourcen.

Bei den Investitionen wird für das laufende Jahr mit einem Rekord-Wachstum von knapp 15 Prozent auf 31,7 Milliarden Euro gerechnet. Im Jahr 2020 wird ein Anstieg auf 34,9 Milliarden Euro erwartet.

Große Unterschiede zwischen den Kommunen

„Trotz insgesamt positiver Entwicklung der Kommunalfinanzien sind die Unterschiede von Kommune zu Kommune immer noch sehr groß“, unterstrichen Dedy, Henneke und Landsberg. Mit der Arbeit der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ sei nochmals deutlicher geworden, wie unterschiedlich die Chancen und Voraussetzungen in den einzelnen deutschen Kommunen sind. Dementsprechend unterschieden sich auch die Herausforderungen, vor denen die einzelnen Städte, Kreise und Gemeinden stehen.

„Wir fordern die Bundesregierung mit Nachdruck auf, sich mit allen Beteiligten auf passgenaue Lösungen zu verständigen und auch ihren finanziellen Beitrag bereitzustellen. Vorschläge liegen auf dem Tisch“, machten die Geschäftsführer deutlich. DK

45 Milliarden Euro: Dieser Staatsüberschuss verpflichtet!

Bund der Steuerzahler fordert: Soli-Aus für alle und Ende der Diskussion um die Schwarze Null

Mit 45,3 Milliarden Euro haben Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen im ersten Halbjahr 2019 deutlich mehr eingenommen als ausgegeben – das ergeben aktuelle Daten des Statistischen Bundesamts. Deshalb fordert der Präsident des Bundes der Steuerzahler, Reiner Holzengel: „Die Rekorderlösnisse, über die der Staat weiterhin verfügt, muss die Politik klug investieren, um die deutsche Wirtschaft und die Finanzlage der öffentlichen Kassen zu stabilisieren.“

Konkret stellen sich die Forderungen des Bundes der Steuerzahler wie folgt dar:

1. Komplette Abschaffung des Solidaritätszuschlags für alle!

Dazu Holzengel: „Die Teillastung sollte auf jeden Fall schon 2020 beginnen. Zudem muss im Gesetzentwurf ein fester Zeitpunkt für das komplette Soli-Aus für alle Bürger und Betriebe fixiert werden – in unserer Stellungnahme an das Bundesfinanzministerium haben wir eine vollständige Soli-Abschaffung bis spätestens Ende 2022 gefordert.“

Gesamtstaatlich kann die Politik auf das Soli-Aufkommen von rund 20 Milliarden Euro verzich-

ten, die Motivationen der Bürger und Betriebe zu Konsum und Investition würden dadurch im gleichen Umfang gestärkt – dadurch werden neue Wachstumsimpulse freigesetzt.

2. Die Diskussion um die Schwarze Null und die grundlegende schuldens Bremse muss ein Ende haben!

Die öffentliche Kassenlage bietet keinerlei Anhaltspunkte dafür, die nachhaltige und generationengerechte Politik der schuldenfreien Haushalte ohne Not aufzugeben. „Der Ruf nach zusätzlichen Investitionsprogrammen auf Pump ist keine generationengerechte Politik“, betont Holzengel. Vielmehr müs-

Arbeitsmarktfonds:

Förderung innovativer Projekte

Die Bayerische Staatsregierung hat die Arbeitsmarktpolitik als einen Schwerpunkt definiert. Angesichts der insgesamt sehr guten Arbeitsmarktsituation hat sie das Ziel, die Arbeitsmarktförderung noch stärker auf marktbenachteiligte Menschen zu fokussieren. Laut Arbeitsministerin Kerstin Schreyer „unterstützen wir Qualifizierungsmaßnahmen, damit Geringqualifizierte, Langzeitarbeitslose, Menschen mit Behinderung, Jugendliche und junge Erwachsene oder Frauen mit unterbrochener Erwerbsbiografie leichter in den Ausbildungs- oder Arbeitsmarkt integriert werden können“.

Aktuell wurden in fünf Regierungsbezirken Investitionen ermöglicht und somit neue innovative Projekte gefördert.

In Schwaben betrogen die Investitionen knapp 400.000 Euro. Damit konnten zwei neue innovative Projekte gefördert werden, die beide den Fokus auf Menschen mit Behinderung richten. Gefördert werden für eine Dauer von bis zu drei Jahren die Projekte „Berufswelt inklusiv“ und „BIC – BerufsintegrationsCoaching“ der bfz gGmbH.

Schwaben

Aus dem Arbeitsmarktfonds werden innovative und zielgerichtete Maßnahmen zur Qualifizierung und Arbeitsförderung unterstützt, die nicht im Rahmen der bestehenden Arbeitsmarktinstrumente durchgeführt werden können. Die Projekte wurden von den Mitgliedern der Arbeitsgruppe Arbeitsmarktfonds, bestehend aus Vertretern der Wirtschaft, der Kamern, der Gewerkschaften, der Bundesagentur für Arbeit und der Staatsregierung ausgewählt. „Wir haben stets die regionale Arbeitsmarktsituation im Blick. In den vergangenen zehn Jahren wurden in Schwaben 10 innovative Projekte mit einem Fördervolumen von rund 2,2 Millionen Euro gestartet“, betonte Schreyer.

Oberpfalz

In der Oberpfalz wurden für drei Projekte rund 666.000 Euro aufgewendet. Die Projekte haben den Fokus auf junge Menschen ohne Berufsausbildung, auf Frauen kurz vor dem Ende der Elternzeit oder in Minijobs und Teilzeitarbeitsverhältnissen und auf junge und ältere Menschen mit Behinderung. Unterstützt werden für eine Dauer

von bis zu drei Jahren die Projekte „Wage es!“ der bfz gGmbH, „Frauen können mehr“ des Zentrums für regionale Bildung gGmbH sowie „360° mobil“ der Eckert Schulen. Mit einem Fördervolumen von rund 3,8 Millionen Euro gingen in den vergangenen zehn Jahren 22 innovative Projekte an den Start.

Oberfranken

Rund 612.000 Euro investierte der Freistaat in vier Projekte in Oberfranken; ein bereits bestehendes wurde verlängert. Die Projekte richten ihr Augenmerk auf suchtkranke und suchtgefährdete Menschen, auf Jugendliche und Erwachsene mit multiplen Vermittlungshemmnissen, auf Berufsrückkehrerinnen und auf Menschen mit Behinderung. Gefördert werden für die Dauer von bis zu zwei Jahren die Projekte „TurnAround“ und „Check on you“ der gfi gGmbH und die Projekte „PIN“ (Projekt Integration durch Nachhaltigkeit) und „INTENSE“ der bfz gGmbH. Das Projekt „Zurück in den Beruf“ der bfz gGmbH wird für ein weiteres Jahr gefördert. In den vergangenen zehn Jahren wurden 47 innovative Projekte mit einem Fördervolumen von rund 9 Millionen Euro gestartet.

Mittelfranken

Mit rund einer Million Euro wurden in Mittelfranken vier Projekte bedacht. Zwei davon legen den Fokus auf Langzeitarbeitslose mit schwerwiegenden oder multiplen schweren Vermittlungshemmnissen wie beispielsweise Sucht, Straffälligkeit oder psychischen Einschränkungen. Unterstützt werden für eine Dauer von bis zu drei Jahren das Projekt „Gestaltungskompetenz für gesundes und kompetentes Arbeiten“ der ffw GmbH sowie die Projekte „RUN“ (Richtungswechsel/Umorientierung/Neustart), „FAZ“ (Freiheit/Arbeit/Zukunft) und „Durchstarten im Landkreis“ des bfz. Insgesamt wurden 40 innovative Projekte mit einem Fördervolumen von rund 11 Millionen Euro in den vergangenen zehn Jahren gestartet.

Oberbayern

In Oberbayern beliefen sich die Investitionen auf knapp 320.000 Euro. Damit konnten ein neues Projekt gefördert und ein bereits bestehendes verlängert werden. Die Projekte befassen sich mit Frauen mit unterbrochener Erwerbsbiografie und Menschen mit Behinderung. Das Projekt „Ich will mehr im Beruf – Wege zur Veränderung“ der Frau und Beruf gGmbH wird für eine Dauer von drei Jahren gefördert. Das bereits bestehende Projekt „Begleiteter Übergang von arbeitslosen Menschen mit Mehrfachbehinderung in den Beruf“ der Stiftung ICP München in Kooperation mit dem Integrationsfachdienst München-Freising wird für ein weiteres Jahr unterstützt. Mit einem Fördervolumen von rund 4,5 Millionen Euro gingen in den vergangenen zehn Jahren 25 innovative Projekte an den Start. DK

LfA-Programmkredite fließen an über 2.300 Unternehmen und Kommunen

Im ersten Halbjahr 2019 hat die LfA Förderbank Bayern die bayerische Wirtschaft mit Darlehen von über 1,2 Mrd. Euro unterstützt. Die Nachfrage nach programmgebundenen Förderkrediten konsolidierte sich dabei mit rund 962 Mio. Euro auf hohem Niveau. Über 2.300 mittelständische Unternehmen und Kommunen konnten so gefördert werden. Sehr stark war die Finanzierungsfrage der kleinen und mittleren Betriebe in der Energieeffizienzförderung – das Zusagevolumen in den Energiekreditprogrammen der LfA stieg auf über 170 Mio. Euro, dies entspricht einem deutlichen Zuwachs von über 41 Prozent.

„Energieeffizienz ist ein wichtiger Faktor für den Fortschritt der Energiewende und zugleich für den Mittelstand eine große Herausforderung. Die LfA unterstützt die Betriebe nicht nur bei der Finanzierung von Umwelt- und Energievorhaben. Sie hält überdies ein attraktives und passgenaues Förderangebot bei der Finanzierung weiterer Zukunftsinvestitionen sowie für Gründer und Unternehmensnachfolger bereit. Allein mit den Programmkrediten der LfA haben die Unternehmen in diesem Jahr bereits Investitionen von 1,5 Mrd. Euro in Angriff genommen – sie konnten damit über 78.000 bestehende Arbeitsplätze festigen und rund 3.200 neue Stellen schaffen. Unser Mittelstand ist damit auf dem richtigen Weg, um weiterhin erfolgreich zu wirtschaften und wettbewerbsfähig zu bleiben“, erklärte hierzu Wirtschaftsminister und LfA-Verwaltungsratsvorsitzender Hubert Aiwanger. □

Bayerns Landesbausparkasse zieht Bilanz:

Erfolgreich auf die Nullzins-Politik eingestellt

Trotz der anhaltenden Nullzins-Politik der Europäischen Zentralbank (EZB) war 2018 für die Bayerische Landesbausparkasse (LBS) „ein gutes Jahr“, weil sowohl im Bausparneugeschäft als auch im Finanzierungsgeschäft die Erwartungen übertroffen wurden. Das Rekordtief der Zinsen, die hohe Wirtschaftskraft und die niedrige Arbeitslosigkeit hätten die enorme Nachfrage nach Wohneigentum und Baufinanzierungen in Bayern befördert, erläuterte Vorstandsvorsitzender Erwin Bumberger in der Bilanz-Presskonferenz. Für viele Menschen sei eben Wohneigentum in Bayern immer noch erreichbar.

Die LBS habe sich in den vergangenen Jahren strategisch mit bemerkenswertem Erfolg auf die Nullzinspolitik eingestellt, doch es brauche noch etwas Zeit, bis sich die Anstrengungen auch in steigenden Erträgen niederschlugen. Wie angekündigt, liegt der Jahresüberschuss für 2018 bei Null. Und das werde auch bis 2021, 2022 so sein, denn es bleibe wohl noch Jahre bei den Niedrigzinsen. Für die LBS gehe es darum, sich in diesem extremen Kapitalmarktumfeld zu behaupten. Die permanenten Anstrengungen kämen einem Dauerlauf gleich, weil eine Zinswende einfach nicht in Sicht sei.

LBS-Qualitätsprodukte

Das Bausparneugeschäft legte um 8,7 Prozent, dem größten Plus seit 2010, auf 7,6 Mrd. Euro zu. Mit einem ähnlichen Ergebnis sei auch im laufenden Jahr zu rechnen. Als Grund für die Zuversicht nannte Bumberger die Qualität der LBS-Produkte wie langfristige Zinssicherheit, günstige Konditionen und große Flexibilität. Ein großer Teil des Neugeschäfts sei schon mit konkreten Immobilienfinanzierungen verbunden.

Wer noch über keinen zuteilungsfähigen Bausparvertrag verfüge, könne auf einen Kombikredit zurückgreifen. Dabei wird ein Darlehen bei der LBS oder einer Sparkasse abgeschlossen, das zunächst nicht getilgt wird. Stattdessen fließen die monatlichen Raten in einen Bausparvertrag, der das Darlehen ablöst, sobald er zuteilungsfähig ist. Dann wird aus dem Darlehen ein Bauspardarlehen. Im Berichtsjahr wurden solche Vorfinanzierungen über 1,7 Mrd. Euro abgeschlossen.

Insgesamt hat sich das Finanzierungsgeschäft extrem stark entwickelt. Die Auszahlungen stiegen um ein Viertel auf 1,5 Mrd. Euro.

Sparkassenverband Bayern:

Dr. Uwe Brandl ist neuer stellvertretender Vorsitzender

Die 93. Ordentliche Versammlung des Sparkassenverbands Bayern hat ein zusätzliches Präsidiumsmitglied gewählt: Neuer stellvertretender Verbandsvorsitzender wird Dr. Uwe Brandl, Bürgermeister der Stadt Abensberg, Präsident des Bayerischen Gemeindetags sowie Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebunds.

Der SVB erweitert damit das Präsidium seiner Verbandsversammlung um die Position des ehrenamtlichen dritten Verbandsvorsitzenden. Damit sind nun alle drei bayerischen kommunalen Spitzenverbände (Bayerischer Landkreistag, Bayerischer Städtetag und Bayerischer Gemeindetag) in der ehrenamtlichen Führungsspitze des SVB vertreten.

Erster Vorsitzender der Verbandsversammlung und damit Verbandspräsident ist seit 2014 Prof. Dr. Ulrich Reuter, Landrat des Landkreises Aschaffenburg. Der ehrenamtliche Verbandspräsident leitet als erster Vorsitzender die Verbandsversammlung, das oberste Organ des Verbands. Stellvertreter von Reuter sind seit 2016 Josef Pellkofer, 1. Bürgermeister der Stadt Dingolfing, sowie nunmehr Uwe Brandl. Dieser ist bereits seit 2003 Mitglied im Verbandsverwaltungsrat und im kommunalen Beirat des SVB und somit intensiv in die strategischen Entscheidungen des Verbandes eingebunden.

ro. Dabei wurde der lange Zeit zu beobachtende Rückgang der Bauspardarlehen gestoppt. Ihre Auszahlungen legten um 6 Prozent auf 360 Mio. Euro zu. Bei den Sofortfinanzierungen gab es mit einem Plus von 29 Prozent auf mehr als 940 Mio. Euro einen Rekordwert. Das noch junge Geschäft mit Annuitätendarlehen wuchs um 52 Prozent auf 225 Mio. Euro. Und auch das Geschäft mit institutionellen Investoren hat sich erfolgreich entwickelt. 2018 wurden 115 Mio. Euro Bausparsumme und 13 Mio. Euro an Sofortfinanzierungen mit Kommunen und kommunalen Unternehmen abgeschlossen.

Zusätzlich werden im Verbund mit den Sparkassen seit verganginem Jahr auch Wohnungsunternehmen angesprochen. Auf Anhieb habe man eine Bausparsumme von 95 Mio. Euro und ein Finanzierungsvolumen von 22 Mio. Euro erzielt. Heuer werde man diese Volumina wohl steigern können. Für 2019, so Bumberger, peile man insgesamt ein ähnlich hohes Kreditgeschäft wie 2018 an.

Diverse Vertriebschienen

Als Grundlage für diesen Erfolg sieht man bei der Bayern-LBS, dass man sich mehrerer Vertriebschienen bedient. Über die zum S-Finanzverbund gehörenden Sparkassen werden 80 Prozent des Bausparneugeschäftes herbeigeholt. Darüber hinaus arbeitet die LBS mit eigenen und freien Handelsvertretern und freien Finanzberatern, die ihr Geschäft überwiegend über Online-Plattformen (E-hyp und Finmas) abwickeln, in die auch LBS-Produkte eingebunden sind. Auf diese freien Finanzberater entfällt laut LBS etwa ein Viertel des Marktes für Baufinanzierungen.

Künftig will die S-Finanzgrup-

pe den Drittvermittlern eine eigene „Pooling-Plattform“ bieten, die „FORUM Direktfinanz GmbH“, eine Tochter der LBS West, die derzeit das Plattformgeschäft für die Sparkassen in Nordrhein-Westfalen bündelt und noch in diesem Jahr deutschlandweit als zentrales Angebot der gesamten LBS-Gruppe zur Verfügung stehen wird. FORUM wird neben dem Produktangebot aus dem Sparkassenverbund auch verbundfremde Anbieter integrieren. Als neuester Vertriebschritt gilt die Vertriebsausweitung auf die Agenturen der Versicherungskammer Bayern, die ebenfalls zum S-Verbund gehört. Die ersten Monate der Kooperation liefen vielversprechend, sagte Bumberger, in dieser Zusammenarbeit sei noch viel Potenzial vorhanden.

Niedrigeres Betriebsergebnis

Das Vorstandsmitglied Gerhard Grebler erläuterte, wieso der Jahresüberschuss für 2018 bei Null liegt, der im Jahr zuvor immerhin noch 9,6 Mio. Euro betragen hatte. Einen ersten Hinweis bietet das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge, das mit 25,9 (53,2) Mio. Euro um gut 27 Mio. Euro niedriger als im Jahr zuvor ausfiel. Der Planwert lag allerdings bei nur 12,9 Mio. Euro.

Zum Rückgang des Betriebsergebnisses hat insbesondere das Zinsergebnis beigetragen, das vor allem auf Grund eines Sondereffektes auf 151,4 (182) Mio. Euro schrumpfte. Auf Grundlage des Investment-Steuerreform-Gesetzes waren 2017 nämlich bis dahin thesaurierte Erträge von Geldanlagen in Spezialfonds entnommen worden, was allein etwa 25 Mio. Euro ausmacht. Erträge, die 2018 nicht mehr zur Verfügung standen. Außerdem sanken die Zinserträge aus Baudarlehen. Dieser Ertragsrückgang im Bauspardarlehen-Geschäft konnte allerdings durch die Steigerung im Finanzierungsgeschäft etwas abgemildert werden.

Zudem konnte der Zinsaufwand für Bauspareinlagen, die sog. Habenzinsen, leicht reduziert werden, denn der durchschnittliche Zinssatz der Bauspareinlagen war weiter rückläufig, während der Einlagenbestand nur leicht gewachsen ist. Hier zahlen sich die „Bestandspflege-Bemühungen“ der LBS aus, ihre Bestandskunden dazu zu bewegen, ihre bestehenden Verträge mit hohen oder gar noch ziemlich hohen Habenzinsen umzustellen auf neue Verträge mit „zeitgemäß“ niedrigeren Habenzinsen, dafür aber auch mit den derzeit extrem niedrigen Sollzinsen. Man sei dabei gut vorangekommen, vor allem bei Kunden, deren Bausparvertrag schon bald fällig werde. Bei Kunden, deren Bausparvertrag noch lang bis zur Reife (Zuteilung) habe, sei die Überzeugung zur Umstellung schwieriger.

Verbessertes Provisionsergebnis

Das Provisionsergebnis wurde um 1 Mio. Euro auf -4,1 (-5,1) Mio. Euro verbessert, was heißt, dass weniger Provisionen für die Vermittlung von Bauspar- und Finanzierungsgeschäft gezahlt wurden. Die allseits spürbaren Sparbemühungen schlugen sich auch im Verwaltungsaufwand nieder, der mit 94,7 (105) Mio. Euro um gut 10 Mio. Euro unter dem Vorjahreswert lag. Hier machten sich Einsparungen bei Löhnen und Gehältern – die Zahl der Beschäftigten (ohne Azubis und Trainees) ging um 2,5 Prozent auf 636 zurück – und geringere Aufwendungen für Altersvorsorge bemerkbar. Die Einsparungen bei der Altersvorsorge resultieren vor allem

aus der geänderten Abzinsungspraxis für Pensionsrückstellungen. Der Saldo der sonstigen Aufwendungen und Erträge fiel mit -18,7 (-26,7) Mio. Euro um 8 Mio. Euro unter den Vorjahreswert.

Trotz des „Sparens an allen Ecken und Enden“ steht die LBS vor wichtigen Investitionen, um das Institut weiter voranzubringen. Der Schwerpunkt werde auf der Digitalisierung liegen, sagte Grebler. Es geht um digitale Beratungsprozesse, die immer mehr Sparkassen anbieten. Auf diesem Wege können seit März auch Bausparverträge abgeschlossen werden, und zwar vom Antrag bis zur elektronischen Unterschrift. Die finalen Vertragsunterlagen kann der Kunde über das elektronische Postfach seiner Sparkasse empfangen. Bis zum Jahresende dürfte jede zweite bayerische Sparkasse diesen Service bieten.

Prozessintegration

Ein zentrales Projekt ist die Integration der Prozesse der Bayern-LBS in die gemeinsame IT-Welt der Landesbausparkassen. Der Wechsel (Migration genannt) auf das System „OSPlus LBS“ sei eine zwingende strategische Notwendigkeit, auch wenn das erhebliche Ressourcen in Anspruch nehme und viel Geld koste. Die Umstellung (Cutover genannt) soll im August 2020 erfolgen.

Vorstandschef Bumberger legte großen Wert auf die Erläuterung, wieso Wohneigentum trotz der gestiegenen Preise für viele Menschen in Bayern immer noch erreichbar sei. Die Zinsen lägen heute etwa 75 Prozent niedriger als vor zehn Jahren. Laut Studie „Wohnen in Deutschland 2019“ des Instituts der Deutschen Wirtschaft (DIW) zahle ein „durchschnittlicher“ Immobilienkäufer

in Deutschland heute 72.500 Euro weniger Bauzinsen als vor zehn Jahren. Im selben Zeitraum seien die Einkommen in Bayern um etwa 25 Prozent gestiegen. Das relativiere die Preisanstiege im Immobilienmarkt, die nach LBS-Angaben zuletzt ein klein wenig moderater gestiegen sind, erheblich. Zusätzlich gebe es Rückenwind dank staatlicher Förderungen, die sich auf zehntausende

Euro summieren könnten. Bumberger nannte hier das Baukindergeld, die bayerische Eigenheimzulage, die Wohnriester-Regelung und nicht zuletzt die Wohnungsbauprämie, die aber nach mehr als 20 Jahren endlich an die allgemeine Preis- und Gehaltsentwicklung angepasst werden müsse – wie es in der großen Koalition vereinbart sei. Das stärke die Altersvorsorge junger Menschen. **dhg**

Damit das Löschwasser nicht ausgeht

Versicherungskammer Bayern übergibt Schwimmsauger

Der heiße Sommer 2019 führte bereits zu Wald- und Flächenbränden, und ließ mancherorts auch schon das Löschwasser knapp werden. Auch im trockenen Jahr 2018 war der Wasserstand in vielen Bächen so niedrig, dass mit herkömmlichen Mitteln der Feuerwehr kein Löschwasser mehr entnommen werden konnte. Die Versicherungskammer Bayern stellt deshalb den bayerischen Feuerwehren insgesamt 850 Schwimmsauger zur Verfügung.

Mit dem Schwimmsauger kann die Feuerwehr künftig Löschwasser auch bei geringem Wasserstand aus Gewässern pumpen. Eine ausreichende Löschwasserversorgung ermöglicht es der Feuerwehr eine Brandausbreitung zu verhindern und damit Schäden an Gebäuden und der Umwelt zu minimieren. Dies wirkt sich auch positiv auf die Bilanz des größten Wohngebäudeversicherers in Bayern und der Pfalz aus.

„Ohne Löschwasser kann die beste Feuerwehr nicht löschen“, erläutert Barbara Schick, stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Versicherungskammer Bayern. „Als Versicherer der Kommunen liegt uns sehr daran, diese bei der Ausrüstung ihrer Feuerwehren zu unterstützen.“

Mit dem Schwimmsauger kann aus Bächen gesaugt werden, wenn der Wasserstand nur noch

5 cm beträgt. Bisher waren mindestens 30 cm notwendig. Da das Wasser an der Oberfläche entnommen wird, wird zudem der Gewässerboden geschont. Der 7kg leichte Schwimmsauger besteht aus einem 60 cm langen Polyethylen-Körper und wird anstelle eines herkömmlichen Saugkorbes aus Metall am Saugschlauch angebracht. Dieser Saugschlauch wird an der Pumpe des Feuerwehrfahrzeuges angeschlossen.

Da nicht überall Hydranten vorhanden sind, muss das Löschwasser oft aus Bächen oder Teichen gepumpt werden. Der Schwimmsauger ist dafür eine einfache, aber geniale Erfindung. Zudem ist das Absaugen von Wasser bei Überschwemmungen möglich. Das Projekt wurde von der Versicherungskammer Bayern gemeinsam mit dem Landesfeuerwehrverband Bayern entwickelt. □



VER SICHERUNGSKAMMER BAYERN

Ein Stück Sicherheit.

Beschützen ist unsere Leidenschaft.

Seit König Max 1811 die Versicherung zum Schutz der Menschen gegründet hat.

Finanzgruppe

Sparkassenfusion ist beschlossene Sache

Die Fusion der Kreis- und Stadtparkasse Dillingen und der Sparkasse Nördlingen zur künftigen Sparkasse Dillingen-Nördlingen ist beschlossene Sache und damit endgültig in trockenen Tüchern. Juristisch wirksam wurde die Fusion zum 30. August 2019.

Der Kreistag des Landkreises Dillingen hatte zunächst als Gremium der Zweckverband Kreis- und Stadtparkasse Dillingen a.d. Donau angehörigen Mitglieder der Fusion der beiden Sparkassen abschließend zugestimmt. Dann trat der Zweckverband der Kreis- und Stadtparkasse Dillingen zusammen, um den Fusionsbeschluss zu fassen. Über das einstimmige Votum im Zweckverband informierte der Verbandsvorsitzende, Landrat Leo Schrell, im Verlauf einer Pressekonferenz.

Sparkassen als wichtige Stabilitätsanker

„Die künftige Sparkasse Dillingen-Nördlingen wird mit einem Bilanzvolumen von annähernd zwei Mrd. Euro sowie einer kompetenten und motivierten Belegschaft für die Herausforderungen der Zukunft bestens gerü-

stet sein“, betonte Schrell. So seien die Sparkassen nach Meinung Schrells insbesondere in den Räumen außerhalb der Ballungszentren wichtige Stabilitätsanker. Als verlässliche Finanzpartner sowohl der Kommunen als auch der Wirtschaft, insbesondere dem starken Mittelstand, seien sie ebenso für die Attraktivität einer Wirtschaftsregion mit Lebensqualität unverzichtbar, wie als Arbeitgeber mit qualifizierten Ausbildungs- und Arbeitsplätzen sowie dem gemeinwohlorientierten und sozialen Auftrag, zu dem sich die Sparkassen verpflichtet sehen.

Die zunehmend verschärfte Wettbewerbssituation, der erhebliche Ertragsdruck aus dem andauernden Niedrigzinsumfeld sowie die starken Belastungen aus den regulatorischen Anforderungen haben die Überlegungen und letztlich erfolgreichen Gespräche zur Vereinigung

Stadtparkasse Augsburg:

Mobilität neu denken

Beim Mittelstandsforum der Stadtparkasse Augsburg stand in diesem Jahr die Automobilindustrie im Fokus. Was sind die aktuellen Herausforderungen im Bereich Elektromobilität und autonomes Fahren? Um Fragen hierzu zu beantworten, hatte das Kreditinstitut drei Referenten rund ums Thema Mobilität eingeladen.

Dr. Walter Eschle, stellvertretender Vorstandsvorsitzender, betonte bereits bei der Begrüßung: „Die Automobilbranche steht vor einem Umbruch, Mobilität ist im Trend.“ Dr. Stefan Kipar von der Bayerischen Landesbank analysierte hierzu die Märkte aus volkswirtschaftlicher Sicht sowie deren mögliche Auswirkungen auf die Automobilbranche. Nach Meinung des Experten bleibt das Niedrigzinsumfeld noch länger erhalten und die Stimmung im Verarbeitenden Gewerbe sieht er auf Rezessionsniveau.

Dass auf Fuhrparkverantwortliche neue Anforderungen zukommen, davon zeigte sich Frank Hägele, Geschäftsführer der Deutsche Leasing Fleet GmbH, überzeugt und referierte über Optimierungsmöglichkeiten und bundesweite Förder-

ungen rund um die Mobilität. Dieter Becker, Global & EMA Head Automotive Practice von der KPMG International München, betonte in seinem Vortrag: „Mobilitätsanbieter sind nicht nur Autohersteller.“ Es bedarf zukünftig mehr Konzentration auf die tatsächlichen Bedürfnisse von Menschen, der Gesellschaft und des Ökosystems. Visionen sind hierzu notwendig. Die Konzentration allein auf die Hardware reicht nicht mehr aus. Individuelle Mobilitätsbedürfnisse, nutzerzentriertes Design, Vernetzung und Daten spielen eine entscheidende Rolle.

Am Ende des Abends waren sich alle einig: Der Automobilbranche stehen massive Veränderungen bevor. Die zukünftige Mobilitätswelt wird eine andere, radikal datenbasierte und serviceorientierte sein. □

Stadtparkasse München:

Top-Werte bei der Digitalisierung

Die Stadtparkasse München führt wieder das Ranking unter den bayerischen Sparkassen in der Gesamtwertung an, wenn es um den Grad der Digitalisierung geht. Dieser war ein Drittel höher als der bundesweite Durchschnitt.

Im Verhältnis zum Durchschnittswert aller Sparkassen lag die Stadtparkasse München bei der entsprechenden Messung ein Drittel darüber. Bei der Anzahl der Digitalisierungspunkte, die die Stadtparkasse München gesammelt hatte, legte sie im Vergleich zum Vorjahr sogar um ein Viertel zu. Bundesweit zählt sie damit wieder zu den drei besten Sparkassen in Metropolregionen.

„Wir sind mit diesem Abschneiden wieder sehr zufrieden und freuen uns über die Auszeichnung, die wir dazu vom Bayerischen Sparkassenverband erhalten haben“, betonte der für die Digitalisierung zuständige Vorstand Dr. Bernd Hochberger.

Ausschlaggebend für die zu erzielenden Digitalisierungspunkte war, wie viele digitale Produkte und Services am jeweiligen Standort vorhanden sind und angeboten werden (Kategorie Spar-

kasse). In der Kategorie Kunde wurde geprüft, wie viele Kunden in Relation zur Gesamtzahl aller Kunden bereits digitale Lösungen nutzen. Dazu zählt zum Beispiel die Anzahl der durchgeführten Echtzeit-Überweisungen oder die Klickrate der Kunden beim Öffnen von E-Mails der Sparkasse. (Online-Banking-Quote, Multibanking, eKonto-Auszug als Beispiel)

In der Kategorie „Mitarbeiter“ wird gemessen, wie viele digitale Produkte die Mitarbeiter bereits für sich selbst nutzen. Also die Anzahl der ePostfächer für elektronische Kontoauszüge oder die Zahl der aktiven Nutzer für das Bezahlfahrer „Kwitt“, bei dem per Smartphone sehr einfach Geld überwiesen werden kann. Auch die Anzahl der Registrierungen für das Online-Bezahlfahrer paydirekt wurden in der Kategorie „Mitarbeiter“ gewertet. □

der beiden Sparkassen begleitet.

Schrell dankte Nördlingens OB Hermann Faul für die stets konstruktiv und sehr vertrauensvoll geführten Gespräche. „Darin sehe ich eine hervorragende Voraussetzung, dass die Sparkasse Dillingen-Nördlingen die bereits vorhandene Leistungsstärke beider Sparkassen effizient zusammenführen wird und die Kunden dadurch in hohem Maße profitieren“, sagte Schrell. Die Erfüllung des Sparkassenauftrags soll demnach von Stabilität, Qualität und Dynamik geprägt sein. Im Geschäftsgebiet der fusionierten Sparkasse werden künftig insgesamt 17 Beratungsgeschäftsstellen und weitere 12 Selbstbedienungsgeschäftsstellen die Nähe zu den Kunden vor Ort garantieren. Schrell dankte ebenso seinem Donau-Rieser Kollegen Stefan Rößle für das faire und kollegiale Miteinander, das die Verhandlungen in den zurückliegenden gut zwei Jahren geprägt habe.

Verhandlung auf Augenhöhe

Rößle betonte, dass er zwar einen Zusammenschluss auf nord-schwäbischer bzw. Landkreisebene unter Beteiligung der Sparkasse Donauwörth favorisiert habe, im Verlaufe der Verhandlungen allerdings erkennen musste, dass die nun vollzogene Zweierlösung die derzeit einzig machbare Alternative von mehreren Varianten gewesen sei. Umso mehr bewerte er es als außerordentlich positiv, dass die Verantwortlichen der beiden Sparkassen stets auf Augenhöhe verhandelt haben und die Gespräche deshalb sehr zügig zum Abschluss bringen konnten. Dabei seien die Belange der Mitarbeiter und der Kunden stets im Fokus gestanden.

Der Verwaltungsratsvorsitzende der Sparkasse Nördlingen, OB Hermann Faul, gab den Dank an den zukünftigen Vorsitzenden des Verwaltungsrats der Sparkasse Dillingen-Nördlingen zurück und freute sich über den konstruktiven und kooperativen Prozess. Er betonte, dass durch die Fusion die sozialen, kirchlichen und gesellschaftlichen Zwecke noch stärker und nachhaltiger gefördert werden können.

Oberbürgermeister Frank Kunz betonte: „Was uns in Dillingen natürlich besonders freut: In gu-

ten Gesprächen zwischen den Städten und Instituten konnte erreicht werden, dass die Handelsniederlassung und der Vorstandssitz auch in Zukunft in Dillingen sein werden.

Welch hohe Akzeptanz die Sparkasse in unserer Stadt besitzt, machen auch die durchweg erfreulichen Rückmeldungen seitens der Bürger deutlich. Der Sparkasse ist es gelungen, die Beweggründe für den jetzt erfolgten Zusammenschluss transparent und verständlich zu erklären. Und die Kunden ebenso wie die Mitarbeiter hiervon zu überzeugen.

Wichtiger Meilenstein

Strategisch betrachtet ist die Fusion dieser beiden großen, traditionsreichen Geldhäuser ein wichtiger Meilenstein zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit unserer heimischen Sparkassen. Dass es sich hierbei langfristig nicht um den letzten Schritt handelt, haben die Verantwortlichen von Beginn an offen kommuniziert. Ebenso wie die Botanik an alle Nachbarn: „Die Tür für Verhandlungen und zukünftige Partnerschaften steht immer offen.“

Servicequalität und Beratungskompetenz

Die beiden Vorstandsvorsitzenden Thomas Schwarzbauer (Dillingen a.d. Donau) und Wolfgang Winter (Nördlingen) sowie die beiden Vorstandmitglieder Martin Jenewein (Dillingen a.d. Donau) und Karlheinz Wiesinger (Nördlingen) erklärten übereinstimmend: „Nur mit dem Einsatz aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird das Selbstverständnis von Servicequalität und Beratungskompetenz für unsere Kunden gelingen. Demzufolge werden alle Arbeitsplätze der rund 360 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhalten und es wird keine betriebsbedingten Kündigungen geben.“

Schwarzbauer, Winter, Jenewein und Wiesinger, die künftig ein vierköpfiges Vorstandsgremium unter Vorsitz von Thomas Schwarzbauer bilden, sind sich einig, dass in der künftigen Hauptstelle in Dillingen und der weiteren Niederlassung in Nördlingen die hohen Anforderungen der Sparkassen- und der Bankenaufsicht an die Führung und Steuerung der Sparkasse sichergestellt werden. Stellvertretender Vorstandsvorsitzender wird Wolfgang Winter. Im Geschäftsgebiet der Sparkasse Dillingen-Nördlingen wohnen rund 132.000 Einwohner. □



Von links, Reihe sitzend: Oberbürgermeister Frank Kunz (Dillingen a.d. Donau), Landrat Leo Schrell (Dillingen); Vorsitzender des Zweckverbandes Kreis- und Stadtparkasse Dillingen, Oberbürgermeister Hermann Faul (Nördlingen); Vorsitzender des Zweckverbandes Sparkasse Nördlingen) und Landrat Stefan Rößle (Donau-Ries). Reihe stehend: Vorstandsmitglied Martin Jenewein und Vorstandsvorsitzender Thomas Schwarzbauer (beide Sparkasse Dillingen) sowie Vorstandsvorsitzender Wolfgang Winter und Vorstandsmitglied Karlheinz Wiesinger (beide Sparkasse Nördlingen). Bild: Peter Hurler/LRA Dillingen a.d. Donau

Halbjahresergebnis der BayernLB:

Fortsetzung der soliden Geschäftsentwicklung

Die BayernLB hat in den ersten sechs Monaten des Jahres 2019 ihre solide geschäftliche Entwicklung fortgesetzt und ein Vorsteuerergebnis von 315 Mio. Euro (Vj.: 452 Mio. Euro) erzielt. Maßgebliche Treiber für das Ergebnis waren die Aktivitäten der DKB und das Immobiliengeschäft. Gleichzeitig lief das Geschäft mit Firmenkunden, Sparkassen und öffentliche Hand sowie Finanzinstitutionen zufriedenstellend. Die Bank profitierte zudem von Einmalerträgen, die jedoch geringer ausfielen als im Vorjahr, das durch Sondereffekte positiv überzeichnet war.

Gute Portfolioqualität

„Unser Halbjahresergebnis hat sich trotz des weiterhin enorm herausfordernden Marktumfelds zufriedenstellend entwickelt und liegt im Rahmen der Erwartungen“, kommentiert der neue Vorstandsvorsitzende der BayernLB, Stephan Winkelmeier die geschäftliche Entwicklung der ersten sechs Monate 2019. „Vor dem Hintergrund des auf Jahre hinaus ungünstigen Zinsumfeldes und ersten konjunkturellen Eintrübungen werden wir noch stärker als bisher darauf hinwirken unser Geschäft zu fokussieren. Ein erster wesentlicher Schritt hierfür ist die Zusammenlegung unseres Kapitalmarktgeschäfts mit den Firmenkundeneinheiten, den wir aktuell vollziehen“, so Winkelmeier.

Gesteigerte Bilanzsumme

Das Konzernergebnis (nach Steuern) beträgt 294 Mio. Euro (Vj.: 342 Mio. Euro). Die Eigenkapitalquote (CET 1-Quote) liegt bei 14,1 Prozent und ist mit Blick auf die gute Portfolioqualität angemessen. Die Eigenkapitalrentabilität (RoE) beträgt 6,5 Prozent (Vj.: 10,0 Prozent). Die Cost-Income-Ratio (CIR) liegt mit 61,2 Prozent infolge gestiegener Investitionen und anhaltend hoher regulatorischer Anforderungen über dem Vorjahresniveau (Vj.: 59,5 Prozent).

Der summierte Zins- und Provisionsüberschuss liegt mit über einer Milliarde Euro (1,011 Mio. Euro) auf Vorjahresniveau. Der Zinsüberschuss beträgt 870 Mio. Euro (Vj.: 879 Mio. Euro), der Provisionsüberschuss legt um sieben Prozent auf 141 Mio. Euro (Vj.: 132 Mio. Euro) zu.

Konservative Geschäftspolitik

Die BayernLB profitiert weiterhin von ihrer konservativen Geschäftspolitik und weist mit -10 Mio. Euro (Vj.: 103 Mio. Euro) bei der Risikovorsorge im Kreditgeschäft einen sehr niedrigen Wert aus. Der Vorjahreswert wurde durch hohe Auflösungen und Eingänge auf abgeschriebene Forderungen begünstigt. Die NPL-Quote liegt unverändert bei sehr niedrigen 0,7 Prozent.

Der Verwaltungsaufwand erhöhte sich auf 713 Mio. Euro (Vj.: 644 Mio. Euro). Das ist im Wesentlichen auf höhere Aufwendungen zur Erfüllung regulatorischer Vorgaben, auf strategische Vertrieb-

sinitiativen und auf konzernweite Investitionen zur Digitalisierung des Geschäfts- und Betriebsmodells zurückzuführen.

Der Aufwand aus Bankenabgabe und Einlagensicherung belastete das Ergebnis mit insgesamt 119 Mio. Euro (Vj.: 90 Mio. Euro). Hierin enthalten sind mit 56 Mio. Euro die Bankenabgabe (Vj.: 52 Mio. Euro) sowie mit 63 Mio. Euro der Beitrag zum Einlagen-Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe (Vj.: 38 Mio. Euro).

Primär geprägt durch einen Einmalzertrag im Zusammenhang mit einem Steuersachverhalt wird das Sonstige Ergebnis mit 130 Mio. Euro (Vj.: 52 Mio. Euro) ausgewiesen.

Gesteigerte Bilanzsumme

Die BayernLB hat sowohl das Kreditgeschäft als auch die Geldmarktgeschäfte mit Kunden ausgeweitet. Dadurch stiegen die risikogewichteten Aktiva (RWA) und die Bilanzsumme. Die Bilanzsumme der BayernLB betrug zum 30. Juni 240,3 Mrd. Euro (+ 9,1 Prozent gegenüber dem Jahresresultat 2018), während die RWA um knapp 3 Prozent auf 67,6 Mrd. Euro leicht zulegte.

Das Segment „Immobilien & Sparkassen/Verband“ übertraf mit 105 Mio. Euro vor Steuern das Vorjahresergebnis (73 Mio. Euro) deutlich, wobei der Bereich „Immobilien“ mit 79 Mio. Euro (Vj.: 57 Mio. Euro) wiederum maßgeblich zum Segmenterfolg beitrug. Der Zuwachs resultierte auch aus gestiegenen Zins- und Provisionsüberschüssen von 8 Mio. Euro auf 100 Mio. Euro. Das akquirierte Neugeschäftsvolumen konnte bei weiterhin hoher Kundennachfrage gegenüber dem Vorjahr erneut gesteigert werden. Aufgrund von Auflösungen ergab sich zudem eine positive Risikovorsorge in Höhe von 18 Mio. Euro (Vj.: -5 Mio. Euro).

Die BayernLB bleibt bei ihrer bisherigen Jahresprognose und rechnet für das Gesamtjahr 2019 weiter mit einem positiven Vorsteuerergebnis im mittleren dreistelligen Millionenbereich. Mit Blick auf die Belastungen des operativen Geschäfts durch das anhaltend negative Zinsumfeld und die konjunkturelle Abschwächung wird die BayernLB im Rahmen des laufenden Strategieprojekts ihren Blick noch stärker als bisher auf ein konsequentes Kostenmanagement richten. □

Neue DStGB-Dokumentation:

EU-Beihilferecht in der kommunalen Praxis

In klassischen Bereichen der Daseinsvorsorge sind die Kommunen zunehmend gezwungen, sich mit dem Beihilferecht auseinanderzusetzen. Krankenhäuser, der ÖPNV sowie die Förderung von Tourismus, Kultur und Sport können regelmäßig nur defizitär betrieben werden. Immer öfter stellt sich dabei jedoch die Frage, ob die Finanzierung mit dem europäischen Beihilferecht vereinbar ist.

Mit der DStGB-Dokumentation „EU-Beihilferecht in der kommunalen Praxis“ gibt der Deutsche Städte- und Gemeindebund jetzt anhand praktischer Fälle einen kurzen Überblick darüber, wann das EU-Beihilferecht tatsächlich relevant wird. Anhand verschiedener kommunaler Tätigkeiten aus den Bereichen Infrastruktur, Gesundheitsvorsorge, Wirtschaftsförderung und Tourismus wird die Beihilferelevanz anschaulich und verständlich dargestellt.

Wirtschaftsförderung

Eine wichtige Aufgabe der kommunalen Praxis stellt die Wirtschaftsförderung dar. Zu unterscheiden ist hierbei zwischen einer direkten und einer indirekten Wirtschaftsförderung. Letztere, zu der beispielsweise die Schaffung der richtigen Rahmenbedingungen durch städtebauliche Planung, die allgemeine Bereitstellung von Infrastruktur, die allen Nutzern zugute kommt, oder ein allgemeiner Beratungsdienst zählen, dürfte dabei aus DStGB-Sicht in der Regel unproblematisch sein.

Basierend auf der Bekanntmachung zum Beihilfegriff und den neuesten Entscheidungen der EU-Kommission sollte laut DStGB immer geprüft werden, ob die Wirtschaftsförderung im Hinblick auf die Handels- und Wettbewerbsbeeinträchtigung möglicherweise eine Förderung mit rein lokalem Charakter ist. Gerade die kommunalen Wirtschaftsförderungsorganisationen wiesen überwiegend einen rein lokalen Bezug auf. Beeinträchtigungen des innergemeinschaftlichen Handels könnten daher ausgeschlossen sein.

Die EU-Kommission hat in ihrer Entscheidung zu der städtischen Projektgesellschaft „Wirtschaftsbüro Kiel-Gaarden“ angenommen, dass die öffentliche Finanzierung allenfalls marginale Auswirkungen auf die Voraussetzungen für grenzüberschreitende Investitionen und die grenzübergreifende Niederlassung in anderen Mitgliedstaaten hat. Begründet wurde dies damit, dass die Dienstleistungen des Wirtschaftsbüros lediglich auf einem überaus kleinen lokalen Markt in einem Teil der Stadt Kiel, wo etwa 19.000 der rund 242.000 Einwohner von Kiel leben, angeboten werden, sich ausschließlich an sehr kleine Unternehmen richten und die Dienstleistungen im Bereich der Wirtschaftsförderung von sehr wenigen Mitarbeitern erbracht werden. Die Entscheidungspraxis der Kommission biete eine gute Grundlage für zukünftige Bestimmungen im Bereich der Wirtschaftsförderung.

Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur

Auch die Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur kann nach Ansicht der Kommission und der Gerichte beihilferelevant sein. Dabei wird grundsätzlich zwischen Beihilfen zugunsten der Eigentümer, der Betreiber oder der Endnutzer der geförderten Infrastruktur unterschieden. Eine Kernfrage ist dabei, ob die geförderte Infrastruktur wirtschaftlich genutzt wird.

In der Bekanntmachung zum Beihilfegriff von 2016 hat die Kommission klargestellt, dass

in den Bereichen Verkehrsinfrastruktur (Straße, Eisenbahn und Wasserstraßen) sowie Wasserversorgungs- und Abwassernetze der Ausschluss einer Beihilfe möglich ist, weil sie in der Regel nicht im Wettbewerb zu anderen Infrastrukturen stehen. Für Infrastrukturen im Bereich Breitband, Häfen, Flughäfen oder Energie gilt, dass bei einer öffentlichen Finanzierung stets geprüft werden muss, ob eine Beihilfe vorliegt, da die Infrastruktur hier im Wettbewerb zu anderen Infrastrukturen stehen kann.

Beim Bau von Infrastrukturen mit öffentlichen Mitteln sind folgende Fragen zu beantworten, um zu klären, ob eine Beihilfe vorliegt: Ist die Infrastruktur einem Wettbewerb ausgesetzt? Gibt es in dem Mitgliedsstaat und in dem Wirtschaftszweig mehr als nur zu vernachlässigende private Mittel? Ist die Infrastruktur so ausgestaltet, dass sie die Gesellschaft im Allgemeinen und nicht spezielle Wirtschaftszweige oder Unternehmen begünstigt? Nach diesen Grundsätzen dürfte der Bau von Infrastruktur im Bereich Breitband und Energie in Deutschland jedenfalls beihilferelevant sein.

Auch wenn die Infrastruktur mithilfe staatlicher Beihilfen gebaut worden ist, bedeutet dies nicht automatisch, dass der Bau eine Beihilfe für Betreiber und Nutzer der Infrastruktur ist. Hier kommt es darauf an, dass der Betreiber einen angemessenen Beitrag für die Nutzung der Infrastruktur zahlt und in einem offenen, diskriminierungsfreien Verfahren gefunden worden ist.

Gesundheitsvorsorge

Die Finanzierung von Krankenhäusern und der Gesundheitsvorsorge war in den vergangenen Jahren häufiger Gegenstand gerichtlicher Auseinandersetzungen. Hierzulande besteht die Finanzierung der Kliniken aus drei Säulen, wobei beihilferechtlich insbesondere die dritte Säule problematisch ist. Beispiel: Der Landkreis Calw hatte im Jahr 2012 beschlossen, bis zum Jahr 2016 die Jahresfehlbeträge der Krankenhausgesellschaft auszugleichen. Dagegen klagte der Bundesverband deutscher Privatkliniken.

Der BGH hat in seiner Entscheidung zu den Kreiskrankenhäusern Calw zunächst festgestellt, dass der Betrieb eines Krankenhauses grundsätzlich eine betraugungsfähige Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) darstellen kann.

Im Urteil heißt es dazu, dass die Aufrechterhaltung des Krankenhausbetriebes grundsätzlich die Pflicht der öffentlichen Hand ist. Voraussetzung für die Betriebspflicht eines Krankenhauses kann unter anderem die Aufnahme in den Landeskrankenhaushausplan sein. Somit ist ein Verlustausgleich jedenfalls dann möglich, wenn das Krankenhaus ordnungsgemäß entsprechend dem DAWI-Freistellungsbeschluss betraut worden ist.

Der BGH wies die Klage teilweise an das Oberlandesgericht zurück, das feststellte, dass Standardgesundheitsleistungen von Kreiskliniken spezifische Merkmale aufweisen, die sich von anderen im grenzüberschreitenden Wettbewerb stehenden gesund-

heitlichen und medizinischen Dienstleistungen unterscheiden. Ein grenzüberschreitender Wettbewerb im Bereich dieser Standardgesundheitsleistungen sei unwahrscheinlich, da die Behandlung im heimischen Mitgliedsstaat für Patienten verwaltungstechnisch einfacher sei. Auch hinsichtlich des Angebotes der Kliniken könne von einer grenzüberschreitenden Nachfrage nicht ausgegangen werden, da es sich nicht um hochspezialisierte Krankenhäuser mit überregionaler Bekanntheit handle. Die Einzugsstatistik der Krankenhäuser belege darüber hinaus, dass die Krankenhäuser vornehmlich lokale Patienten anziehen.

Die Entscheidung des BGH und des Oberlandesgerichts zeigen, dass es mehrere Möglichkeiten für die kommunale Ebene gibt, um rechtssicher für einen Verlustausgleich bei Krankenhäusern zu sorgen. Insbesondere durch die Bekanntmachung der Kommission zum Beihilfegriff wird es der kommunalen Seite erleichtert, die Finanzierung der Gesundheitsversorgung zu erleichtern.

Tourismus

Ver mehrt wurde in den vergangenen Jahren darüber diskutiert, inwieweit Aktivitäten der Kommunen zur Finanzierung des Tourismus Beihilfen darstellen können. Entsprechend eines Hinweises der Kommission sind etliche Aktivitäten im Bereich des Tourismus (einschließlich des allgemeinen Destinationsmarketings) bereits nicht-beihilferelevant und daher nicht beihilferelevant, wie beispielsweise auch der Bau und die Unterhaltung von Wanderwegen.

In vielen anderen Fällen könne zudem auch im Bereich Tourismus davon ausgegangen werden, dass diese nicht geeignet sind, den Handel zu beeinträchtigen, wenn die Grundsätze eingehalten werden, die die EU-Kommission in der Bekanntmachung zum Beihilfegriff aufgestellt hat. Dies stellt eine deutliche Abkehr von früheren Aussagen dar. Daher stehen dem jeweiligen Fördergeber – neben zum Beispiel der De-Minimis-Verordnung oder dem Mittel der Trennungsrechnung – nun weitere Instrumente zur Verfügung, um zu hinreichend rechtssicheren Lösungen im Einzelfall zu gelangen. Hinzuweisen ist allerdings darauf, dass die Kommission eine Einordnung der Finanzierung von Maßnahmen der Tourismusförderung als Ausgleichsleistungen für DAWI nur in engen Grenzen für möglich hält.

Fazit: Das Beihilferecht ist für die kommunale Seite in vielerlei Hinsicht relevant. Auch wenn die Europäische Kommission in den vergangenen Jahren den Fokus mehr auf die großen und EU-weiten Fälle konzentriert hat, heißt dies laut DStGB nicht, dass auf kommunaler Seite keine Beachtung der Vorschriften mehr erforderlich ist. Die Bemühungen der Kommission, mehr Klarheit und Übersicht für die Rechtsanwender zu schaffen, sind in den vergangenen Jahren vermehrt zu beobachten und positiv zu beurteilen. Allerdings sind die Kommunen oftmals dazu gezwungen, externen Sachverständigen im Beihilferecht hinzuzuziehen, um eine rechtssichere Einhaltung der Vorschriften zu gewährleisten.

„Um auch in Zukunft rechtssicher agieren zu können, sollten beihilferelevante Sachverhalte in der Kommune zunächst identifiziert und dann im Rahmen des gel-

tenden Regelungsrahmens bearbeitet werden“, heißt es in der Dokumentation.

Die Beachtung des Beihilfe-

rechts sei aus kommunaler Sicht unbedingt erforderlich, um sich nicht möglicher zusätzlicher finanzieller Inanspruchnahme

durch Rückforderungs-, Schadensersatzansprüche und Prozess- sowie weiterer Haftungsrisiken auszusetzen. **DK**

„Banken-Gipfel“ in Frankfurt/Main:

Negativzinsen erhitzen die Gemüter

Die Banken in Deutschland und Europa stehen vor gewaltigen Herausforderungen. An zwei Tagen trafen sich die führenden Köpfe der Branche beim Bankengipfel des Handelsblatts in Frankfurt/Main, um über Kulturwandel und Transformation, neue Geschäftsmodelle im Banking, Banken- und Finanzmärkte im Kontext von Politik und Aufsicht sowie neue Technologien wie AI, Robotics & Smart Data zu diskutieren.

Minuszinsen erhitzen die Gemüter. Banken sehen ihre Profite in Gefahr, Sparer ihr Ersparnis. Deswegen hatte Bayerns Ministerpräsident Markus Söder kürzlich ein Verbot von Minuszinsen für Sparer bis zu einer Sparsumme von 100.000 Euro gefordert. „Wir werden dazu eine Initiative in den Bundesrat und in die GroKo einbringen. Negativzinsen entsprechen nicht der deutschen Finanzkultur“, hatte Söder betont. Deutschen Sparern entgingen Milliarden durch die Niedrigzinsen der EZB. „Wir brauchen einen Kurswechsel in der europäischen Zinspolitik.“ Sparen müsse belohnt werden und nicht bestraft.

Nach Ansicht von Bundesfinanzminister Olaf Scholz „werden wir bei den heutigen Vertragsstrukturen kaum Möglichkeiten für Banken haben, solche Negativzinsen für viele ihrer Kunden überhaupt zu verlangen. Und deswegen muss man das beobachten und prüfen – und handeln, falls mal et-

was zu tun ist. Aber ich glaube, es besteht auch genügend Klugheit in den Vorständen und Geschäftsführungen der Banken, zu wissen, was das auslösen würde.“

„Ich würde der Politik nicht empfehlen, ein Verbot von Negativzinsen in Erwägung zu ziehen“, meinte Felix Hufeld, Präsident der Finanzaufsicht BaFin. Auch die Bundesbank hatte sich unlängst gegen ein Verbot von Negativzinsen ausgesprochen.

Für Gelder, die Banken kurzfristig bei der EZB parken, hat die Europäische Zentralbank Minuszinsen von aktuell 0,4 Prozent eingeführt. „Wenn ich das bei der EZB sehe, und sehe diese Zinspolitik, dann kann ich das nicht nachvollziehen. Und wenn wir jetzt schon wieder darüber nachdenken, dass wir eine weitere Zinssenkung sehen werden, müssen wir ja fragen: Was heißt das wieder für die Banken und für die Bankbilanzen? Was heißt das im internationalen Wettbewerb?“, fragte der Präsident des

Bankenverbandes, Hans-Walter Peters.

Einen Ansatz, um die europäischen Banken zu stärken, sieht Minister Scholz im Vorantreiben einer europäischen Banken- und Kapitalmarktunion. So könne Europa und damit auch Deutschland bisher unausgeschöpfte wirtschaftliche Möglichkeiten nutzen.

Risiko und Haftung

„Wir sehen keinen weiteren politischen Handlungsbedarf“, entgegnete Helmut Schleweis, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV). In der Europäischen Union existiere bereits heute ein einheitlicher Einlagenschutz. Die dritte Säule der Bankenunion gebe es also bereits.

„Die politische Aufgabe besteht vor allem darin, den Umfang der notleidenden Kredite in der Euro-Zone zu vermindern und zu enge Verbindungen zwischen Bankbilanzen und Staatsanleihen zu lockern. Das ist nicht der Zeitpunkt, Einlagensicherungssysteme zu vergemeinschaften“, unterstrich Schleweis. „Europa wird nicht näher zusammenrücken, wenn man Lasten auf Andere verschiebt. Risiko und Haftung gehören auch weiterhin zusammen.“ **DK**



Jetzt kostenlos informieren:
0800 0 372 372

Gemeinsam stark.
Kommunale Partnerschaften.

Als kommunal geprägtes Unternehmen unterstützen wir seit mehr als 50 Jahren zahlreiche Städte, Gemeinden und Landkreise in ganz Südbayern. Mehr über unsere zukunftsweisenden Energielösungen erfahren Sie online oder unter 089 68003-0.

www.esb.de/kommunen



Genossenschaftsbanken mit positiver Zwischenbilanz

Trotz Abschwächung im zweiten Halbjahr vor einem besseren Gesamtergebnis

Zwar sind Bayerns Volks- und Raiffeisenbanken mit dem Geschäftsverlauf im ersten Halbjahr 2019 durchaus zufrieden, doch rechnen sie, wie Jürgen Gros, Präsident des Genossenschaftsverbandes Bayerns (GVB) in der Halbjahrespressekonferenz mitteilte, im zweiten Halbjahr mit einer Verlangsamung der Dynamik, vor allem im Firmenkundenbereich. Sorgen bereitet vor allem die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB). Beim GVB geht man davon aus, „dass uns die Nullzins-Politik noch lange erhalten bleibt“. Dennoch, und das ist überraschend, sagte Gros voraus, dass bei den Genossenschaftsbanken im laufenden Jahr das addierte Gesamtergebnis das des Vorjahres, als es 1,241 Mrd. Euro betrug, übertreffen werde, „wenn auch nur auf Grund außerordentlicher Effekte“.

Deutlich fiel die Kritik an der EZB aus, „die ihre Unabhängigkeit längst verloren hat“. Ihre Zinspolitik sei ökonomisch nicht zu begründen, sondern nur politisch. In Deutschland, wo die Kreditnachfrage boome, gebe es für Unternehmen kein Kreditproblem, wohl aber in Südeuropa. Dort aber scheitere die Nutzung der Niedrigzinsen an der mangelhaften oder gar fehlenden Infrastruktur. In Deutschland und Teilen Nordeuropas gebe es dagegen zuviel Kapital, das nach Anlagemöglichkeiten suche. Hier zählten all jene die Zeche, die fürs Alter vorsorgen wollten.

Außerdem, so Gros, seien die Instrumente, mit denen die EZB ihre Politik begründe, zum Teil irrational, wie sich am Warenkorb zeige, der zur Inflationsberechnung dient. Man frage sich, wie er zusammengesetzt sei, ob er zum Beispiel angemessen die stark gestiegenen Mieten berücksichtige. Was ihre Entscheidungsgrundlagen angehe, habe die EZB ein Strukturproblem. Gros mag nicht ausschließen, dass die Negativzinsen noch weiter steigen könnten auf 0,5 oder gar 0,6 %. Manche Beobachter könnten sich sogar Negativzinsen auf Immobilienkredite vorstellen. Unter der künftigen EZB-Präsidentin Christine Lagarde werde die Zinspolitik

des bisherigen EZB-Präsidenten Mario Draghi fortgesetzt, schon weil Frankreich an dieser Politik stark interessiert sei. An der hohen Verschuldung der meisten Staaten werde sich nichts ändern.

Bei den Volks- und Raiffeisenbanken sei im ersten Halbjahr 2019 das verdiente Ergebnis rückläufig, weil die Zinsspanne weiter geschrumpft sei, und zwar von 1,7 auf 1,61 %. Dieser Rückgang sei heuer durch das Provisionsergebnis nicht mehr aufzufangen, wie es noch 2017 und 2018 der Fall war.

Stabile Betriebskosten

Dass das Gesamtergebnis dennoch etwas besser ausfallen werde, liege an den deutlichen Zuschreibungen im Wertpapierbereich und am Börsenverlauf. Außerdem konnten trotz hoher Investitionen in den Digitalbereich die Betriebskosten mit 1,56 % weitgehend stabil gehalten werden. Der Wertberichtigungsbedarf auf Forderungen sei zudem nur leicht um 0,04 % gestiegen, da die Banken sehr vorsichtig wirtschafteten.

Zwar nahm die Cost-Income-Ratio (CIR) von 64,7 auf 66,7 % zu, doch liege sie noch weit unter dem Branchendurchschnitt von etwa 72 %.

Diese Ergebnisse sind zu sehen vor einer eingetrübten Wirtschaftslage, in der aber die Kreditnachfrage über alle Kundensegmente hinweg zum 30.6. dennoch um 2,7 % auf 105,2 Mrd. Euro zugenommen hat. Die an Firmenkunden ausgereichten Kredite nahmen sogar um 3,6 % auf 55,2 Mrd. Euro zu, besonders im Bau- und Dienstleistungsbereich sowie in der Land- und Forstwirtschaft, obwohl die Dynamik gegenüber dem Vorjahr leicht nachgelassen hat.

Zeichen stehen auf Wachstum

Die Betriebe profitierten bislang von der stabilen Binnenkonjunktur, sie waren von der Schwäche der exportabhängigen Industrie wenig betroffen. Viele kleinere und mittlere Unternehmen habe die Wachstumsflaute offenkundig bisher noch nicht erreicht. Im Privatkundenbereich stieg das Kreditvolumen um 1,8 % auf 46,7 Mrd. Euro. Hier machte sich die ungebrochen hohe Nachfrage nach Baufinanzierungen besonders bemerkbar. Denn zehnjährige Kredite kosteten zum Teil schon weniger als 0,8 %.

Auch im Einlagegeschäft standen die Zeichen auf Wachstum. Die Kundeneinlagen nahmen insgesamt um 1,6 % auf 132,1 Mrd. Euro zu, wobei das Plus bei den Privatkunden 1,9 % betrug. Bevorzugt wurden trotz der Zinsflaute täglich fällige Sichteinlagen und Termingelder.

Das lebhafteste Kredit- und Einlagegeschäft der bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken spiegelt sich in der Bilanzsumme von 170,3 Mrd. Euro (+1,6 %) wider. Sie bedeutet einen neuen Höchststand. Die Zahl der Genossenschaftsbanken in Bayern wird heuer auf von

236 auf 227 auf Grund von Fusionen zurückgehen, die Zahl der Filialen von 2.254 auf etwa 2.100 schrumpfen. Die Service-Nachfrage der Kunden nehme ab. Ob es zu Gebührenerhöhungen komme, könne der GVB nicht sagen. Die Entscheidung darüber liege bei den einzelnen Banken. Gros konnte auch nicht angeben, ob die Genossenschaftsbanken bisher Negativzinsen zahlen mussten und ggf. wie viel. Das werde erst im Jahresabschluss erfasst.

Unnötige Bürokratisierung

Obwohl das erste Halbjahr zufriedenstellend gelaufen ist, machen den Volks- und Raiffeisenbanken die von der EZB gesetzten Rahmenbedingungen zunehmend Sorgen. Gros nannte vor allem die unnötige Bürokratisierung der Wertpapieranlage, die manche Sparer davon abhalte, am Kapitalmarkt nach renditestarken Anlageformen zu suchen. Er nannte hier die Verschärfung der Mindest-Kapital-Anforderung bei der Vergabe von Krediten (Finanzmarkttrichtlinie MiFID II). Sie treffe die Genossenschaftsbanken schon deshalb hart, weil die Vergabe von Mittelstandskrediten relativ risikoarm sei. Die anstehende Finanzrichtlinie erhöhe beispielsweise bei einem Kredit von 500.000 Euro die notwendige Eigenkapitalunterfütterung von 30.000 auf 45.000 Euro, was die Möglichkeit der Vergabe von Mittelstandskrediten stark einschränke.

Deshalb begrüßt der GVB die Ankündigung des Bundesfinanzministeriums, sich bei der anstehenden Überarbeitung der Finanzrichtlinie für praxisgerechte Anpassung einzusetzen und für eine verbraucherfreundliche Weiterentwicklung stark zu machen. Hier geht es besonders um die Lockerung der ungeliebten Pflicht zur Aufzeichnung telefonischer Anlageberatungen.

In Zukunft sollen Gespräche nur dann mitgeschnitten werden, wenn Kunden das wünschen. „Damit wäre Schluss mit der Bevormundung von Anlegern und unerwünschten Eingriffen in ihre Privatsphäre, so Gros. Dies wäre ein erster Schritt zur Reform des finanziellen Verbraucherschutzes. Laut Koalitionsvertrag soll der gesamte Verbraucherschutz im Finanzwesen „evaluiert“ (überprüft und begutachtet) werden.

Konjunkturumfrage

Beim GVB geht man davon aus, dass sich das Firmenkundengeschäft abschwächen werde, das Privatkundengeschäft aber hoch bleibe. Die verlangsamt Dynamik schließt der Verband, der als eine der größten mittelständischen Wirtschaftsorganisationen im Freistaat neben den Banken auch mehr als 1.000 Unternehmen aus Branchen wie Landwirtschaft, Energie, Handel, Handwerk und Dienstleistungen mit rund 50.000 Beschäftigten und etwa 2,9 Mio. Anteilseignern vertritt, aus einer Konjunkturumfrage zur Jahresmitte unter seinen Mitgliedsinstitutionen.

30 % der befragten Bankvorstände erwarten in den kommenden Monaten eine ungünstigere Geschäftsentwicklung. Zum Jahresbeginn waren es erst 17 %. Die Institute und ihre Kunden, so das Fazit von Gros, werden sich den Auswirkungen der nachlassenden Konjunktur nicht dauerhaft entziehen können. Deshalb sei es so wichtig, bewährte Strukturen der Mittelstandsfinanzierung zu erhalten.

Bei der anstehenden Finalisierung des Regelwerks Basel III sollten deshalb zur Disposition gestellte Errungenschaften wie der sogenannte KMU-Korrekturfaktor beibehalten werden. Dieser Korrekturfaktor erleichtert Banken die Vergabe von Darlehen an kleine und mittlere Unternehmen (KMU), denn Kredite an Mittelstandsfirmen gelten als besonders risikoarm. **dhg.**

Wohn- und Gewerbeimmobilienfinanzierung:

MünchenerHyp steigert Neugeschäft

Die Münchener Hypothekbank eG (MünchenerHyp) hat ihr Neugeschäft im ersten Halbjahr 2019 stark ausgebaut. Neu zugesagt wurden langfristige Immobilienfinanzierungen in einem Volumen von 3,6 Mrd. Euro; das sind 63 Prozent mehr als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres.

Sowohl in der Finanzierung von Wohn- als auch von Gewerbeimmobilien konnte die Bank deutlich zulegen. Das Neugeschäft in der privaten Immobilienfinanzierung stieg um 44 Prozent auf 2,0 Mrd. Euro. Dabei verzeichnete die Bank deutliche Zuwächse bei allen Vermittlungspartnern: den deutschen Genossenschaftsbanken, den Maklervertrieben sowie der Schweizer PostFinance. Seit Ende Mai bietet die MünchenerHyp zudem Immobilienfinanzierungen für Privatkunden in Österreich an. Noch kräftiger wuchs das Neugeschäft in der gewerblichen Immobilienfinanzierung. Gegenüber den ersten sechs Monaten des Vorjahres hat es sich mit rund 1,6 Mrd. Euro fast verdoppelt.

Starke Akzente im Markt

Schwerpunkt waren dabei Finanzierungen in Deutschland mit einem Zusagevolumen von 1,1 Mrd. Euro. „Wir haben im vergangenen Jahr in der Wohnimmobilien- wie auch in der Gewerbeimmobilienfinanzierung die Marktbearbeitung intensiviert und unsere Prozesse verbessert. So gelang es uns, in einem weiterhin herausfordernden Wettbewerbsumfeld im Neugeschäft starke Akzente im Markt zu setzen“, sagte Dr. Louis Hagen, Vorstandsvorsitzender der MünchenerHyp.

Im Pfandbriefmarkt verstärkte die Bank ihre Fremdwährungsemissionen. Mit einem Absatz von insgesamt 1,4 Mrd. Schweizer Franken an Hypothekpfandbriefen war die MünchenerHyp im ersten Halbjahr der volumenstärkste ausländische Emittent von gedeckten Anleihen in der Schweiz. Darüber hinaus begab die Bank zwei großvolumige Hypothekpfandbriefe im Benchmarkformat. Die erste Emission erfolgte im April mit einem Volumen von 500 Mio. Euro und der bislang längsten am Pfandbriefmarkt begebenen Laufzeit von 20 Jahren. Im Juli folgte ein Hypothekpfandbrief über 600 Mio. US-Dollar mit einer Laufzeit von drei Jahren und vier Monaten.

Der Zinsüberschuss stieg gegenüber dem ersten Halbjahr 2018

Sparda-Bank Nürnberg:

Kooperation mit europäischem Online-Zinsportal WeltSparen

Attraktives und einlagengesichertes Portfolio

Die Sparda-Bank Nürnberg eG hat eine Kooperation mit dem Online-Zinsportal WeltSparen (www.weltsparen.de) gestartet – als eine der ersten Genossenschaften in Deutschland. Ab sofort erhalten die über 222.000 Mitglieder der größten Genossenschaftsbank in Nordbayern exklusiven Zugang zu Tages- und Festgeldern mit günstigen Zinskonditionen aus ganz Europa. Das Berliner Start-up WeltSparen zählt zu den Top 5 der renommierten FinTech50-Awards.

Stefan Schindler, Vorstandsvorsitzender der Sparda-Bank Nürnberg, erläutert: „Durch die Kooperation mit WeltSparen können wir unseren Mitgliedern und Kunden auch in der Niedrigzinsphase innovative und attraktive Tages- und Festgeldprodukte anbieten. Dabei ist das Sparguthaben durch die europäische Einlagensicherung bis zu einem Gegenwert von 100.000 Euro je Anleger und Bank gesetzlich abgesichert.“

Alles online: Produktauswahl, Registrierung und Verwaltung

Unter <https://www.sparda-n.de/geldanlage-weltsparen/> legen die Sparda-Bank-Kunden die ge-

um 2 Prozent auf 140,8 Mio. Euro. Der Zins- und Provisionsüberschuss ging dagegen um 4 Prozent auf 98,2 Mio. Euro zurück. Grund dafür sind gestiegene Provisionszahlungen für erhöhte Auszahlungsvolumina aufgrund des erfolgreichen Neugeschäfts.

Risikovorsorge

Die Risikosituation im Kreditgeschäft entwickelte sich weiter stabil, so dass die Zuführungen zur Risikovorsorge moderat blieben. Das Ergebnis aus der normalen Geschäftstätigkeit betrug 39,7 Mio. Euro (30. Juni 2018: 35,6 Mio. Euro). Nach Abzug der Steuer verblieb ein zeitanteiler Jahresüberschuss von 18,1 Mio. Euro (30. Juni 2018: 22,7 Mio. Euro).

Die Bilanzsumme belief sich zum 30. Juni 2019 auf 43,1 Mrd. Euro nach 40,4 Mrd. Euro zum Jahresende 2018. Die Bestände an Hypothekendarlehen erhöhten sich im gleichen Zeitraum um 2,1 Mrd. Euro auf 34,1 Mrd. Euro. Im Kapitalmarktgeschäft reduzierten sich die Bestände entsprechend der geschäftsstrategischen Ausrichtung der MünchenerHyp seit dem Jahresanfang 2019 um 0,2 Mrd. Euro auf 4,3 Mrd. Euro. Die harte Kernkapitalquote und die Kernkapitalquote lagen zum 30. Juni 2019 jeweils bei 19,9 Prozent (31. Dezember 2018: jeweils 21,7 Prozent). Die Gesamtkapitalquote betrug 20,7 Prozent (31. Dezember 2018: 22,9 Prozent).

Optimistische Prognose

Für das restliche Geschäftsjahr erwartet die MünchenerHyp eine weiterhin gute Nachfrage nach Immobilienfinanzierungen und damit ein Neugeschäft in Höhe des ersten Halbjahres. Da dies zugleich steigende Provisionsaufwendungen mit sich bringt, rechnet die Bank mit einem leicht rückläufigen Zins- und Provisionsergebnis. „Trotz der sich eintrübenden Konjunkturprognosen sind wir zuversichtlich, dass sich die positive Entwicklung des Kreditgeschäfts der MünchenerHyp fortsetzen wird“, betonte Hagen. □

Wirtschaftsstaatssekretär Weigert in Brüssel:

Planungssicherheit für EFRE in Bayern nach 2020 nötig

Der bayerische Wirtschaftsstaatssekretär Roland Weigert machte sich in Gesprächen in Brüssel für einen raschen Abschluss der Verhandlungen über den EU-Finanz- und Rechtsrahmen für die neue Förderperiode des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) 2021 bis 2027 stark. Er betonte im Dialog mit dem Generaldirektor für Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Europäischen Kommission, Marc Lemaître, dass man in Bayern die Vorbereitungsarbeiten zeitig gestartet habe. Nun benötige man Planungssicherheit und die richtigen Rahmenbedingungen. Dazu gehören eine gute Mittelausstattung, Spielräume für regionale Entscheidungen über den Mitteleinsatz und eine Vereinfachung bei der Abwicklung.

„Wir wollen auch künftig mit dem EFRE in Bayern erfolgreich Innovation, kleine und mittlere Unternehmen, Klimaschutz und andere Themen fördern. Wir arbeiten hier Hand in Hand mit der Europäischen Kommission“, so der Staats-

sekretär. Weigert informierte sich zudem beim Ständigen Vertreter Deutschlands bei der EU, Botschafter Michael Clauß, aus erster Hand über den aktuellen Stand der Verhandlungen zum nächsten mehrjährigen EU-Finanzrahmen. Er bat

darum, dass sich die Bundesregierung in Brüssel weiter massiv dafür einsetzt, dass alle Regionen in Europa angemessen mit Mitteln der EU-Strukturfonds ausgestattet werden.

Die Europäische Kommission hat im Mai 2018 ihre Vorschläge für den nächsten Finanzrahmen der EU für die Zeit von 2021 bis 2027 vorgelegt. Dazu kamen die Vorschläge für die Ausgestaltung der einzelnen Ausgabenfelder wie dem EFRE. In der aktuellen Förderperiode 2014 bis 2020 stellt die EU Bayern insgesamt knapp 495 Mio. Euro an EFRE-Mitteln zur Verfügung. Mit diesen Geldern stößt Bayern Investitionen von etwa 1,4 Mrd. Euro in Innovation, in die Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen oder in den Klimaschutz an.

Während seines Besuchs in Brüssel nahm Weigert an der Veranstaltung „Advanced Biofuels“ in der Vertretung des Freistaates Bayern bei der Europäischen Union teil. Im Rahmen von Podiumsdiskussionen und Workshops stand dort die Nutzung fortschrittlicher Biokraftstoffe im Fokus und welche politische Weichenstellung für klimafreundliche Innovationen im Transportsektor erforderlich sind.

Gespräche führte der Staatssekretär auch mit Sabine Weyand, Generaldirektorin für Handel der Europäischen Kommission, und Jan Ceysens, stv. Kabinettschef des Vizepräsidenten der Kommission Valdis Dombrovskis. Dabei ging es u.a. um den Brexit und den aktuellen Stand der Handelsgespräche mit den USA sowie Herausforderungen im Finanzmarkt. □

Erstklassige Haushaltspolitik:

Bestnote für Bayern

Wie bereits bei der ersten Ratingeinstufung im März dieses Jahres wurde Bayern auch bei der turnusmäßigen Überprüfung mit der Bestnote ausgezeichnet; die internationale renommierte Rating-Agentur Standard & Poor's bestätigte das sog. „AAA/A-1+“. „Bereits seit 1998 kann der Freistaat durchgehend mit einem Spitzenrating aufwarten; ein klares Signal für eine beständig erstklassige Haushaltspolitik“, freut sich Finanz- und Heimatminister Albert Füracker.

Die Rating-Agentur begründet ihre Bewertung auf Höchstebene mit dem im Ergebnis äußerst erfolgreichen Haushaltsjahr 2018 und der Erwartung, dass der bayerische Haushalt auch weiterhin Überschüsse erzielen werde.

Positiv hervorgehoben werden neben der Anerkennung des starken bayerischen Finanzmanagements insbesondere die konservative Schuldenverwaltung ohne Fremdwährung und

die professionelle Beteiligungsverwaltung des Freistaats. „Wir stehen klar zu unserem finanzpolitischen Ziel einer soliden und generationengerechten Haushaltspolitik“, fügt Füracker hinzu.

Neben den Top-Ratings der Agenturen Standard&Poor's und Moodys erhielt Bayern in diesem Jahr auch sofort von der in Deutschland ansässigen, europäischen Ratingagentur SCOPE die Bestnote. □

Ferienjob in Orange:

Die Vereinbarkeit von Studium und Müllabfuhr

„Und was hast Du in den Semesterferien gemacht? – Ich war sechs Wochen unterwegs. Mit einem Müllauto der Würzburger Stadtreiniger und habe so meine Haushaltskasse aufge bessert.“ Diesen Dialog könnte man so oder so ähnlich ab Herbst in der Mensa oder in der Unibibliothek hören.

Aktuell packen fünf Studierende im Dienst der Stadtreiniger bei der Müllabfuhr mit an. Vielleicht kein typischer Studentenjob, aber es gibt gute Gründe für dieses Engagement. Bei einer kleinen Halbjahresbilanz erklärten die Aushilfskräfte, warum sie sich ausgerechnet für diesen Job entschieden haben, und der Abteilungsleiter für die Abfalldienste Kurt Bader ergänzte, warum man mit entsprechenden Stellenangeboten auf dem Campus und im Internet geworben hatte.

Körperliche Belastungen

Eines haben die Fünf gemeinsam: Sie alle wollten sich im Job körperlich betätigen und nicht herumstehen oder auf einem Bürostuhl sitzen. Dies ist für Bader auch eine wichtige Grundvoraussetzung: „Ein Team aus im Regelfall drei Personen bewegt in einer 8-Stunden-Schicht rund 20 Tonnen Restmüll oder 10 Tonnen Biomüll. Die schwersten Behälter wiegen bis zu 300 Kilogramm. Auch die vertrauten Abfalltonnen aus Privathaushalten können bis zu 80 Kilogramm auf die Waage bringen. Junge Menschen stecken diese schweren körperlichen Belastungen gut weg, wer aber ein Berufsleben lang diese Leistung bringt, dem sieht man diese täglichen Strapazen auch irgendwann an.“

Und so hat sich nun auch ein sportliches Team eingefunden: mit einem passionierten Langstreckenläufer, einem Basketball-Schiedsrichter und sogar einer Deutschen Meisterin im Fechten. Laura Paternotte studiert Soziale Arbeit und sagt zu ihren neuen „Trainingsgeräten“: „Es ist immer auch eine Überraschung, welches Gewicht sich in einer Tonne versteckt. Manche Papiertonnen sind mit wenigen Kartonagen leicht gefüllt, daneben steht dann eine vollgepresste Tonne, die sich nur mit vollem Kräfteinsatz bewegen lässt. Muskelkater ist die ersten Tage garantiert.“

Klimawandel:

Neue Bäume braucht der Wald

Die Experten der Bayerischen Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft (LWF) haben Szenarien entwickelt, wie der Klima-Wald der Zukunft in Bayern aussehen kann. Sie haben daraus ein bundesweit einmaliges Standort-Informationssystem entwickelt. Basis sind internationale Nachweise über Baumartenvorkommen, Klimadaten und -modellen. Forstministerin Michaela Kaniber setzt bei der Suche nach den Bäumen der Zukunft auf die Modellierung von Klimaszenarien, Versuchsanbauten im Wald und genetische Forschung.

Schon heute kann damit für 32 einheimische aber auch neue Baumarten wie zum Beispiel Edelkastanie, Flaumeiche oder den Französischen Ahorn gezeigt werden, wo diese in Zukunft im Wald angebaut werden können oder nicht. Die LWF hat dazu die Praxishilfe „Klima - Boden - Baumartenwahl“ herausgegeben, die für vorerst 16 dieser Baumarten ausführliche Anbauempfehlungen aber auch Risiken beschreibt.

Praxishilfe

Die Empfehlungen werden laufend verfeinert. „Aktuell prüfen unsere Experten am Amt für Waldgenetik in Teisendorf (AWG) und der LWF für Bäume aus anderen Klimaregionen wie Rumänien, Italien, Griechenland oder der Türkei, ob sie sich künftig in

4.400 Tonnen Müll fallen im Stadtgebiet Würzburg in nur einem Monat an. Eine Menge, unter der sich die wenigsten gleich konkret etwas vorstellen können. Für Katharina Arnold, die Vermessung und Geoinformatik studiert, waren die Dimensionen, die sich gegen Schichtende im Müllheizkraftwerk beim Entladen zeigen „schon erschreckend“. Neben der reinen Menge, stolpern alle auch regelmäßig über falsche Mülltrennung. Was hat beispielsweise eine Wasserhahn-Armatur im Biomüll verloren? Unter Zeitdruck müssen die Teams entscheiden, ob eine Tonne auch einmal nicht geleert werden kann.

Weil die Studierenden mit erfahrenen Mülladern auf Tour sind, kommt man schnell in den Job rein und man lernt nach und nach auch die Zusammenhänge kennen. Welche Abfälle in der Verwertung beispielsweise noch einen guten Preis erzielen.

Vielfältige Tätigkeit

Was haben die erfahrenen Arbeiter wiederum von den Neulingen? In erster Linie ermöglicht die personelle Verstärkung, dass ein größerer Anteil der 97 festen Mitarbeiter in der Sommerferienzeit Urlaub nehmen kann. Für alle, die beispielsweise Kinder im schulpflichtigen Alter haben, ein zentrales Anliegen. Zumal nach einem Sommer auch immer wieder ein Winter kommt und dann ebenfalls die Stadtreiniger Straßen und Wege von Eis und Schnee befreien müssen. Die Arbeit im Stadtreiniger-Team ist, auch was die vielen hier vertretenen Nationen angeht, sehr bunt. Mit Valentino Garavani ist nun auch noch ein Römer an Bord. Die Verständigung in den Teams läuft stets auf Deutsch und problemlos.

Auch nehme man in den Teams große Rücksicht aufeinander. Natürlich muss jeder im Prinzip die gleichen Arbeiten verrichten,

aber nicht vom ersten Tag an. Dass Mülladern und Müllader nicht immer die gleiche Physis mitbringen, ist logisch und akzeptiert. Unter den Aushilfskräften bilden die Frauen nun sogar die Mehrheit in einer ansonsten weiterhin von Männern dominierten Branche. Sie profitieren aber von der erfolgreichen Pionierarbeit einiger Mülladern, die den Beruf seit mehreren Jahren für die Stadtreiniger ausüben.

Auch Frauen auf Tour

Auf der Tour fallen die Frauen in den leuchtenden Arbeitsklamotten dann aber doch besonders auf. Lisa Hartlieb, die gerade ihr Abi in der Tasche hat, bemerkt schon immer wieder erstaunte Blicke oder wird auch direkt angesprochen. Frauen würden mit dieser körperlichen Arbeit, die auch mit Schmutz und unangenehmen Gerüchen verbunden ist, offensichtlich weniger in Verbindung gebracht. Es überwiege aber meist, insbesondere bei den Kindern, einfach eine gewisse Faszination auch für die Fahrzeuge und Technik: „Viele würden gerne selbst mal

VBS mahnt an:

Energetische Verwertung neu denken

Maßnahmenpaket zur Entlastung der MVA erforderlich

Der deutsche und insbesondere der bayerische Entsorgungsmarkt steuern auf eine schwierige Entsorgungssituation zu: Die zu wertenden Mengen steigen stetig, so dass die bestehenden Kapazitäten unter Druck stehen. Aktuell ist die Situation dadurch brisant, da mehrere Anlagen zeitgleich keine Gewerbeabfälle mehr annehmen. Der Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e.V. (VBS) schlägt in diesem Kontext ein Maßnahmenpaket vor, das von Investitionen in die bestehenden Lagerung und Verwertungs Kapazitäten, über die Müllvermeidung, bis hin zur Optimierung von Erfassung und Sortierung von Abfällen reicht.

Die bayerische Entsorgungswirtschaft steht aktuell vor einer herausfordernden Lage bei der energetischen Verwertung von Gewerbeabfällen. Ursächlich hierfür sind die stetig anwachsenden Mengen: Das anhaltende Wirtschaftswachstum führt zu jährlichen Steigerungsraten beim Gewerbe- und Hausmüll von zwei bis drei Prozent. Von den deutschen Müllverbrennungsanlagen (MVA) werden insgesamt auf Basis langfristiger Verträge jährlich über eine Million Tonnen Abfälle aus dem EU-Ausland importiert.

Schnelles Handeln tut not

Verschärfend wirkt die neue Düngeverordnung: Zwei Drittel der landwirtschaftlichen Verwertungsflächen stehen hierdurch der Klärschlammverwertung nicht mehr zur Verfügung, was zusätzliche Mengen für die MVA bedeutet. Der anhaltende Trend zu Einwegprodukten und schlecht recycelbaren Konsumartikeln führt zu höheren Restmengen aus der Sortierung. Gleichzeitig stehen die bestehenden Verwertungs Kapazitäten unter Druck: Die bayerischen MVAs sind bedingt durch ihr hohes Durchschnittsalter von längeren Stillstandszeiten zur Revision bzw. Reparatur betroffen.

Zudem werden durch die MVA kommunale Siedlungsabfälle vorrangig verbrannt, während für gewerbliche Abfälle Kapazitäten fehlen. Der politische Wille in neue MVA zu investieren, ist gering ausgeprägt. Der jüngst verabschiedete Ausstieg aus der Kohleverstromung bewirkt zudem, dass die knappen vorhandenen Kapazitäten weiter deutlich sinken werden.

auf den Trittbrettern mitfahren.“

Bader hat festgestellt, dass die Müllabfuhr seit vielen Jahren von der breiten Bevölkerung besser akzeptiert wird und das einstige Schmutz-Image losgeworden ist: „Es ist eine harte Arbeit, von der wirklich jeder profitiert. Die Bezahlung ist zudem solide. Studierende jobben sonst oft für deutlich weniger Geld.“

Bei den Stadtreinigern starten Aushilfskräfte bei einem Stundenlohn von über 13 Euro. Über einen spendierten Kaffee freut man sich trotzdem. So passiert es dem Team von Kunststofftechnikstudent Markus Frank bei einem Einsatz auf der Festung.

Viele Bürger wissen die Dienste der Stadtreiniger sehr zu schätzen, nur hin und wieder werde es im Straßenverkehr etwas eng und dann passe auch nicht immer die Geschwindigkeit, mit der einige Autos oder Radler noch schnell vorbeihuschen wollen.

Fazit: Trotz Muskelkater und einem frühen Schichtbeginn um sechs Uhr, der natürlich nicht wirklich zum nächtlichen Weggehen einlädt, würden die Aushilfskräfte den Job bei den Stadtreinigern noch einmal machen. „Ihr würdet bei uns auch eine Festanstellung bekommen“, gab Bader diese gute Bewertung mit einem Augenzwinkern zurück. Aber dann bräuhete es im nächsten Sommer ja neue Aushilfen. □



Teampay gefragt: Feste Mitarbeiter der Stadtreiniger und die Aushilfskräfte beim Gruppenbild vor einem Müllfahrzeug im Betriebshof. Von links: Jasmin Rothenbucher (Sachgebiet Personal) Peter Brand (Müllwagenfahrer) Valentino Garavani, Markus Frank, Christian Reusch (Mülllader), Lisa Hartlieb, Kurt Bader (Abteilungsleiter Abfalldienste), Gerhard Arnold (Mülllader) Katharina Arnold, Laura Paternotte, Benjamin Renninger (Mülllader und Hausmeistervertretung) und Ralf Beck (Mülllader). Bild: Georg Wagenrenner

Kosten für Stadtreinigung:

Geplante Entlastung für Kommunen

Der Trend zu mehr Wegwerfartikeln führt in manchen Städten zu einer regelrechten Müllflut, vor allem in öffentlichen Parks und belebten Straßen. Für die Kommunen wird es immer schwieriger, Straßen, Plätze und Parks sauber zu halten. Die Kosten dafür trägt bisher die Allgemeinheit. Damit soll jetzt Schluss sein. Künftig sollen Hersteller von Einweg- oder Wegwerfartikeln an Reinigungs- und Entsorgungskosten im öffentlichen Raum beteiligt werden. Ein gemeinsames Vorgehen kündigten jetzt Bundesumweltministerin Svenja Schulze und der Präsident des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU), Michael Ebling, an.

Basierend auf der EU-Einweg-Kunststoffrichtlinie, die im Mai 2019 von den EU-Mitgliedsstaaten verabschiedet wurde, wird Ministerin Schulze zufolge in einem ersten Schritt in Deutschland jetzt die gesetzliche Grundlage für eine spätere Verordnung geschaffen. Die erweiterte Herstellerverantwortung gilt für Fast-Food-Verpackungen, Getränkebecher, leichte Kunststofftragetaschen sowie für Zigarettenfilter.

Laut VKU-Präsident Ebling werden die Kosten der Stadtreinigung bisher über Straßenreinigungsgeldern und die kommunalen Haushalte finanziert. „Hier brauchen wir mehr Verursachungsgerechtigkeit. Dank der neuen Vorgaben aus Europa müssen sich die Hersteller bald an den Folgen ihrer umweltschädigenden Ex- und Hopp-Geschäftsmodelle finanziell beteiligen. Außerdem entstehen so für alle Akteure neue Anreize für abfallarme Alternativen – etwa auf Mehrweggeschirr umzusteigen.“

Die Höhe der Finanzierungsbeiträge muss sich aus Eblings Sicht unter anderem am Aufwand für Reinigung und Entsorgung bemessen: „Das zu berechnen, ist komplex. Wir starten daher mit einer

deutschlandweiten, breit angelegten Untersuchung. Dabei ermitteln wir unter anderem, welche Abfälle sich in Abfallbehältern und auf der Straße befinden und wie hoch der Anteil an Einweg-Produkten ist. Mithilfe dieser Daten kann sich auch der Gesetzgeber ein realistisches Bild vom ökonomischen Aufwand verschaffen.“

Schulze und Ebling warnten zudem vor vermeintlich biologisch abbaubaren Verpackungen und sog. Bioplastik. Viele Hersteller labeln ihre Produkte oder Verpackungen als „Bioplastik“ oder „kompostierbar“ und suggerieren, dass diese biologisch abbaubar seien wie ein Apfel. Viele Menschen entsorgten diese dann im Bioabfall.

Wie Ministerin Schulze betonte, seien Produkte aus „Bioplastik“ häufig eine Mogelpackung. Sie verröteten weder in der Biotonne noch in den Kompostieranlagen und schon gar nicht in der Umwelt. Am Ende müssten sie sogar über den Restmüll entsorgt werden. „In der EU setzt sich Deutschland deshalb dafür ein, dass nur Kunststoffe, die hundertprozentig biologisch abgebaut werden auch als solche bezeichnet werden dürfen.“ DK

Meilensteine für Naturschutz in der Rhön

Das Biodiversitätszentrum Rhön sowie das Naturerlebniszentrum werden zwei Schwergewichte im Naturschutz werden. Das betonte Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber bei einem Besuch in der Rhön (Landkreise Rhön-Grabfeld und Bad Kissingen).

„Wir gestalten gemeinsam mit den Beteiligten vor Ort die Zukunft der Region“, betonte Glauber und ergänzte: „Mit dem Biodiversitätszentrum Rhön schaffen wir eine einmalige Einrichtung zur Stärkung der Biodiversität bayerischer Mittelgebirgslandschaften. Das Naturerlebniszentrum Rhön wird die Besonderheiten der Region noch besser hervorheben und die Natur in ihrer ganzen Vielfalt erlebbar machen.“

Mit der „Natur offensive Bayern“ wird die Artenvielfalt im gesamten Freistaat gestärkt. Herausragende Projekte heben dabei die Besonderheiten der jeweiligen Regionen hervor. Das Biodiversitätszentrum

Rhön in Bischofsheim ist ein zentraler Baustein der Gesamtstrategie für mehr Biodiversität im Freistaat. Es wird sich vor allem mit der Entwicklung der Natur- sowie der Kulturlandschaft der Mittelgebirge beschäftigen. Erforschung, Erhalt, Förderung und Vermittlung der biologischen Vielfalt stehen dabei im Mittelpunkt. Das neue Naturerlebniszentrum Rhön wird als weiteres Leuchtturmprojekt in der Region entstehen. Es wird insbesondere Kindern und Jugendlichen innovative Wege zum Naturerleben und zur Nachhaltigkeit anbieten. Ein Standort wird in Bad Kissingen sein (Klaushof), ein weiterer in Hammelburg (Kellereischloss). □



Dirk Weimann und Markus Last, Geschäftsführer erdgas schwaben, Fridolin Gößl, Bürgermeister in Oberhausen, und Helmut Kaumeier, Leiter Kommunalkunden erdgas schwaben (von links), bei der feierlichen Inbetriebnahme der Elektroladesäule im Hüllacker Park. Elektroautofahrer laden hier Strom aus 100 Prozent Wasserkraft.

Bild: erdgas schwaben

Wohnen und Mobilität der Zukunft

erdgas schwaben und Gemeinde Oberhausen verwirklichen nachhaltiges Wohnkonzept

„Wir haben zusammen mit erdgas schwaben hier ein innovatives Bauprojekt entwickelt, das zukunftsweisend ist“, sagte Fridolin Gößl, Bürgermeister in Oberhausen an der Donau, bei der feierlichen Inbetriebnahme der Elektroladesäule am 25. Juli 2019 im Hüllacker Park in Oberhausen. „Ich bin sehr glücklich, dass ich als Bürgermeister meiner Gemeinde solch ein tolles Angebot machen konnte. Die große Nachfrage hat mir auch gezeigt, dass wir die Wünsche gerade von jungen Familien erfüllen konnten.“

Familienfreundliches Wohnen und klima- und umweltschonende Mobilität – das bietet der Hüllacker Park am Ortsrand von Oberhausen, Ortsteil Unterhausen. Zum ersten Mal hat erdgas schwaben im Hüllacker ein Neubaugebiet vollständig erschlossen.

Markus Last, Sprecher der Geschäftsführung erdgas schwaben, sagte: „Umweltschonendes Wohnen und der Anschluss an zukunftsorientierte Elektromobilität sind hier schon Wirklichkeit geworden. Das ist die richtige Antwort auf den Klimawandel.“

Quartiersentwicklung für eine lebenswerte Zukunft in Zeiten des Klimawandels

Für knapp 60 geplante Wohneinheiten in Mehrfamilien- und Reihenhäusern haterdgasschwaben ein nachhaltiges Energiekonzept entwickelt. Ein Nahwärmenetz mit einem hocheffizienten erdgasbetriebenen BHKW versorgt die Wohnungen und Reihenhäuser umwelt- und klimaschonend. Mit Erdgas ist vom EnEV-Standard-Haus bis zum KfW-Effizienzhaus 40+ alles möglich – zum Beispiel mit einer Brennstoffzelle. Photovoltaik-Anlagen mit Batteriespeicher runden das Angebot ab – das bedeutet mehr Unabhängigkeit für die Familien.

Die Elektroladesäule im neuen Wohngebiet liefert Strom aus 100 Prozent heimischer Wasserkraft. Zur feierlichen Inbetriebnahme waren Familien gekommen, die künftig im Hüllacker Park wohnen, Nachbarn und Vertreter der Gemeinde.

Zum ersten Mal hat erdgas schwaben ein Neubaugebiet vollständig erschlossen. Innerhalb kürzester Zeit waren alle Bauplätze verkauft und nur einhalb Jahre nach Beginn der Erschließung können die neuen Eigentümer mit der Verwirklichung ihres Traumhauses beginnen. Ende August ging's los. □

Zukunftsorientierte und klimaschonende Mobilität von Anfang an mitgedacht

Strom aus 100 Prozent heimischer Wasserkraft

Idealer Standort: erdgas schwaben und Markt Kaufering nehmen Elektro-Ladesäule am Lechtalbad in Betrieb

„Ein Glückstag für Kaufering“, sagte Gabriele Triebel, zweite Bürgermeisterin in der Marktgemeinde Kaufering, bei der feierlichen Inbetriebnahme der Elektroladesäule vor dem Lechtalbad. erdgas schwaben beliefert damit 18 E-Ladestationen in Bayerisch-Schwaben mit Strom aus 100 Prozent heimischer Wasserkraft.

Für Bürgermeisterin Triebel, die im elektrisch betriebenen Dienst-Auto vorfuhr, ist der Parkplatz vor dem Lechtalbad „der ideale Standort“. „Zusammen mit erdgas schwaben haben wir jetzt mit dieser E-Ladestation in Kaufering den entscheidenden ersten Schritt gemacht. Das Interesse in der Bevölkerung an E-Mobilität wächst ständig und daher freuen wir uns auf weitere E-Ladestationen in unserer Region!“

Idealer Standort in Kaufering

„Eine E-Ladestation war schon lange ein Wunsch unserer Badegäste“, sagte Thomas Zeck, Leiter Lechtalbad. Er freut sich, dass der Markt Kaufering und erdgas schwaben die Ladestation hier errichtet haben: „Eine schöne Zeit hier im Bad verbringen und gleichzeitig sein E-Auto aufladen können, das ist ein tolles Zusatzangebot für unsere Gäste.“ Das Lechtalbad in Kaufering ist mit über 260.000 Besuchern pro Jahr eine Freizeit- und Erholungsattraktion im ganzen Landkreis Landsberg.

„Der Markt Kaufering ist für uns ein wichtiger Partner“, sagte Helmut Kaumeier, Leiter Kommunalkunden erdgas schwaben. „Wir bieten innovative Konzepte für eine nachhaltige Mobilität. Ziel ist die flächendeckende Versorgung, deshalb werden wir

VDV zur EU-Verkehrspolitik:

Vorschläge für eine Verkehrswende

Zu Beginn der Arbeit des neuen Europäischen Parlamentes hat der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) ein Zehn Punkte-Papier für die europäische Verkehrspolitik bis 2024 vorgelegt. Wie Hauptgeschäftsführer Oliver Wolff erklärte, „haben auch die EU-Abgeordneten und die Kommission längst erkannt, dass Bus und Bahn zentrale Bestandteile der Lösung sind, wenn wir die Klimaschutzziele im Verkehrssektor erreichen wollen“. Um auch auf europäischer Ebene die dafür nötigen Bedingungen zu schaffen, habe der VDV konkrete Vorschläge formuliert.

1. Nach Auffassung des VDV können die Ziele im Bereich Klimaschutz und Luftreinhaltung bei einem konstant wachsenden Mobilitätsbedürfnis nur durch eine deutliche Erhöhung des Modal Split zugunsten des öffentlichen Verkehrs (ÖV) mit Bussen, Stadt- und Straßenbahnen und der Eisenbahn erreicht werden. Auch im Güterverkehr ist eine Verlagerung auf die Schiene dringend notwendig.

2. Eine nachhaltige und effiziente Mobilität von Menschen und Gütern sollte für die europäischen Institutionen höchste Priorität haben.

Der VDV setzt sich für ein „level playing field“ ein, d. h. gleiche und faire regulatorische Rahmenbedingungen zwischen den einzelnen Verkehrsmitteln. So sollten u. a. Steuern und Abgaben so festgeschrieben werden, dass im Personenverkehr die Bahn auf mittlerer Distanz mit dem Flugzeug und im Güterverkehr mit dem Lkw konkurrieren kann.

3. Daten gewinnen zukünftig immer stärker an Bedeutung und an Wert – besonders im dynamischen Mobilitätsmarkt, in dem sich inzwischen auch global agierende IT-Firmen engagieren.

Oft teilen Verkehrsunternehmen Datensätze freiwillig und auf der Grundlage von fairen, reziproken Vereinbarungen. Die EU sollte sich auf die Standar-

disierung von Schnittstellen beschränken und keine „Open Data“-Politik betreiben, die einseitig die Verkehrsunternehmen verpflichtet, Dritten wertvolle Daten kostenlos zur Verfügung zu stellen.

4. Ein Teil des ÖPNV (Bus, Straßenbahn, Stadtbahn und U-Bahn) liegt im Zuständigkeitsbereich der lokalen Behörden und soll nicht über den bisherigen Stand hinaus aus Europa reguliert werden. Beispielsweise können und dürfen die Regeln des grenzüberschreitenden Fernbusverkehrs nicht auf den lokalen Linienverkehr Anwendung finden. Vielmehr sollen die Ausgestaltung des lokalen Mobilitätsangebots im Sinne der Daseinsvorsorge und die Vergabe gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen auch weiterhin dem lokalen Entscheidungsträger obliegen.

Neues Geschäftsfeld Wasserkraft

Erdgas ist der Partner der erneuerbaren Energien und lässt alle Zukunftsoptionen zu – sei es schwäbisches Bio-Erdgas oder Wasserstoff. erdgas schwaben bietet Erdgas, Bio-Erdgas, Strom, Bio-Strom, Wasserstoff und Contracting. 2017 hat erdgas schwaben zudem vier Wasserkraftwerke an Lech und Wertach erworben.

Ein weiteres Geschäftsfeld von erdgas schwaben ist Fahren mit Strom. Schon jetzt betreibt erdgas schwaben 18 Ladesäulen für Elektrofahrzeuge, weitere sind geplant. Die Stromtankstellen von erdgas schwaben bieten je zwei Ladepunkte vom Typ 2, der sich als Standard in Europa durchgesetzt hat. An den Ladesäulen wird Strom aus 100 Prozent Wasserkraft geladen. □

Gesamtheitliches Verkehrskonzept gefordert

In einem offenen Brief wendet sich der Präsident des Automobilclubs Mobil in Deutschland e.V., Dr. Michael Haberland, an Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter. Tenor des Schreibens: Das Fahrrad-Verkehrskonzept vernichtet die Mobilität in München.

In dem Brief warnt Haberland eindringlich davor, das aktuell diskutierte Fahrrad-Verkehrskonzept umzusetzen. Die Radpläne der Stadt sehen vor, unzählige Bäume zu fällen, tausende Parkplätze ersatzlos zu streichen, ganze Autofahrspuren wegzunehmen und somit den Platz für das Auto konsequent zu mindern, um das Fahrrad vorrangig zu behandeln. „Und das für einen Verkehrsträger, der gerade einmal 3 (!) Prozent der Verkehrsleistung in München ausmacht“, heißt es in einer Mitteilung des Verbands.

Die Landeshauptstadt und ihre Repräsentanten werden aufgefordert, endlich valide Zahlen zur Verkehrsleistung zu erheben und ein gesamtheitliches Verkehrskonzept zu erstellen, das nicht den Autoverkehr vernichtet, sondern alle Verkehrsträger mit einbezieht.

Der offene Brief kann im Internet nachgelesen werden: www.mobil.org/offener-brief-ob-reiter-vernichtung-mobilitaet.



Dr. Sylke Schlenker-Wambach, Kommunalkundenbetreuung erdgas schwaben, Gabriele Triebel, zweite Bürgermeisterin Markt Kaufering, Thomas Eichinger, Landrat Kreis Landsberg am Lech, und Helmut Kaumeier, Leiter Kommunalkunden erdgas schwaben, bei der offiziellen Inbetriebnahme der Elektro-Ladesäule am Lechtalbad in Kaufering.

Bild: erdgas schwaben

Mehraufwand für lokale Verkehrsträger bedeuten.

8. Damit sich der Anteil der Schiene am europäischen Güterverkehr bis 2030 auf 30 Prozent erhöhen kann, ist u. a. eine Standardisierung der Technik und Regelwerke im grenzüberschreitenden Eisenbahnverkehr Voraussetzung.

Der VDV setzt sich als Verband z. B. für die europaweite Einführung des Zugsicherungssystems ETCS (European Train Control System) ein, das den Eisenbahnverkehr deutlich vereinfachen und damit wettbewerbsfähiger machen kann. Die EU sollte neben der Infrastruktur insbesondere auch die Ausstattung der Züge mit ETCS finanziell unterstützen.

9. Der VDV und seine Mitglieder wünschen sich regulatorische Stabilität, denn ständige Änderungen des rechtlichen Rahmens machen eine langfristige unternehmerische Ausrichtung unmöglich.

Vor diesem Hintergrund ist beispielsweise darauf zu achten, dass die Liste der als „sauber“ geltenden Busse entsprechend der gerade beschlossenen Clean-Vehicles-Richtlinie in den kommenden Jahren nicht wieder verändert wird, denn die Tank- und Ladeinfrastruktur für diese Fahrzeuge wird jetzt für die Zukunft aufgebaut.

10. Ein qualitativ hochwertiger ÖPNV erfordert ständig neue Investitionen in Fahrzeuge, Infrastruktur und Betrieb. Die öffentlichen Mittel sind allerdings nicht ausreichend, um mit einem Kapazitätsausbau zur nötigen Verkehrswende zu führen.

Gleichzeitig werden die Anforderungen und die damit verbundenen Kosten, die in der Branche nicht zuletzt durch manche EU-Gesetze entstehen, immer umfangreicher. Daher die Forderung des VDV und seiner Mitglieder: Keine neuen Gesetze ohne finanziellen Ausgleich! DK

Freie Fahrt voraus!

Fahren mit 100% grüner Energie.



Auf Dauer spart nur Schwaben-Power!

erdgas-schwaben.de





Hochgeländegängiger Unimog U 5023 unterstützt die Berufsfeuerwehr Heilbronn. Bild: Unimog E-News

Unimog im Rettungseinsatz

Nerven aus Stahl brauchen Feuerwehrmänner und Feuerwehrfrauen, wenn es beim Rettungseinsatz um Menschenleben geht. Weltweit unterstützt der Unimog Einsatzkräfte in solchen Situationen immer wieder verlässlich – auch mit echten Stahlseilen. So wie bei der Feuerwehr Heilbronn, wo ein brandneuer hochgeländegängiger Unimog U 5023 mit Kranaufbau Rettungsboote transportiert und verlädt.

Geradezu beschaulich zeigt sich Heilbronn am Neckar an den ersten heißen Julitagen. Als Ausrichter der Bundesgartenschau präsentiert sich die Stadt entspannt und mit viel Grün. Weniger relaxt sind die Feuerwehr-

leute an der Beethovenstraße. Statt scheinbarer Idylle heißt es dort Rettungs- und Bergeinsätze auf B27, B39 und B 293 sowie den angrenzenden Autobahnen A 6 und A 81. Nicht zu vergessen rasche Hilfeleistung, wenn das

Wetter mal wieder umschlägt und der Neckar verrückt spielt.

Für den Fall besitzen die Retter ein leistungsstarkes Siebenmann-Boot samt dazu passendem Anhänger. Kleines Problem: Bisher gibt es nur drei Slipanlagen am Neckarkanal, wässern war also nicht einfach. Mit dem neuen Gerätewagen „Rüst“ gehört dieses Manko der Vergangenheit an, denn der U 5023 mit Empl-Aufbau besitzt hinter dem Fahrerhaus einen Kran, der das 5,20 Meter lange Feuerwehrboot samt seinem 100 PS Außenborder direkt vom angehängten Tandem-Anhänger ins Wasser hieven kann.

Unimog E-News 08/2019

Demofilm: https://mbs.mercedes-benz.com/de/special-trucks/feuerwehr/fuer-alle-faelle-gut-geruestet.html?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=unimog-eneus_201908



Stadt Teublitz entscheidet sich erneut für einen Hansa APZ 1003 L

Viele Jahre leistete ein Kommunalfahrzeug des niedersächsischen Fahrzeugherstellers HANSA Maschinenbau Vertriebs- und Fertigungs GmbH zuverlässigen Dienst in der Stadt Teublitz. Daher waren sich Bürgermeisterin, Stadtrat und der Bauhof relativ schnell einig, dass es nach Auslaufen des Leasingvertrages wieder einen Geräteträger von HANSA geben soll.

Denn nicht nur die Qualität des Fahrzeuges überzeugte in der Vergangenheit, sondern auch dass die Mitarbeiter des Bauhofes gerne die täglichen und vor allem doch sehr unterschiedlichen Aufgaben mit dem Geräteträger verrichteten.

Da das Schmalspurfahrzeug werkseitig bereits mit einer vollständigen Kommunalhydraulik und einer massiven Frontanbauplatte mit Parallelführung ausgestattet wird und die neue

Generation identische Abmessungen hat, können alle Anbaugeräte wie bisher genutzt werden.

Während des Winters ist der APZ 1003 L mit Schneeflug und Räumschild ausgestattet, sorgt so für freie Straßen und Wege und in den Sommermonaten werden unter anderem mit Hilfe von Gießarm und Wasserfass die städtischen Grünanlagen gepflegt. Dank serienmäßiger Differentialsperre lässt sich das Kommunalfahrzeug zudem auf fast jedem Untergrund fahren. Gleichzeitig erfüllt die hydraulische Zweikreisbremsanlage mit Scheibenbremsen vorne und hinten höchstmögliche Sicherheitsstandards.

Klimasparbuch für Stadt Kempten und Landkreis Oberallgäu

Als gemeinsames Projekt mit dem Landkreis Oberallgäu und in Zusammenarbeit mit dem „oekom-Verlag hat die Stadt Kempten ein „Klimasparbuch“ erstellt. Das Klimasparbuch soll fürs Mitmachen beim Klimaschutz begeistern. Zahlreiche Informationen über den Klimaschutz, viele praktische Tipps für klimafreundliches Verhalten, einen umfangreichen Teil mit attraktiven Gutscheinen, die zu klimafreundlichem Verhalten anregen sollen – und zudem noch eine Gültigkeitsdauer von über zwei Jahren haben – das alles enthält dieses neue, fundiert recherchierte „Mitmachbüchlein“! www.klimasparbuch.net. □

Partner Beuthauser

Gemeinsam mit Beuthauser-Verkaufsberater Stephan Attenberger konnte somit die Ersatzbeschaffung angegangen werden und nach nur drei monatiger Lieferzeit wurde der neue HANSA APZ 1003 L an den 3. Bürgermeister Thomas Beer und den stellvertretenden Bauhofleiter Andreas Kobler übergeben. Gleichzeitig wurde das Altfahrzeug von Beuthauser in Zahlung genommen, somit konnte der reibungslose Betrieb des Bauhofes gewährleistet werden. □

Lindner Traktoren:

Spritsparmeister 2019 gesucht!

Auf die effizientesten Lindner-Fahrer warten Preise & Tankgutscheine im Wert von 5.000 €

Die Spritsparmeisterschaft 2019 läuft auf Hochtouren! Lindner hat die Spritsparmeisterschaften im Jahr 2009 ins Leben gerufen. 10 Jahre später schaut sich Lindner an, was sich mit Weiterentwicklung der Motortechnologie in puncto Durchschnittsverbrauch getan hat und sucht wieder einmal die effizientesten Traktorfahrer. Unter allen Teilnehmern verlost Lindner drei Tankgutscheine im Wert von insgesamt 5.000 Euro und weitere tolle Sachpreise. Die Ziehung erfolgt am 27. Oktober auf der Werksausstellung im Traktoren-Innovationszentrum in Kundl.

Wie funktioniert die Teilnahme?

Teilnahmeberechtigt sind alle Lindner Fahrer, die auf der Spritspar-Webseite ein Profil anlegen und einen Durchschnittsverbrauch von mind. 50 Betriebsstunden erfassen. Es zählt die gesamte Bandbreite an Einsätzen: vom Mähen und dem Heuernten bis zu Arbeiten im Forst. Gib uns deinen Durchschnittsverbrauch mithilfe von TracLink Mobile, der Lindner Community oder per Spritspar-Online-Formular an.

Achtamkeit ist gefragt

Das Ziel der Spritsparmeisterschaft: Der Spritverbrauch pro Arbeitsstunde soll möglichst niedrig gehalten werden. Damit Landwirte, die in erster Linie schwere Arbeiten verrichten oder größere Traktoren haben, nicht benachteiligt werden, werden die Preise unter allen Teilnehmerninnen und Teilnehmern verlost, die mindestens 50 Betriebsstunden erfasst haben.

Der Durchschnittsverbrauch pro Betriebsstunde ist die Basis für die kontinuierlich aktualisierte Rangliste auf der Spritspar-Webseite: <https://spritspar.lindner-traktoren.at/> □

Grüezi, Unimog!

Kantonales Tiefbauamt Thurgau hält Straßen mit Unimog U 423 in Schuss

Ob Frühjahr, Sommer, Herbst oder Winter – der Unimog erfüllt alle Ansprüche, die an ihn gestellt werden, jederzeit zur vollsten Zufriedenheit. Mäharbeiten entlang der Kantonsstraßen, Schneeräumen oder Salzstreuen gehören unter anderem zu seinem Arbeitsalltag beim Kantonalen Tiefbauamt Thurgau.

Mähen, pflügen, streuen: Aufgaben wie gemacht für einen Unimog. Kein Wunder also, dass das Kantonale Tiefbauamt Thurgau auf einen allradgetriebenen Unimog U 423 setzt – für alle anstehenden Aufgaben, zu allen Jahreszeiten.

Das Schweizer Unternehmen mit Sitz in Schlieren besorgt mit seinen rund 130 Mitarbeitern Unterhalt, Planung, Bau sowie Betrieb des 800 km langen Kantonsstraßennetzes und leistet einen wichtigen Beitrag zur Verkehrssicherheit im Kanton. Wesentliche Unterstützung leistet dabei der neue Alleskönner von Mercedes-Benz Special Trucks, wie Daniel Goldinger, Ressortleiter Fahrzeuge und Geräte, berichtet.

Modern, effizient und sicher

Der Unimog U 423 ist aber nicht das erste Einsatzfahrzeug mit dem Stern, auf das sich das Kantonale Tiefbauamt stets verlassen konnte, es ist aber das erste Universal-Motor-Gerät im Fuhrpark. Daniel Goldinger ist davon überzeugt, dass der neue Unimog eine wertvolle Unterstützung ist – zumal dank des gewohnten Bedienkonzeptes von

Mercedes-Benz die Fahrer sich schnell an das neue Fahrzeug gewöhnen konnten. Dank modernster Technik können die

„Mercedes-Benz spielt eine wichtige Rolle in unserem Alltag, denn ohne erstklassigen Fuhrpark könnten wir unserem hohen Anspruch nicht gerecht werden.“

Daniel Goldinger, Ressortleiter Fahrzeuge und Geräte

Aufgaben mit dem Unimog effizient erledigt werden. Und weil er ein echter Allrounder ist, ist auch sein Aufgabengebiet sehr umfangreich.

Four Seasons Highlight

„Die VarioPilot®-Möglichkeit, für die Mäharbeiten das Lenk-

Ausstattung des Unimog U 423

- Automatic Shift (EAS)
- Hydrostatischer, stufenloser-Fahrertrieb EasyDrive
- Kühlerschnellreinigungssystem Clean-Fix
- Motor-Zapfwellenantrieb an der Fahrzeugfront
- OM 934-Reihenvierzylinder mit 170 kW, 231 PS und 900 Nm
- High Performance Engine Brake

Quelle: Unimog E-News



Besser abscheiden.

Die wirtschaftliche Lösung: der Unimog BlueTEC 6. Wenn es um kommunale Aufgaben wie Mähensätze geht, macht dem Unimog keiner etwas vor. Dafür sorgen hohe Achslasten für bis zu drei Mähausleger, der innovative Fahrertrieb EasyDrive für den spontanen Wechsel

zwischen hydrostatischem Antrieb und Schaltgetriebe sowie die kraftvolle Zapfwelle und eine leistungsstarke Hydraulik für effizientes Arbeiten. Seine hohe Produktivität verbindet der Unimog mit kompakten Abmessungen, Pkw-ähnlichem Komfort und bester Übersicht.



Profitieren Sie mit unter mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal

Mercedes-Benz
Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hageistadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: verkauf@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Nahmobilität gemeinsam stärken

Memorandum von Deutschem Städtetag, DStGB und Anbietern von E-Tretroller-Verleihern

Der Deutsche Städtetag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund und vier Anbieter von E-Tretroller-Verleihsystemen haben ein Memorandum of Understanding „Nahmobilität gemeinsam stärken“ unterzeichnet. Darin formuliert sind der Handlungs- und der Abstimmungsbedarf für eine erfolgreiche Integration von Leihsystemen mit Elektrokraftfahrzeugen in Kommunen.

Das Papier dient als Diskussionsgrundlage für die Abstimmungen zwischen einzelnen Kommunen und Anbietern. Es enthält wesentliche Aspekte einer partnerschaftlichen Kooperation und eines konfliktfreien Betriebs der Angebote vor Ort. Das Memorandum berücksichtigt erste vorhandene Vereinbarungen in deutschen Städten, selbst auferlegte Standards der Anbieter sowie Erfahrungen der Anbieter aus dem Ausland.

„Die Städte selbst treffen vor Ort aufgrund der Erfahrungen mit den Leihfahrern sehr konkrete Vereinbarungen mit den Leihgebern. Die ersten Wochen seit der Zulassung zeigen, dass es sowohl klarere Vorgaben durch die Kommunen braucht als auch eine gute Kommunikation durch die Anbieter. Unser gemeinsames Ziel ist ein Höchstmaß an Verkehrssicherheit und die Vermeidung von Konfliktsituationen im Straßenraum“, betonen die Hauptgeschäftsführer der kommunalen Spitzenverbände Helmut Dedy und Dr. Gerd Landsberg.

Abstimmungsbedarf

Handlungs- und Abstimmungsbedarf sehen die unterzeichnenden Parteien u. a. bei den Auf- und Abstellstandorten und den Fahrverbotszonen. Da-

zu heißt es: „Die Anbieter stellen sicher, dass die E-Tretroller nicht ungeordnet auf Gehwegen, in Fußgängerzonen, auf öffentlichen Plätzen oder vor Denkmälern etc. aufgestellt werden. Zur Ordnung der E-Tretroller in Städten und Gemeinden können zudem gekennzeichnete Bereiche oder Verleihstationen etwa an Verkehrsknotenpunkten oder beispielsweise Parkplätzen eingerichtet werden, die den Übergang zum ÖPNV erleichtern und es den Anbietern zugleich ermöglichen, die E-Tretroller leichter aufzufinden, um sie über Nacht wieder aufzuladen und zu warten.“

Festlegung von Ausschlussflächen

Durch den Einsatz von technischen Möglichkeiten wie Geofencing könnten bestimmte Gebiete wie denkmalgeschützte Bereiche oder Orte, an denen die Verkehrssicherheit besonders gefährdet ist, von den Fahrzeugen freigehalten werden, indem der Leihvorgang dort nicht beendet werden kann. Die Festlegung solcher Ausschlussflächen erfolge durch die Kommunen. Durch Anreize wie Preisgestaltung oder Bonussysteme könnten die Nutzer zu einem umfeldgerechten Abstellen der E-Tretroller angeleitet werden.

Beispielsweise könne somit das Beenden von Leihvorgängen an bevorzugten Abstellorten belohnt werden. Wiederholte Verstöße gegen die Nutzungs- und Abstellbestimmungen werden die Anbieter ggf. durch Sperren der Nutzungsberechtigung sanktionieren.

Gleichmäßige Verteilung im Bediengebiet

„Bereits in der Planungsphase neuer Leihsysteme sollte sichergestellt werden, dass E-Tretroller möglichst gleichmäßig im Bediengebiet der Stadt und Gemeinde verteilt werden“, heißt es weiter. Um die E-Tretroller in die Mobilitätskette zu integrieren, an Haltepunkte des ÖPNV anzupassen und dadurch die Nahmobilität zu stärken, werden die Anbieter auf die Kommunen sowie die ÖPNV-Unternehmen zugehen. Auch biete es sich an, die lokalen Stadtwerke einzubeziehen, etwa um beispielsweise zu eruieren, ob und wo E-Tretroller-Stationen eingerichtet werden können, an denen eine Lademöglichkeit besteht.

Ausgewählte und nicht personengebundene Daten wie beispielsweise die Zahl der betriebenen Fahrzeuge, die Ausleihquote und die zurückgelegten Strecken sollten der Kommune regelmäßig zur Verfügung gestellt werden. Dies kann gezielt für die Anpassung der Verkehrsinfrastruktur auf die Bedarfe der E-Tretroller genutzt werden.

Die Wartung sowie regelmäßige Sicherheitsroutinen der Fahrzeuge erfolgen durch den

Anbieter oder dafür qualifizierte professionelle Partner. Das Betriebsmodell müsse den hohen Sicherheitsansprüchen der Anbieter und Städte gerecht werden. Außerdem richten die Anbieter eine Hotline während der Betriebszeiten der Verleihsysteme ein, über die auch Dritte über falsch abgestellte und defekte E-Tretroller informieren können.

Praxisleitfaden

Gemeinsam mit Agora Verkehrsmodelle erarbeiten der Deutsche Städtetag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund derzeit zudem einen umfangreichen Praxisleitfaden für Kommunen zum Umgang mit E-Tretroller-Verleihsystemen. Dort werden neben ersten Erfahrungen in Deutschland auch ausländische Studien ausgewertet und mögliche Klimaefekte der neuen Fahrzeuge analysiert. Der Leitfaden erscheint voraussichtlich im Herbst 2019.

Um die Verkehrssicherheit gerade für sensible Fußgängerbereiche zu stärken, müssen aber auch technologische Neuheiten umgehend auf Bundesebene umgesetzt werden. Das Bundesverkehrsministerium wird daher gebeten, bei der Betriebserlaubnis sicherzustellen, dass Elektrokraftfahrzeuge zum Schutz von Fußgängern auf flächenhaft nicht zulässigen Verkehrsflächen automatisch gedrosselt und so Fehlverhalten und schwere Unfälle ausgeschlossen werden können. DK

Punkten bewertet wurde (2018: 7,89 Punkte) sowie das Netz Regio Allgäu-Schwaben, das im Halbjahresranking 12,26 Punkte erreichte (2018: -16,15 Punkte).

Einen erheblichen Punkteverlust musste der Meridien hinnehmen: Er war im ersten Halbjahr nur noch mit 18,52 Punkten unterwegs, verlor gegenüber dem Jahresranking 2018 17,28 Punkte und reiht sich nunmehr im unteren Mittelfeld ein. Vier von 31 Netzen konnten im ersten Halbjahr 2019 die Mindestanforderungen der BEG nicht erfüllen. Zwei Netze haben den Bonusbereich nur knapp verfehlt: Das Netz Fugger-Express erreicht -2,90 Punkte (2018: 16,34 Punkte) und das Dieselnetz Allgäu Los 2 -5,51 Punkte (2018: -9,39 Punkte). Die Schlusslichter im aktuellen Ranking sind die Netze Alex Nord und Süd mit -19,93 Punkten (2018: -7,51 Punkte) und das D-Netz Ulm Übergang mit -32,33 Punkten (2018: -12,10 Punkte). Verbesserungspotenzial besteht bei den zuletzt genannten Netzen vor allem im Bereich der Fahrgastinformation.

Alle bayerischen Regionalzüge werden nach einheitlichen Kriterien im BEG-Qualitätsmesssystem erfasst. Es bildet die Grundlage für das Qualitätsranking. Berücksichtigt werden die Sauberkeit der Fahrzeuge (innen und außen), die Fahrgastinformation im Regel- und im Störfall, die Funktionsfähigkeit der Ausstattung, die Serviceorientierung der Zugbegleiter und die Kundenorientierung bei Beschwerden. Die Pünktlichkeit fließt nicht in die Ergebnisse ein, sondern wird in einem separaten Messsystem erfasst. Die BEG bewertet die einzelnen Netze mit Hilfe von externen Testern und Fahrgastbefragungen. Die Ergebnisse des Qualitätsrankings haben unmittelbare finanzielle Auswirkungen auf die Betreiber der jeweiligen Netze. Erreicht ein Unternehmen den Wert null, sind die Erwartungen der BEG gerade erfüllt. Wer darüber liegt, erhält eine Bonuszahlung, wer Minuspunkte verzeichnet, zahlt Strafe (+100 Punkte = maximaler Bonus, -100 Punkte = maximaler Malus). □

Magnetschwebetechnologie aus Deutschland für Fernost

Fahrzeug des Transport Systems Bögl in China angekommen

Max Bögl und sein Transport System Bögl haben den nächsten Meilenstein auf dem Weg zur Inbetriebnahme in Chengdu, China, erreicht. Das auf der Magnetschwebetechnologie beruhende Personennahverkehrssystem wird ab September auf einer dreieinhalb Kilometer langen Demonstrationsstrecke vorgestellt.

Gefertigt im Max Bögl Stammwerk in Sengenthal ist das Fahrzeug jetzt in der Provinz Sichuan angekommen. Nach der Inbetriebnahme wird das Fahrzeug die nachhaltigen, platzsparenden und emissionsarmen Möglichkeiten des Transport System Bögl im Nahverkehr praktisch demonstrieren.

Lösung für urbane Verkehrssysteme

Das Transport System Bögl bietet Lösungen für die zukünftigen Herausforderungen der Urbanisierung. Die Menschen zieht es immer mehr in die Ballungszentren von bereits heute oftmals überfüllten Großstädten und Metropolen. Der Verkehr auf der Straße kommt jetzt schon zu den Stoßzeiten vielerorts zum Erliegen. Personennahverkehrssysteme wie U-Bahnen haben bei der Taktung bereits die Grenzen des Möglichen erreicht. Das Transport System Bögl lässt sich platzsparend, flexibel und kosteneffizient in bestehende Verkehrssysteme integrieren. Aufgeständert, ebenerdig oder im Tunnel kann so der öffentliche Personennahverkehr entlastet werden. „Die Verbesserung urbaner Mobilität kann nur mit innovativen Lösungen in allen Sektoren gelingen“, sagt Dr. Bert Zamzow, Bereichsleiter Transport System Bögl bei Max Bögl.

Technologie der Zukunft

Das Transport System Bögl beruht auf der Magnetschwebetechnologie und wird mit einem Linearmotor betrieben. Dies macht das innovative Nahverkehrssystem äußerst leise, zuverlässig und emissionsarm. Im Rahmen des Entwicklungsprozesses hat das Fahrzeug auf der Erprobungsstrecke in Sengenthal bereits 125.000 Shuttle-Fahrten durchgeführt und dabei eine Laufleistung von über 83.000 Kilometern absolviert. □

Treffen der Nahverkehrsexperten

Arbeitskreis ÖPNV der bayerischen Landkreise tagte in Donauwörth

Auf Einladung des Augsburgers Verkehrs- und Tarifverbands (AVV) reisten etwa 70 Verkehrsexperten aus ganz Bayern nach Donauwörth und diskutierten dort über den öffentlichen Nahverkehr. Im Landratsamt tagte bereits zum 13. mal der Arbeitskreis ÖPNV der bayerischen Landkreise, den dieses Mal der Landkreis Donau-Ries ausrichtete. Neben Mitarbeitern aus den Verwaltungen der bayerischen Landratsämtern konnte der Hausherr Landrat Stefan Röble auch Vertreter des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr, der Regierung von Schwaben und die Geschäftsführer des Verkehrsverbands Großraum Nürnberg (VGN), Andreas Mäder sowie des Münchner Verkehrs- und Tarifverbands (MVV), Dr. Bernd Rosenbusch, begrüßen.

In seiner Eröffnungsrede stellte Landrat Röble den Landkreis Donau-Ries vor und betonte die Bedeutung der Mobilität, wovon der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ein wichtiger Baustein ist. Im Zuge der aktuellen Umweltdiskussion rückt er noch stärker in den Fokus.

Der Landkreis Donau-Ries nimmt dieses Thema sehr ernst. Deshalb wurde ein Arbeitspapier „Visionen ÖPNV“ erarbeitet, das Jürgen Kunofsky, im Landratsamt zuständiger ÖPNV-Mitarbeiter, den Gästen präsentierte. Flexibilisierung und Digitalisierung hervor sind darin wichtige Schlagworte. Wurden vor etlichen Jahren nur Busfahrtsmöglichkeiten angeboten, die nach einem festen Fahrplan verkehren, so stellen diese heute nur noch ein Grundgerüst des Angebots dar, das durch eine Vielzahl an zeitlich, aber auch räumlich flexiblen Rufbusfahrten ergänzt wird.

Künftig wird die Flexibilisierung hinsichtlich des Verkehrsmittels auch im ländlichen Raum eine noch größere Rolle spielen. Auto, Bus, Zug, Fahrrad, aber auch Sharing-Angebote gilt es in der Gesamtheit zu betrachten, die sich gegenseitig ergänzen und eine Gesamtmobilität bilden. Auch die Digitalisierung wird ein großes Thema in der Zukunft sein. Papierfahrtausweise oder Papierfahrpläne könnten irgendwann der Vergangenheit angehören.

Im Anschluss daran referierten die beiden Ministerialräte Carsten Fregin und Dr. Thomas Wunsch vom Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr zu aktuellen Themen im Bereich des öffent-

lichen Nahverkehrs. Dr. Fregin berichtete über die verschiedenen Aktivitäten des Freistaats Bayern, um den öffentlichen Nahverkehr attraktiver zu machen. Insbesondere ging er dabei auf das 365-Euro-Jugendticket ein, mit welchem Jugendliche für 365 Euro im Jahr zunächst in bestimmten Städten und Verbundbereichen den Nahverkehr nutzen können. Ebenso hob er die diverseren Förderprogramme und Mittelbereitstellungen hervor, die in der jüngsten Vergangenheit neu aufgelegt beziehungsweise ausgedehnt wurden. So sollen damit beispielsweise Verkehrsverbünde ausgedehnt, die Mobilität im ländlichen Raum gefördert, die Busflotten verjüngt oder Bürgerbusprojekte unterstützt werden. Ziel sei es, jedem von morgens bis abends ein attraktives Angebot im ÖPNV zu bieten. Dr. Wunsch erläuterte die Fördermöglichkeiten nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz.

In Praxisberichten stellten Susanne Münster, Verkehrsmanagerin des Landratsamts Starnberg, und Detlev Metzner vom Münchner Verkehrs- und Tarifverbund (MVV) erfolgreiche Konzepte aus ihrem Umfeld dar.

Über die Veränderungen in der Buslandschaft aufgrund von Ausschreibungen referierte Dirk Dannenfeld von der Firma Convia. Zum Abschluss gab Gerrit Landsberg von der Kanzlei BBG und Partner aus Bremen einen Überblick über aktuelle Rechtsprechungen im ÖPNV. Das Thema Umweltschutz wird in künftigen Ausschreibungsverfahren einen noch wesentlich höheren Stellenwert erhalten. □

BEG-Qualitätsranking:

Gute Halbjahresnoten für den bayerischen Regionalverkehr

Qualität im bayerischen Regionalverkehr macht weiter Fortschritte / Netz Agilis-Nord erreicht nahezu die Höchstmarke / Zwei Newcomer in den Top Ten

Die Qualität auf Bayerns Schienen macht weiterhin gute Fortschritte: Auf einer Skala von -100 bis +100 Punkten erzielten die bayerischen Regionalzüge im ersten Halbjahr 2019 im landesweiten Durchschnitt 36,50 Punkte. Dieses Ergebnis dokumentiert die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG), die den Schienenpersonennahverkehr im Freistaat plant, finanziert und kontrolliert, in ihrem Halbjahresranking. Stichtag war der 30. Juni 2019.

Insgesamt wurden im Berichtszeitraum 31 Netze im Qualitätsmesssystem der BEG erfasst. Im Jahresranking für 2018 lag der Durchschnittswert von 29 bewerteten Netzen noch bei 28,68 Punkten. Die Qualitätsmessungen erfolgen mit offenen und verdeckten Tests durch unabhängige Testpersonen sowie mittels Fahrgastbefragungen. Zu den beurteilten Kriterien zählen beispielsweise die Sauberkeit der Fahrzeuge, die Fahrgastinformation sowie die Service- und Kundenorientierung. Bis zur Jahresmitte liegt eine Teilstichprobe vor; die Werte können im weiteren Jahresverlauf noch schwanken. Die Pünktlichkeitswerte fließen nicht in das Qualitätsranking ein; sie werden in einem gesonderten Messsystem erfasst.

„Das Qualitätsniveau im bayerischen Regionalverkehr steigt kontinuierlich an. Wenn nahezu neunzig Prozent der Netzbetreiber die hohen Qualitätsanforderungen der BEG erfüllen, ist das eine gute Nachricht für die Fahrgäste“, sagt Thomas Prechtl, Sprecher der Geschäftsführung der BEG. „Schließlich entscheidet auch die Qualität darüber, wie zufrieden die Fahrgäste mit dem Angebot im Bahnland Bayern sind. Unsere Qualitätsmessungen sind dafür ein wichtiger Gradmesser. Wir machen die Verkehrsleistungen vergleichbar und schaffen zusätzlich über Bonus- beziehungsweise Strafzahlungen Anreize für die Ver-

kehrsunternehmen, permanent an ihrer Angebotsqualität zu arbeiten. Mehr Qualität auf der Schiene macht das Bahnfahren für die Fahrgäste jedenfalls umso attraktiver.“

Bestmarke für Agilis-Nord und zwei Newcomer in den Top Ten

27 von 31 Netzen landeten im ersten Halbjahr 2019 im Bonusbereich und übertrafen damit die Mindestanforderungen der BEG. Elf Netze erreichten sehr gute Werte von zum Teil deutlich mehr als 50 Punkten. Wie im Jahresranking 2018 setzt sich das Netz Agilis-Nord an die Spitze der Tabelle und erreicht 99,48 von 100 möglichen Punkten (Jahresranking 2018: 94,66 Punkte). Platz 2 geht mit 93,93 Punkten an das Netz Kissinger Stern (2018: 86,49 Punkte). 83,83 Punkte bringen das Netz Kahlgrund auf Platz 3 (2018: 81,90 Punkte).

Auf Anhieb hat es der Flughafenexpress mit 69,09 Punkten in die Top Ten geschafft. Er kehrt seit Dezember 2018 nahezu jede Stunde zwischen Regensburg und dem Münchner Flughafen. Bei den Qualitätsstichproben gab es nicht nur gute Noten für die Sauberkeit, sondern auch für die Fahrgastinformation. Gleichzeitig werden die Kompetenz und die Freundlichkeit der Zugbegleiter besonders gelobt. Mit 57,68 Punkten landet auch das Netz Südhessen-Untermain im ersten Drit-

tel der Tabelle. Zwar liegt die Federführung bei diesem länderübergreifenden Netz beim Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV). Da viele Fahrgäste auf dem bayerischen Streckenabschnitt unterwegs sind, wird das Netz für den bayerischen Teil seit Betriebsaufnahme im Dezember 2018 im Qualitätsmesssystem der BEG erfasst.

Knapp hinter den Top Ten reiht sich das Netz Ostallgäu-Lechfeld-Bahn mit 56,53 Punkten in die Tabelle ein. Es integriert die bisherige Kneipp-Lechfeld-Bahn und bedient nach einem Betreiberwechsel seit Dezember 2018 die Strecken Landsberg – Augsburg, Füssen – Augsburg sowie Füssen – München.

Gewinner und Verlierer

Einen großen Sprung nach vorne hat das Netz Regio Franken gemacht. Es hat rund 40 Punkte zugelegt, wird jetzt mit 4,15 Punkten bewertet (2018: -35,44 Punkte). Das Netz wird seit 2014 im Qualitätsmesssystem der BEG erfasst und hat jetzt erstmalig die Mindestanforderungen der BEG erfüllt. Vor allem die Fahrgastinformation im Zug und die Funktionsfähigkeit der Ausstattung haben sich verbessert. Zudem wurden Präsenz und Kompetenz der Zugbegleiter besser bewertet. Allerdings hat sich auch der Netz-zuschnitt verändert. Einzelne Strecken wurden herausgelöst, wodurch das Netz um mehr als die Hälfte verkleinert wurde. Ein direkter Vergleich zum Vorjahr ist daher derzeit nur eingeschränkt aussagekräftig.

Deutlich aufholten konnten auch das Netz Regio Nordostbayern, das aktuell mit 39,24



Sechs Tage war Karpfham Treffpunkt toller Unterhaltung und Gemütlichkeit für hunderttausende Gäste aus Bayern und Oberösterreich. Unser Bild zeigt die Vorstandschaft des Verein Karpfhamer Fest e.V. bei der Überreichung des Ehrenzeichens des Bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder an den 47-Jahre amtierenden Vorsitzenden Sebastian Winbeck. Von links: Finanzchef Josef Kreileder, Festvereins-Vorsitzender Jürgen Pentleher, Ehrenvorsitzender Sebastian Winbeck, Ministerpräsident Markus Söder, Geschäftsführer Gottfried Kopplstätter und Platzmeister Manfred Freudenstein. Mit einem fulminanten Brillant-Prachfeuerwerk über dem Festplatz endete nach sechs Tagen das Karpfhamer Fest mit der Rottalschau 2019.

Bild: Werner Vierlinger

Rottalschau in Karpfham:

Landtechnik auf hohem Niveau

Obwohl der Name noch auf eine lokale Ausstellung schließen lässt, hat sich die Rottalschau im niederbayerischen Karpfham inzwischen zu einer der bedeutendsten Landtechnik-Messen Deutschlands entwickelt.

600 Firmen aus der gesamten Bundesrepublik und dem benachbarten Ausland zeigten auf etwa 70.000 Quadratmetern Freigelände und 6.000 Quadratmetern Hallenfläche ein breites Warenangebot überwiegend für den landwirtschaftlichen Bereich. Doch auch eine klassische Verbraucher- und Energiemesse wartete auf die Besucher.

Schwerpunktthema Energie

Auf dem Gelände konnte man sich unter anderem über Energiebeschaffung, Energieoptimierung, Heiztechnik, Solartechnik,

Photovoltaik und regenerative Energien informieren. Den flächenmäßig größten Teil nahmen zwar Landtechnik und Landwirtschaft ein, doch auch die Kommunaltechnik kam nicht zu kurz. Ob Grabenräumen, Böschungsmähen, Heckenpflege oder Schneepflügen – das Angebot an innovativen Geräten für den Kommunaleinsatz war groß.

„Der Fleiß, das Selbstbewusstsein und die Verbundenheit zur Heimat der Menschen in der Region haben uns zu einer Erfolgsregion gemacht. Und was könnte das besser zeigen, als das Karpfhamer Fest und

die parallel stattfindende Rottalschau“, hatte der Passauer Landrat Franz Meyer bei der Eröffnung betont. „Die Rottalschau ist Schaufenster und Treffpunkt“, so der Landkreischef.

Mit bayerischem Selbstverständnis zum Erfolg

Fazit: Das bayerische Konzept von gemütlichem Volksfest, kombiniert mit einer vielfältigen Landwirtschaftsmesse, fuhr auch dieses Jahr weiter auf der Erfolgsspur. Die maßgeschneiderten Techniklösungen für bayerische Strukturen überzeugten. „Karpfham ist das neue Hannover“, zitierte Festvereins-Vorsitzender Jürgen Pentleher aus einer Fachzeitschrift. Danach ist die Karpfhamer Rottalschau in Fachkreisen mittlerweile beliebter als die Hannoveraner Landwirtschaftsmesse Agritechnica. Mag das noch verwundern? **DK**

Große Auswahl von Anbaugeräten:

Laubkehren im Herbst mit den Geräteträgern von Holder

Im Herbst fallen von den Bäumen Laub und dünne Äste, die auf Straßen und Fußwegen schnell Hindernisse bilden, wenn sie nicht beseitigt werden. Um die Rutschgefahr für Fußgänger und Fahrradfahrer zu verringern und Straßen frei zu räumen, muss im Herbst regelmäßig Laub gekehrt werden.

Holder bietet mit seinem Premium-Fahrzeugprogramm von 45 bis 130 PS und einer großen Auswahl an Anbaugeräten ein breites Spektrum für die Laubbeseitigung. Insbesondere die kleineren Modelle der X- und C-Reihe eignen sich gut zum Laubkehren. Dabei wird mithilfe einer freikehrenden Kehrbürste das Laub einfach zur Seite gefegt.

Mehrfachnutzung möglich

Vorteil dieses Anbaugerätes: Die Kehrbürste kann im Winter auch zum Schneekehren genutzt werden. Eine andere Möglichkeit der Laubbeseitigung ist die Laubaufnahme – entweder mithilfe einer Laubsaugdüse, die sämtliches Material vom Boden aufsaugt, oder

mittels eines speziellen Laubrechen. Die Aufnahme des Materials erfolgt hier rein mechanisch ohne Saugen. Dabei bleiben Sand, Splitt und Steine liegen, was vor allem für Rasenflächen und wassergebundene Wege geeignet ist.

Bei beiden Varianten werden das Laub, kleine Äste und Abfälle aufgenommen, zerkleinert und in einen Sammelcontainer befördert. Dieser Container ist in der Regel ein Laub- oder Mähgutbehälter, der über ein entsprechend großes Aufnahmevolumen verfügt.

Großes Aufnahmevolumen

Bei der Holder C-Reihe sind das z.B. bis zu 1.500 Liter und beim Holder MUVO sogar bis zu 2.200 Liter. Wer auf die An-

schaffung eines speziellen Anbaugerätes zur Laubbeseitigung jedoch verzichten möchte oder muss, kann ebenso gut mit einer bereits vorhandenen Mäh- oder Kehr- oder Kehr- oder Kehr- oder Kehr-Kombination arbeiten. Kleinere Einschränkungen im Arbeitsergebnis und in der Bedienung müssen zwar hingenommen werden, aber bei der Bewältigung überschaubarer Laubmengen verrichten auch diese Maschinen einen hervorragenden Job.

Abstimmung diverser Komponenten

Egal für welche Lösung ein Kunde sich letztendlich entscheidet, durch die jahrelange enge Zusammenarbeit von Holder mit verschiedensten Anbaugeräteherstellern sind Fahrzeug und Anbaugerät stets optimal aufeinander abgestimmt. Das Ergebnis sind technisch einwandfreie, effiziente und langfristig funktionierende Komplettsysteme.

Neben der Vielseitigkeit der Maschinen schätzen Holder-Fahrer vor allem die Knicklenkung. Mit ihr kann man zum einen Hindernissen auch auf kleinstem Raum ausweichen und zum anderen lässt sich das Anbaugerät, also z.B. das Laubaufnahmeggerät, spielend leicht und optimal ausrichten.

Durch die dreidimensionale Neigungsverstellung kann dabei auf alle Umgebungsvariablen eingegangen werden. Mit der Geräteentlastung kann zudem ein gleichmäßiger Abstand zum Boden eingestellt werden und sowohl Untergrund als auch Anbaugerät werden dadurch geschont. **□**



Holder-C70-Laubkehren.

Bild: Holder

Zukunft Stadtgrün unterstützt Bayerns Kommunen:

Millionenförderung für besseres Stadtklima

Für Bauminister Dr. Hans Reichhart sind attraktive Freiflächen nicht nur aus städtebaulicher Sicht ein wichtiger Beitrag: „Von Stadtgrün und Naherholungsflächen profitieren nicht nur Anwohnerinnen und Anwohner. Auch für die Artenvielfalt ist das ein wichtiger Beitrag“, sagte Reichhart.

Deshalb erhalten Städte und Gemeinden, die sich für mehr Grün in der Stadt einsetzen, von Bund und Freistaat Mittel aus dem Städtebauförderungsprogramm „Zukunft Stadtgrün“. Reichhart: „In diesem Jahr können wir dank der Bund-Länder-Städtebauförderung 31 Gemeinden in ganz Bayern mit mehr als 10,6 Millionen Euro unterstützen. Zusammen mit den Mitteln, die die bayerischen Gemeinden selbst investieren, ergibt das mehr als 16,5 Millionen Euro.“

Stadtgrün macht attraktiv

Ziel des Programms ist die Verbesserung und Verknüpfung des Stadtgrüns in den Städten und Gemeinden. Die Gemeinde Friedberg im schwäbischen Landkreis Aichach-Friedberg kann dieses Jahr beispielsweise dank staatlicher Unterstützung seinen Schlosspark aufwerten. Neben dem sanierten Schloss zählt der Schlosspark zur Hauptattraktion der Bayerischen Landesausstellung 2020 auf Schloss Friedberg. Auch Röttenbach im mittelfränkischen Landkreis Erlangen-Höchstadt profitiert von den Mitteln. Der Grünzug wird durch die Neugestal-

tung wieder deutlich erlebbarer und um eine Platz- und Veranstaltungsfäche ergänzt.

Förderung für Niederbayern

„Es freut mich sehr, dass sich alle niederbayerischen Gemeinden, die Fördermittel in diesem Programm beantragt haben, klar zur Innenentwicklung bekennen“, lobte der Bauminister besonders. „Sie erhalten eine erhöhte Förderung von 80 statt 60 Prozent aus unserer Förderinitiative „Innen statt außen“.“ So entsteht beispielsweise im niederbayerischen Hinterland auf dem früheren Sportplatz in der Ortsmitte ein Mehrgenerationenpark mit viel Grün und hoher Aufenthaltsqualität.

Bund ist und bleibt verlässlicher Partner für Länder und Kommunen

Horst Seehofer, Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat: „Der Bund ist und bleibt ein verlässlicher Partner an der Seite der Länder und Kommunen: auch 2019 stellen wir knapp eine Milliarde Euro an Bundesfinanzhilfen für die städtebauliche Förderung zur Verfügung. Darüber hinaus fokussieren wir 2019 unsere Unterstützung stärker auf den Erhalt und die Revitalisierung von

Stadt- und Ortskernen sowie die Nutzung innerörtlicher Brachflächen für den Wohnungsbau. Damit leisten wir einen Beitrag zur Innenentwicklung und zur Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Gleichzeitig setzen wir so ein Ergebnis des Wohnungsgipfels um. Die Schaffung von neuem Wohnraum muss immer auch mit einer attraktiven Umfeldgestaltung und guten Infrastrukturen einhergehen.“

Bundesfinanzhilfen

Der Bund unterstützt die Länder und Kommunen auch in diesem Jahr mit Bundesfinanzhilfen der Städtebauförderung in Höhe von 790 Millionen Euro. Die Städtebauförderprogramme „Soziale Stadt“, „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“, „Stadtumbau“, „Städtebaulicher Denkmalschutz“, „Kleinere Städte und Gemeinden“ und „Zukunft Stadtgrün“ werden auf dem bisherigen Niveau fortgesetzt.

Hinzu kommt der Investitionspakt „Soziale Integration im Quartier“ mit 200 Millionen Euro Programmmitteln des Bundes, mit dem die Kommunen den wichtigen Ausbau und die Sanierung ihrer sozialen Infrastruktur vorantreiben können. Die Bundesmittel sind Teil der Förderung, welche die Kommunen vom Land erhalten.

Eine Übersicht über die Programmkommunen und weitere Informationen zur Städtebauförderung sind im Internet verfügbar. **□**



BayWa

Leistungsstark zu jeder Jahreszeit.

Kommunal- und Gewerbeteknik auf grünen, grauen und weißen Flächen.

Bei Ihrer täglichen Arbeit im Frühling, Sommer, Herbst oder Winter unterstützen wir Sie durch individuelle Beratung, Vertrieb und nachgelagerten Service von:

- Traktoren
- Kommunalfahrzeugen
- Lastkraftwagen
- Transportern
- Anbaugeräten
- Anhängern

Erleben Sie die vielseitigen Einsatzmöglichkeiten der StreetScooter Fahrzeuge mit den verschiedenen E-VADE Aufbauvarianten. Fragen Sie uns gerne nach Ladeinfrastruktur-Lösungen.

Besuchen Sie uns auf der Autoschau Dorfen vom 14.–15.9.2019 täglich von 10–17 Uhr.

BayWa AG
Technik

Arabellastraße 4
81925 München

www.baywa.de/kommunkatalog
www.baywa-emobil.de



Hofgarten Dachau. Bild: Bayerische Schlösserverwaltung

Füracker über die Gartenanlagen der bayerischen Schlösserverwaltung:

Ein gelungenes Beispiel für Arten- und Naturschutz

Erfolgreiche Zusammenarbeit mit Imkern // Bäume werden digital erfasst

„Die 32 historischen Parkanlagen der Bayerischen Schlösserverwaltung schaffen ein hohes Maß an regionaler Identität und tragen wesentlich zur Unverwechselbarkeit und Einmaligkeit Bayerns bei“, stellte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker bei einem Informationstermin im Hofgarten Dachau fest.

„Nicht zuletzt sind sie aber auch wichtige Rückzugsgebiete und Lebensräume für wildlebende Tier- und Pflanzenarten, die es zu schützen gilt. Die Bayerische Schlösserverwaltung geht dabei mit gutem Beispiel voran“, so Füracker weiter.

Kartierung von Tier- und Pflanzenbeständen

Im „Kooperationsprojekt Artenschutz“, das von der Bayerischen Schlösserverwaltung zusammen mit dem Bay. Staats-

ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz und den Regierungen Oberbayern und Oberfranken initiiert wurde, werden seit Juni 2018 die Bestände der zahlreichen Tier- und Pflanzenarten sowie der schützenden Biotope erfasst. Die Kartierungsarbeiten laufen noch bis Herbst 2019 und finden im Schlosspark Nymphenburg, Park Rosenau und der Parkanlage Eremitage Bayreuth statt.

„Unter den bereits erfassten Tieren finden sich auch gefährdete Arten wie Springfrosch,

Gartendenkmäler als Nahrungsquelle

„Besonders wichtig für das Gleichgewicht in der Natur sind die Bienen“, erklärte Füracker

und Erfahrungen mit der Silphie sammeln wollen“, so Löffler.

Im Anschluss besichtigte man gemeinsam eine von Dietmar Strasser angelegte öffentliche Blühfläche von 1.700 Quadratmetern im Bereich Fronau, auf der zwei- und fünfjährige Blühmischungen von ihm ausgebracht wurden. Auf insgesamt 13,5 Hektar öffentlichem Grund wurden in diesem Jahr von Maschinenring, Gemeinden und Privaten Blühstreifen im Landkreis Cham angelegt.

Die Ausgabe von Blühmischungen an die 67 Obst- und Gartenbauvereine im Landkreis Cham verlief ebenfalls äußerst erfolgreich. Mit 10.000 Euro aus dem Fonds des Landrats konnten 1.436 Personen, Vereine und Institutionen mit Blühmischungen versorgt werden.

„Es macht mich stolz, dass die Menschen im Landkreis Cham unser Angebot so umfassend angenommen und umgesetzt haben. Somit konnten wir alle gemeinsam eine ansehnliche Fläche schaffen, die der Biodiversität und Artenvielfalt zu Gute kommt“, fasste Landrat Franz Löffler den Termin zusammen

Landkreis Cham:

Durchwachsene Silphie erfolgreich angebaut

Landkreis Cham startete mehrere Maßnahmen im Bereich Biodiversität und Artenvielfalt

„Schon lange vor dem Volksbegehren haben wir uns auf den Weg gemacht und umsetzbare Projekte wie Blühflächen auf öffentlichen und privaten Flächen, sowie die Ansaat der Energiepflanze „Durchwachsene Silphie“ initiiert“, so Landrat Franz Löffler.

Mit dem Geschäftsführer des Maschinenrings Cham Johann Stibich und Ralf Brodmann von der Firma Donau-Silphie besuchte Landrat Franz Löffler zunächst Familie Ederer aus Ziehring, die am Förderprogramm „Durchwachsene Silphie“ des Landkreises Cham teilgenommen hat. „Wir sind auf diese Energiepflanze aufmerksam geworden und waren von ihren Eigenschaften überzeugt. So beugt diese mehrjährige Pflanze der Bodenerosion vor, da sie bis zu 20 Jahre erneut austreibt und nicht wie der Mais immer wieder neu angesät werden muss. Darüber hinaus benötigt sie keine Spritzmittel und dient der Biene als Blühweide von Juni bis September – also zu einer

Zeit, in der das Nahrungsangebot für diese Insekten deutlich zurückgeht.

Als Energiepflanze ist sie zudem sehr für Biogasanlagen geeignet, als Futtermittel für Rinder hingegen kaum – aber auch Wildschweine machen einen Bogen um die Silphie“, stellte Löffler die Vorteile der Pflanze dar. Ebenso sei die Durchwachsene Silphie ein Tiefwurzler, der auch in Trockenphasen so an das begehrt Nass komme. Der Landkreis fördert den Anbau mit 500 Euro je Hektar. 22 Landwirte aus dem Landkreis Cham haben auf 43 Hektar der Durchwachsenen Silphie eine Chance gegeben. „Dies zeigt mir deutlich, dass die Landwirte bei uns neuen Dingen sehr aufgeschlossen sind

bei einem Rundgang durch den Bienengarten. „In den Gartendenkmälern – wie im Hofgarten Dachau – finden diese ein vielfältiges Nahrungsangebot.“ Derzeit sind bereits 54 Imker an 467 Bienenstöcken in den Anlagen der Schlösserverwaltung tätig. Die Zusammenarbeit soll auch weiterhin kontinuierlich ausgebaut werden. Der Bestand an Bienenvölkern ist seit 2015 um über 100 Bienenstöcke gewachsen. Der Bienengarten im Hofgarten Dachau mit seinen fünf Bienenvölkern ist öffentlich zugänglich. Ein spannender Bienenlehrpfad und die angebotenen Führungen durch die lokalen Imker sollen das Interesse für die Tiere wecken.

Digitales Baumkataster

„Aber auch Bäume sind zentraler Bestandteil unseres Ökosystems“, merkte Füracker an. „In einem digitalen Baumkataster werden daher seit 2018 alle Bäume in den von der Bayerischen Schlösserverwaltung betreuten Parkanlagen inventarisiert – bislang über 70.000 Bäume und Baumgruppen.“ Das Digitale Baumüberwachungssystem vereinfacht die Kontrolle und Verwaltung von Bäumen. Der Abruf und die Bearbeitung von Baumdaten ist direkt vor Ort auf dem Tablet möglich.

In den Regiebetrieben der Bayerischen Schlösserverwaltung vor Ort werden bayernweit 14 FFH-Gebiete (Natura 2000), 3 Naturschutzgebiete, 23 Landschaftsschutzgebiete und 1 Naturpark mit Gartenanlagen und Park betreut. Die vielen Naturflächen zeigen wie groß die Bedeutung des Arten- und Naturschutzes im Bereich der Bayerischen Schlösserverwaltung ist. Insgesamt sind derzeit rund 450 Mitarbeiter für die Erhaltung des „grünen Erbes“ im Einsatz. Durch die neue moderne und funktionale Arbeitskleidung der Mitarbeiter im Corporate Design, die ab sofort sukzessive in allen Regiebetrieben zum Einsatz kommt, können die Mitarbeiter nun auch optisch direkt zugeordnet werden. □

Stadt Abensberg:

Biodiversität – gemeinsame Schwerpunkte

Die Stadt Abensberg und das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten kooperieren beim Thema Biodiversität

Im Juli haben sich Amtsleiter Dr. Joachim Hamberger und Helene Faltermeier-Huber vom AELF mit Abensbergs 1. Bürgermeister Dr. Uwe Brandl getroffen, um erste Projekte zu besprechen.

Der promovierte Forstwissenschaftler Hamberger ist seit vielen Jahren ein Verfechter nachhaltiger Entwicklungen, hat hierzu mehrere Publikationen veröffentlicht und ist 1. Vorstand des Vereins für Nachhaltigkeit mit Sitz in Freising, wo er mit seiner Familie wohnt. 1. Bürgermeister Dr. Brandl hat bereits Ende der 90er Jahre mit der „Agenda 21“ für eine zukunftsfähige und nachhaltige Stadtentwicklung geworben; zuletzt hat er das Thema mit einem weit gespannten Bericht zu nachhaltigen Entwicklungsmöglichkeiten und -Projekten in Abensberg aktualisiert, nachzulesen in der Broschüre „Naturlich Abensberg“. Aktuell sorgt das Projekt „Naturstrom Abensberg“ zur Bildung eines lokalen Strommarktes für Erzeuger und Verbraucher in der Babonenstadt landesweit für Aufmerksamkeit; nach Abensberg und Bamberg haben sich auch die Gemeinden Furth und Altdorf bei Landshut für ein ähnliches Projekt entschieden.

Bereits festgelegt ist nun zwischen Stadt Abensberg und AELF eine gemeinsame Vortragsreihe zur Biodiversität in Land- und Forstwirtschaft. Denn Naturschutz und Biodiversität in Land- und Forstwirtschaft sind derzeit ungeheuer präsent Themen in der gesellschaftlichen Dis-



Bild: Stadt Traunreut

Traunreut investierte am Waldfriedhof

Neue Anlage für Urnengräber, Baumgräber und Gemeinschaftsgräber

Die Bestattungswünsche werden immer individueller. Auch in Traunreut wuchs die Nachfrage nach Baumgräbern und Gemeinschaftsgräbern. Deshalb kam man nun diesem Bedarf nach, investierte über 397.000 Euro und schuf auf dem städtischen Waldfriedhof den neuen „Urnenhof“, der nun zahlreiche Möglichkeiten für Urnengräber in Baumgräbern, Urnenwänden und verschiedenen Gemeinschaftsgrabanlagen anbietet. Nach mehreren Monaten Bauzeit konnte jetzt die neue Bestattungsanlage seiner Bestimmung übergeben und der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Es wurden acht Baumgräber für jeweils vier Urnen konzipiert. Für jede Bestattung wird ein Messingschild mit dem Namen und dem Sterbedatum auf der Bronzeabdeckung angebracht. Dieses Grabfeld mit den vorhandenen drei Eichen kann auf insgesamt 48 Baumgräber für jeweils vier Urnen erweitert werden. In der neuen Urnenwand konnten 144 Urnenkammern, jeweils abgedeckt durch grüne Granitplatten, geschaffen werden. Jede Urnenkammer kann vier Urnen aufnehmen.

Desweiteren gibt es ein Gemeinschafts-Urnenwandgrab. Dort stehen 30 Urnennischen zur Verfügung, wobei jede mit vier Urnen belegt wird. Diese Bestattungsform erfolgt nach der Reihe der Sterbefälle und ist daher nicht frei wählbar, wobei die Kosten dafür günstig sind.

Außerdem wurden noch Gemeinschaftsurnengräber in der Erde geschaffen. Dazu stehen zwei Anlagen mit je zehn Urnenplätzen zur Verfügung. Zur Beschriftung dient pro Anlage eine Stele aus Granit.

Bürgermeister Klaus Ritter bedankte sich bei den beteiligten Firmen und bei deren Vertretern, bei den Verantwortlichen der Stadtverwaltung und beim Maschinenring Traunstein, der für die städtischen Friedhöfe die Pflegearbeiten ausführt für pietätvolle und schöne Umsetzung.

„Auch auf dem städtischen Friedhof in Sankt Georgen entstehen bis Ende Oktober diesen Jahres 52 neue Grabstellen in einem Urnenhain mit Baumgräbern und einer Gemeinschaftsgrabanlage mit Sammelnamen-Stele“, so Bürgermeister Ritter. □



v.l.: Abensbergs 1. Bürgermeister Dr. Uwe Brandl, Helene Faltermeier-Huber, Leiterin des Fachzentrums für einzelbetriebliche Investitionsförderung. Sie wickelt mit ihrem Team Förderungen für 20 Landkreise ab und ist Teil der Initiative zur Biodiversität und AELF-Leiter Dr. Joachim Hamberger. □

der Ernährung machen können, um die Artenvielfalt zu fördern“. Im Januar 2020 geht es um „Bunte Vielfalt! Landwirtschaftliche Pflanzen für jeden Zweck. Wie Ökonomie und Ökologie durch Wahl der Wirtschaftspflanze in Einklang zu bringen sind“. Im Februar wird Forstbetriebsleiter Ulrich Mergner über „Forstwirtschaft und Biodiversität: Das Trittsteinkonzept vernetzt Biotope im Wirtschaftswald“ informieren. Einen emotionalen Schlusspunkt setzt Fotograf Stefan Füllrohr das Thema mit „Ästhetik und Vielfalt! Fotografien, die uns berühren. Warum es wichtig ist, sich nicht nur rational dem Thema Biodiversität zu nähern“ aufbereitet. Veranstalter sind das AELF zusammen mit der Stadt Abensberg und Partnern aus Landnutzung und Naturschutz. □

Probleme mit ihrem Friedhof?

FKZ
FRIEDHOFKOMPETENZ
ZENTRUM

Besuchen sie uns auf der Kommunale in Nürnberg Standnummer 640 in Halle 9
www.fkz-zentrum.de info@fkz-zentrum.de

Heilsame Abschiede

Matthias Horx und die Zukunft des Friedhofs

Am 25. Oktober 2019 beleuchtet der Trend- und Zukunftsforscher Matthias Horx im Maternushaus in Köln die Zukunft bestehender Friedhöfe. Unter dem Titel „Heilsame Abschiede“ diskutieren Soziologen und Theologen, Psychologen und Psychiater sowie Kunsthistoriker und Volkskundler den Wandel der Trauerkultur im Zeitalter der Individualität. Trauerbegleiter, Friedhofsplaner und -praktiker beschreiben die Folgen für Konzeption, Gestaltung und Handhabung von Beisetzungsarten auf bestehenden Friedhöfen. Ideeller Träger des Fachkongresses ist die „Arbeitsgemeinschaft Friedhof und Denkmal e.V.“

Neben der Präsentation der Ergebnisse der vom „Zukunftsinstitut Mathias Horx“ gemeinsam mit dem internationalen Markt- und Meinungsforschungsinstitut „YouGov“ vorgelegten wissenschaftlich fundierten Trendstudie „Trauerkultur der Zukunft“ und dem von den Soziologen Thorsten Benkel und Matthias Meitzler am Lehrstuhl für Soziologie der Universität Passau erarbeiteten Abschlussbericht „Zur soziologischen Forschung über die Umgangsweisen mit Grabstätten“ steht der gesellschaftliche Umgang mit den für Menschen schmerzhaften Erfahrungen von Trauer und Verlust im Mittelpunkt der Veranstaltung.

Die heute auf bestehenden Friedhöfen populären Beisetzungsangebote helfen vielen trauernden Hinterbliebenen kaum oder gar nicht, den für sie



Matthias Horx kennt die Zukunft. Er ist „Zukunftsforscher“. Im Rahmen der Veranstaltung „Heilsame Abschiede – vom Wandel der Trauerkultur im Zeitalter der Individualität“ beleuchtet er die Zukunft der Friedhöfe. Bild: Future Day GmbH, Frankfurt am Main

und Neurologie, klinischer Psychologin, Gesundheitspsychologin und Psychotherapeut, ärztlicher Direktor der „Landesnerven- und Kinderklinik Sigmund Freud“ in Graz und ärztlicher Direktor am „Landeskrankenhaus Graz Süd-West“ in Graz), Prof. Dr.-Ing. Constanze Petrow (Landschaftsarchitektin und Freiraumplanerin, Professorin für Freiraumentwicklung und Leiterin des

Heilsame Abschiede

Vom Wandel der Trauerkultur im Zeitalter der Individualität. Die Bedeutung von Raum, Zeit und Ort für die Trauer.

Ein Kongress zur Zukunft von Friedhöfen. 25. Oktober 2019, Maternushaus in Köln. **Infos und Anmeldung:** www.heilsame-abschiede.de

schmerzlichen Verlust eines nahestehenden Menschen zu begreifen oder zu verarbeiten. Die Bedürfnisse vieler Menschen bleiben dort unberücksichtigt. Der für eine gelingende Trauerbewältigung entscheidende aktive Umgang mit Trauer und Schmerz ist bei diesen Beisetzungsformen meist nicht vorgesehen. Handlungen sind als ein zentrales Element der Trauerbewältigung oft verboten. Diese Beisetzungsarten behindern laut den vorliegenden Studien den Trauerprozess und sind mitverantwortlich für die mangelnde Attraktivität und die zunehmend schwindende Akzeptanz bestehender Friedhöfe.

Einen attraktiven Raum für Trauer schaffen

Wie es vor dem Hintergrund dieser Studienergebnisse gelingen kann, Friedhöfe wieder im Zentrum der Gesellschaft zu etablieren und sie in Zukunft zu einem für Hinterbliebene attraktiven Raum für Trauer zu machen, darüber referieren und diskutieren am 25. Oktober 2019 in Köln unter anderem: Dr. Thorsten Benkel (Soziologe und Akademischer Beamter am Lehrstuhl für Soziologie an der „Universität Passau“) und Matthias Meitzler M.A. (Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Soziologie an der „Universität Passau“), Prof. Bart Brands (Landschaftsarchitekt und Friedhofsplaner, Geschäftsführer und Mitinhaber des Büros für Landschaftsarchitektur „Karres en Brands“ in Hilversum und Gastprofessor an der „University of Pennsylvania – Stuart Weitzmann School of Design“), Prof. Dr. Dr. Michael Lehofer (Facharzt für Psychiatrie

Institut für Freiraumentwicklung der „Hochschule Geisenheim“), Dr. Dirk Pörschmann (Kunsthistoriker, Direktor des „Zentralinstituts und des Museums für Sepulkralkultur“ in Kassel sowie Geschäftsführer der „Arbeitsgemeinschaft Friedhof und Denkmal e.V.“), PD Dr. Thomas Schnelzer (Privatdozent am Lehrstuhl für Pastoraltheologie und Pastoralpsychologie der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt), Dipl.-Ing. (FH) Marc Templin (Landschaftsarchitekt und stv. Friedhofsleiter „Hamburger Friedhöfe AÖR“) und Prof. Dr. Birgit Wagner (Psychologin und psychologische Psychotherapeutin, Professorin für Klinische Psychologie und Psychotherapie sowie Verhaltenspsychologie an der „Medical School“ in Berlin) □

Friedhofs- und Bestattungsrecht in Bayern

Systematischer Kommentar zum Bestattungsgesetz, zur Bestattungsverordnung sowie zu den sonstigen einschlägigen Vorschriften

Begründet von Dr. Heinrich Klingshirm, Ministerialdirigent a.D. im Bayer. Staatsministerium des Innern, fortgeführt von Claudia Drescher, Referatsdirektorin beim Bayer. Gemeindetag, und Dr. Juliane Thimet, Ltd. Verwaltungsdirektorin beim Bayer. Gemeindetag und Stv. des geschäftsführenden Präsidialmitglieds

Das Werk erläutert aktuell und praxisnah die Vorschriften des Bestattungsgesetzes und der Bestattungsverordnung einschließlich ihrer Auslegung durch die Rechtsprechung. Es behandelt eingehend die ärztliche Leichenschau, die Tätigkeit der Bestatter und die Voraussetzungen für die Bestattung unter Berücksichtigung der einzelnen Bestattungsarten. Weitere wichtige Themen sind die gemeindliche Pflicht zur Bereitstellung von Bestattungseinrichtungen sowie die Wettbewerbssituation zwischen Gemeinde und privaten Bestat-

Bestattungswesen in der Praxis

Ausführlich befassen sich die Autoren mit dem Friedhof, seiner Errichtung und Erhaltung,



Eine veränderte Bestattungskultur verlangt das Vorhalten verschiedener Grabarten. Der Preis bestimmt auch im Friedhofsbereich mehr und mehr die Nachfrage. Eine überlegte Kalkulation der Friedhofsgebühren zur Steuerung dieser Nachfrage ist damit ein wichtiges Instrument, den Friedhof zukunftsfähig zu machen. Unsere Bilder zeigen links den Friedhof in Bastheim und rechts eine Neuanlage in Erding.

Friedhof 2020:

Wer soll das bezahlen?

Politisch gewollte Kostenunterdeckungen holen uns ein

Gastbeitrag: Ingrid Hannemann, KUBUS Kommunalberatung und Service GmbH

Über Jahrzehnte war der Friedhof oft Stiefkind der gemeindlichen Verwaltung. Eine kostendeckende Einrichtung nach dem Kommunalabgabengesetz wie Wasser und Abwasser? Rechtssicher kalkulierte Gebühren? Beides unbekannt! Die Kämmerer berechnete die Gebühren und der Gemeinderat setzte sie in der politisch gewünschten Höhe fest.

Urnengräber hielten Einzug auf den Friedhöfen und mussten vor allem billig sein. Würden im Rahmen der Jahresrechnung die hochdefizitären Zahlen vorgestellt, kam aus Reihen des Gemeinderates der Vergleich mit dem so gar nicht vergleichbaren Schwimmbad. Politisch gewollte Kostenunterdeckungen waren an der Tagesordnung und sind es noch immer. Ihr späterer Ausgleich ist nicht mehr nachholbar. Mehr und mehr werden nicht nur diese Defizite beanstandet, auch Bürgermeister und Gemeinderäte selbst geben sich mit dieser Vorgehensweise nicht mehr zufrieden. Sie verweigern den Ausgleich dieser Defizite über den allgemeinen Haushalt und somit über den Gemeindebürger. Bei Beachtung einiger Prämissen lassen sich Friedhöfe aber auch durchaus kostendeckend finanzieren.

Entwicklungen richtig einschätzen

Irrig ist der Glaube, dass die Prognose der Fallzahlen am Friedhof nur für die Friedhofsplanungen benötigt wird. Glück-

lich kann sich der Friedhofsträger schätzen, der einen der wenigen Planer mit den hierfür notwendigen Kenntnissen und Fähigkeiten gefunden hat. Prognosezahlen sind aber auch das Kernstück einer Gebührenkalkulation, so hat es uns der BayVGH in seiner bedeutenden Entscheidung vom 22.9.2011 über die Gebührensatzung der Gemeinde Hohenbrunn gesagt. Bestattungs- und Verlängerungszahlen für die verschiedenen Grabarten sind über einen möglichst langen Zeitraum zu betrachten und für den Kalkulationszeitraum zu schätzen. Sie stellen sich auf jedem Friedhof in Bayern anders dar. Nehmen in der einen Gemeinde die Urnenbestattungen sprunghaft zu, finden in der anderen Gemeinde immer noch 95 Prozent Erdbestattungen statt. Eine allgemein gültige Formel gibt es nicht.

Grundprinzipien der Gebührenpolitik beachten

Auch für die Friedhofsplanung gelten die Grundsätze der Sparsamkeit und der Wirtschaftlichkeit. Beide zusammen erfordern eine überlegte und zurückhaltende Ausgabenpolitik, die auf den Gebührenschuldner besondere Rücksicht nehmen muss. Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit werden im Friedhofsbereich oft verwechselt. Der Verzicht auf regelmäßige Unterhaltungsmaßnahmen oder auf die etwas kostspieligere Sanierungsmaßnahme stellt sich im jeweiligen Haushaltsjahr oft als sparsam dar, auf lange Sicht gesehen ist er aber unwirtschaftlich. Folgekosten von aufwändigen Pflegeverträgen oder Unterhaltungsmaßnahmen wegen besonderer Materialien sind schon bei der Planung zu überdenken, unüberlegte Ad-hoc Maßnahmen und falsche Ausschreibungszeit-

Kommentarstellen erleichtert. Die Erläuterungen sind auf aktuellen Stand gebracht. Neu eingefügt ist ein Muster für einen Bestatterdienstleistungsvertrag.

Das kompetente Nachschlagewerk unterstützt alle, die bei ihrer täglichen Arbeit mit dem Friedhofs- und Bestattungsrecht in Berührung kommen. Erschienen im Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG; bestellung@boorberg.de; www.boorberg.de
Loseblattwerk, Taschenbuchformat, etwa 920 Seiten, € 56,-
einschl. Ordner
ISBN 978-3-415-00598-3 □



ebenfalls den allgemeinen Haushalt und damit den Gemeindebürger.


Gebührenrelevante Fehler vermeiden und neue Wege der Finanzierung finden

punkte möglichst zu vermeiden.

Überhangflächen vermeiden

Sowohl Flächen, die aufgrund einer überdimensionierten Planung entstanden sind, als auch solche, die aufgrund nachlassender Grabnutzungen den Friedhofsflächen wieder zuwachsen, sind Überhangflächen im Sinne des Gebührenrechts und dürfen nicht in die Kalkulation der Grabnutzungsgebühren einfließen. Überhangflächen können sich auch in baulichen Anlagen finden, die -wenn auch planerisch sinnvoll- über Grabnutzungsgebühren erst einmal nur zum Teil finanziert werden können. Das wiederum belastet

Beispielhaft für solche Fehler sei hier die Festsetzung voneinander stark abweichender Ruhezeiten für Erdgräber und Urnengräber genannt. Dies ist in Bayern möglich. Gemeinsam mit dem geringeren Flächenverbrauch für Urnengräber bedingt es ein Entstehen von Überhangflächen, deren Pflege nicht nur den gemeindlichen Haushalt belastet, sondern den Friedhof mehr und mehr unattraktiv werden lässt. Mit einer besonderen Art der Gebührenkalkulation, die für jede Grabart eine Art Grundgebühr, den sog. grabartidentischen Kostenanteil berechnet, wird ein Gebührenaussgleich unter den verschiedenen Grabarten bewirkt. □



KUBUS
KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH

Kompetenz für Kommunen.
Ein Unternehmen kommunaler Spitzenverbände

In unserem Büro in München bieten wir folgende Dienstleistungen für Sie an:

- Kalkulation von Kommunalabgaben
- Friedhofsgebühren
- Gebühren und Beiträge in der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung
- Kur- und Fremdenverkehrsbeiträge
- Feuerwehrgebühren
- Energieausschreibung Strom- und Gas
- Ausschreibung von Reinigungsdienstleistungen

KUBUS Kommunalberatung und Service GmbH

Büro München
Germaniastraße 42, 80805 München
☎ 089/44 23 540-0 ✉ bayern@kubus-mv.de

Hauptsitz Schwerin
Bertha-von-Suttner-Straße 5, 19061 Schwerin
☎ 0385/30 31-251 ✉ info@kubus-mv.de

www.kubus-mv.de



Der Landesvorsitzende der KPV der CSU, Landrat Stefan Rößle (Mitte) gemeinsam mit (von links): Wolfgang Förtsch (Stv. KPV-Bezirksvorsitzender), Bürgermeister Gerhard Schneider (Himmelkron), Heiko Hain (Mitglied im Landeshauptauschuss), Gerhard Preß (Mitglied des Landesvorstands), Stefan Förtsch (Stv. KPV-Bezirksvorsitzender), KPV-Bezirksvorsitzender Karl Philipp Ehrler, Hans-Walter Hofmann (Stv. KPV-Bezirksvorsitzender) und Landtagsabgeordnetem Holger Dremel.

Bezirksversammlung der KPV Oberfranken in Himmelkron:

Lebendiger Austausch mit Landesvorsitzendem Rößle

Große Freude herrschte beim KPV-Bezirksverband Oberfranken über den Gastbesuch von KPV-Landesvorsitzendem Landrat Stefan Rößle. Bezirksvorsitzender Bürgermeister Karl Philipp Ehrler (Stammach) hielt Rückblick auf die vergangenen zwölf Monate, in denen der Vorstand sich traf, um aktuelle Fragen im Beisein fachkundiger Gesprächspartner wie etwa Gesundheitsministerin Melanie Huml oder Bundestagsvizepräsident Hans-Peter Friedrich zu erörtern. So funktioniert ein lebendiger Austausch zwischen der kommunalen Basis und Entscheidern auf höherer Ebene.

KPV-Chef Rößle verwies auf die Kommunalfreundlichkeit der Staatsregierung und nannte als Paradebeispiel den Finanzausgleich. Rößle legte einige Zahlen auf den Tisch, die aufzeigten, wie die Staatsregierung seit Jahren die

Verteilungsmasse erhöht. Fast 10 Milliarden Euro sind das mittlerweile und in Bayern können die Kommunen gut davon leben.

Geduldig nahm Rößle Fragen und Vorschläge auf, die in den lokalen Gremien für Diskussion sor-

gen, darunter der Nahverkehr in den ländlichen Gegenden, Behördenverlagerung, ICE-Halt, Förderung für Schulen und Krankenhäuser. Die Delegierten sparten auch nicht mit Lob für die Staatsregierung in München, die wie nie zuvor die Kommunen gerade auch in Oberfranken vorbildlich unterstütze.

Kommunalwahl im Visier

KPV-Bezirksvorsitzender Bürgermeister Karl Philipp Ehrler (Stammach) feierte die Offene Ganztagschule als Erfolgsmodell, sah aber noch Bedarf bei der Finanzausstattung. Was die Aktivitäten im oberfränkischen KPV-Bezirksverband angeht, werde natürlich die Kommunalwahl 2020 den Schwerpunkt der kommenden Monate bilden, doch seien auch hochrangige Gesprächspartner für fachpolitische Gespräche bereits gebucht.

Landesvorsitzender Rößle stellte im Anschluss sein „Herzensprojekt“ vor, das inzwischen auf Bundesebene angekommen ist und viele Initiativen ausgelöst hat: Spenden sammeln in Deutschland,

Gemeinsam gegen den Pflegenotstand:

Nachbarschaftsnetzwerk schult ehrenamtliche Alltagsbegleiter

Einkaufen, plaudern, chauffieren, vorlesen, kochen, spazieren gehen, Reparaturen, die Wäsche oder den Papierkram erledigen – die Einsatzbereiche der Alltagsbegleiter sind ebenso vielfältig wie die mehr als 300 Ehrenamtlichen, die im Münchner Verein deinNachbar e. V. (www.deinNachbar.de) bereits im Einsatz sind. Menschen, die ältere Mitbürger unterstützen wollen, werden dort kostenlos von Pflegefachkräften zu kompetenten Alltagsbegleitern ausgebildet. Sie kommen da zum Einsatz, wo hilfs- oder pflegebedürftige Menschen Betreuung und Unterstützung benötigen, um pflegende Angehörige und Pflegefachkräfte zu entlasten.

Nach einer intensiven Schulung (nach § 45 SGB XI) können die Alltagsbegleiter selbst über eine eigens entwickelte App des Netzwerkes Dauer und Termine ihrer Einsätze bequem auswählen. Die ehrenamtlichen Helfer erhalten für ihre Dienste eine Aufwandsentschädigung und erfahren einen lebendigen Austausch mit Gleichgesinnten. So schafft deinNachbar e. V. optimale Voraussetzungen dafür, mit Herz und Hand zu helfen.

Mehrfach ausgezeichnet

Der Verein deinNachbar ist ein soziales Unterstützungsnetzwerk mit ehrenamtlichen Helfern aus der Nachbarschaft, das 2015 als Pilotprojekt ins Leben gerufen wurde. Heute umspannt das mehrfach ausgezeichnete Nachbarschaftsnetzwerk, das für Helfer und Hilfesuchende durch Logistik und perfekt digitalisierte Organisationsstrukturen größtmögliche Flexibilität schafft, bereits große Teile Münchens.

Rund 300 ehrenamtliche Helfer betreuen aktuell mehr als 200 hilfsbedürftige Menschen in ih-

damit Schulen in Afrika gebaut werden können. Der Gedanke, der hinter diesen Patenschaftsprojekten steckt ist, dass Bildung vor Ort den Menschen Zugang zu einem besseren Leben verschaffen kann. Damit lassen sich Fluchtursachen bekämpfen.

Schulen für Afrika

Allein in Rößles Landkreis Donau-Ries konnte bereits für über zwei Dutzend Schulen das benötigte Geld gesammelt werden. Wie Rößle berichtete, habe ihm ein anonym Spender sogar 55.000 Euro im Briefkasten hinterlassen. Er selbst habe bereits der Einweihung von Schulen in Malawi und Namibia beigewohnt. Von diesem „Funken der Begeisterung“ im Landkreis Donau-Ries hätten sich mittlerweile auch die kommunalen Spitzenverbände in Deutschland anstecken lassen. In einer Gemeinschaftsinitiative wollen nun Deutscher Landkreistag, Deutscher Städtetag und Deutscher Städte- und Gemeindebund 1.000 Schulen in Entwicklungsländern auf den Weg bringen.

Partner der Aktion ist die Stiftung „Fly & Help“. Sie soll sicherstellen, dass die Projekte vor Ort ordnungsgemäß umgesetzt werden und danach der Schulbetrieb reibungslos läuft. Für 50.000 Euro lasse sich in Afrika schon eine ganze Schule bauen, informierte Rößle.

Kandidaten aus allen Bevölkerungskreisen gesucht

Mit Blick auf die anstehende Kommunalwahl gilt es aus seiner Sicht, kompetente, engagierte, glaubwürdige Menschen aus allen Bevölkerungskreisen für die CSU als attraktive Kandidaten zu gewinnen, die in den Rathäusern und Gremien eine solide, bodenständige Kommunalpolitik betreiben. Auf die KPV im Wahlkampf könne man zählen.

Von den Oberfranken nahm Rößle zahlreiche Anregungen mit und versprach, sich ihrer anzunehmen. „Ihr seid eine tolle Mannschaft, ich freue mich auf eure weitere Mitarbeit im Landesverband“, bedankte er sich abschließend bei den Delegierten. **DK**

Bezirk Unterfranken lässt Kulturträger nicht hängen

Der Bezirk ist darauf gefasst, für angelegte Gelder auch künftig kaum Zinsen zu bekommen. Das ist dramatisch für die bezirkseigene Kulturstiftung, über die aktuell jedes Jahr Kulturprojekte in Höhe von acht Millionen Euro gefördert werden. 2026 werden voraussichtlich nur noch fünf Millionen Euro zur Verfügung stehen, hieß es am Donnerstag im Kulturausschuss. Damit die freie Kulturszene nicht auf der Strecke bleibt, sollen die Kommunen in Zukunft stärker zur Kasse gebeten werden.

Die Kulturstiftung des Bezirks, die letztes Jahr 20-jähriges Bestehen feiern konnte, basiert auf einem Grundstockvermögen von knapp 210 Millionen Euro. In den besten Jahren konnten daraus 13 Millionen Euro erlöset werden. Viel Geld stand damit zur Verfügung, um freie Theater, Musikvereine, Chöre, Museen und soziokulturelle Projekte zu fördern. Bereits vor zehn Jahren begann die Quelle „Kulturstiftung“ spärlicher zu sprudeln. Erste Sparmaßnahmen griffen. Vor allem die Denkmalpflege wurde, wie es seinerzeit hieß, „entwuchert“. So gibt es seit 2009 jährlich nur noch sechs mit je 25.000 Euro dotierte Denkmal-Förderpreise. Zuvor wurden jedes Jahr zwölf Preise vergeben.

Auch in finanziell klammen Zeiten will man die freie Kulturszene nicht hängen lassen, betonten Vertreter der Bezirksverwaltung im Kulturausschuss. Schließlich rechnen Organisationen wie die Clingenburger Festschüler, die Humorbrigade Hofgarten oder der Blasmusikverband Vorspeart fest mit den bisher gewährten Geldern. Um die freie Kultur weiterhin fördern zu können, sollen große Ausgabenblöcke ab 2021 von der Kulturstiftung in den allgemeinen Haushalt des Bezirks verlagert werden. Das allerdings bedeutet, dass die kreisfreien Städte und Landkreise in der Region und damit letztlich Unterfrankens Bürger die Projekte über die Bezirksumlage mitfinanzieren müssen.

Verlagerung von Aufgaben

Aus Sicht der Bezirksverwaltung ist eine Aufgabenverlagerung eindeutig besser, als weitere Sparmaßnahmen zu beschließen. Wobei es inzwischen sowieso kaum noch möglich wäre, einzusparen. Mehr als vier Millionen Euro aus der Kulturstiftung werden für Projekte ausgegeben, zu deren Förderung der Bezirk verpflichtet ist. Dazu gehören bezirkseigene Einrichtungen wie die Museen Schloss Aschach oder die Musikakademie Hammelburg. Weiter rund zwei Millionen Euro sind jedes Jahr für Projekte vorgesehen, die als „unverzichtbar“ gelten. Hierzu zählen die Vergabe der Förderpreise zur Erhaltung der historischen Bausubstanz sowie das Archäologische Spessartprojekt.

Unterm Strich stehen damit ohnehin nur knapp 1,8 Millionen Euro für kulturelle Initiativen, Vereine und Kulturveranstaltungen von Kommunen zur Verfügung. Damit diese Fördersumme auch in Zukunft fließen kann, sollen 2021 die Kosten für die Berufsfachschule für Musik in Bad Königshofen und der Musikakademie Hammelburg aus dem allgemeinen Bezirkstopf finanziert werden. Damit würde die Kulturstiftung im ersten Schritt um 1,1 Millionen Euro entlastet. Ab 2022 sollen die Ausgaben für die Meisterschule Ebern, ab 2023 die für das Denkmal „Schlosspark Werneck“ und ab 2024 die für das Freilandmuseum Fladungen aus dem Kameralhaushalt finanziert werden.

Um den finanziellen Mehrbedarf des Bezirks zu decken, müssen die Kommunen ab 2024 dauerhaft zusätzlich 1,6 Millionen Euro pro Jahr aufbringen. Allein dadurch wird die Bezirksumlage um 0,2 Prozent steigen. Im Gegenzug könnten jedoch alle Kulturprojekte, die der Bezirk unterstützen muss oder möchte, zuverlässig bis 2026 finanziert werden. So lange können Erlösrückgänge mit Ent-

nahmen aus der Rücklage der Stiftung kompensiert werden. 2026 wird jedoch auch damit Schluss sein. „Dann ist unsere Rücklage aufgebraucht“, so Gernot Janke, Direktor der Bezirksverwaltung.

Im nächsten Jahr soll es noch keine Verlagerung von Aufgaben geben, weil die Bezirksumlage 2020 ohnehin „kräftig“ erhöht werden muss, kündigte Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel (CSU) an. Dies liegt an stark steigenden Ausgaben für die Pflege. Die notwendige Erhöhung gegenüber den Umlagezahlern durchzusetzen, wird laut Dotzel „problematish“ genug.

Der Bezirk hofft, dass es in Zukunft eine Chance gibt, sich von einigen Aufgaben dauerhaft zu entlasten. So soll versichert werden, die Berufsfachschule für Musik in Bad Königshofen in eine Hochschule umzuwandeln. Dann wäre der Freistaat verantwortlich für die Einrichtung. Für die Studierenden hätte dies den Vorteil, dass sie in Bad Königshofen einen Bachelor-Abschluss machen könnten. **Pat Christ**

GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Monika Steer
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Anja Schuchardt (Landtag)
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 53 vom 01.01.2019
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



Von links: Katja Müller, stellv. Bezirksvorsitzende und Bürgermeisterin von Lauingen, KPV-Landesvorsitzender Stefan Rößle, Stefan Bosse, ehemaliger KPV-Bezirksvorsitzender Schwaben, sein Nachfolger Matthias Kiermasz sowie dessen Stellvertreter Thomas Eigstler aus Wiggensbach im Oberallgäu. Bild: Hans Joas

Neuwahlen bei der KPV in Schwaben:

Matthias Kiermasz folgt auf Stefan Bosse

Als vor zehn Jahren Stefan Rößle zum Landesvorsitzenden der Kommunalpolitischen Vereinigung aufstieg, folgte ihm Kaufbeurens OB Stefan Bosse als Bezirksvorsitzender in der mitgliederstärksten Arbeitsgemeinschaft der CSU in Schwaben. Seine Nachfolge trat jetzt Kammeltals Bürgermeister Matthias Kiermasz an. Der Günzburger KPV-Kreisvorsitzende war bereits Stellvertreter im Bezirk. Seinen Part in der Stellvertreterriege übernahm jetzt neben Thomas Eigstler (Wiggensbach, Oberallgäu) und Robert Sturm (Etringen, Unterallgäu) die neu gewählte Bürgermeisterin aus Lauingen, Katja Müller.

Willkommene Gäste waren neben Bürgermeistern, Stadt- und Gemeinderäten auch Bezirksrat Peter Schiele aus dem Donau-Ries, Günzburger Landrat Hubert Hafner sowie KPV-Landesvorsitzender Landrat Stefan Rößle. Staatsminister a.D. Alfred Sauter kam in Vertretung des CSU-Fraktionsvorsitzenden im Bayer. Landtag Thomas Kreuzer. Rößle und Sauter gingen in ihren Grußworten auf die aktuelle Landes-, Bundes- und Europapolitik ein.

Rößle zufolge wurde gemeinsam viel erreicht. Zehn Milliarden Euro aus dem Finanzausgleich gelte es immer sinnvoll einzusetzen. Bei den 2020 anstehenden Kommunalwahlen müsse man die dominierende Partei bleiben und abgewanderte Wähler zurückgeholt werden. Wichtig sei es, den eige-

nen bewährten Werten treu zu bleiben und nicht ständig irgendwelchen Trends nachzuerennen.

Eine Dekade an der Spitze Schwabens CSU-Kommunalpolitiker war für Stefan Bosse genug. Zu seiner Tätigkeit als Oberbürgermeister in Kaufbeuren kommen ja noch der Bezirkstag, die Mitarbeit in den verschiedensten Planungsverbänden und als Sprecher mehrerer Organisationen. Nicht verhehlen wollte er aber auch seinen Verdross über das unglückliche Taktieren des Bayerischen Landtages hinsichtlich der Abschaffung der Straußenausbaubeiträge. Die Kommunen wurden sprichwörtlich im Regen stehen gelassen. Mit einem Dank an die bisherigen Mitstreiter und den besten Wünschen für die Zukunft gab Bosse sein Amt an seinen Nachfolger weiter. **Hajo**



Fast alle Gemeindeoberhäupter waren auf der Klausurtagung vertreten.

Bild: LRA Bamberg

Landkreis Bamberg:

Gemeinsames Ziehen an einem Strang

Klausurtagung von Bürgermeistern und Landkreisverwaltung

Das Mega-Thema Mobilität, ein Ausbildungszentrum für die Feuerwehren, die Herausforderungen der Wirtschaft, die Erwartungen von Familien oder die Ausgangssituation in der Bildung – darüber und über weitere Themen tauschten sich Bürgermeister und Landkreisverwaltung bei der inzwischen vierten zweitägigen Klausurtagung aus.

Die Mobilität der Zukunft ist nach den Worten von Landrat Johann Kalb für unsere Bürger essenziell und gleichzeitig für einen Flächenlandkreis im ländlichen Raum eines der wichtigsten und komplexesten Themen. Daher wurde 2018 das intermodale Mobilitätskonzept verabschiedet. Seitdem wird mit Hochdruck an der Umsetzung von insgesamt 46 Maßnahmen gearbeitet.

Bürgerbusse als Ergänzung

Ein neuer Nahverkehrsplan wird schnelle, vertaktete Linien und mehrfache Hin- und Rückfahrten pro Tag in vielen Orten vorsehen. „Wir streben parallel zu den längerfristigen Prozessen natürlich auch schnelle, deutliche Optimierungen für die Mobilität unserer Bürger an“, so der Landkreischef. Bürgerbusse der Gemeinden sollen zum Beispiel das bestehende Liniennetz zusätzlich ergänzen. Hierfür will Landrat Johann Kalb die Förderung des Landkreises anheben. Diskutiert werden soll über die Einrichtung von Bürgermobilen, Fifty-fifty-

Taxi, Abruftaxis oder Rufbusse.

Der Bildungsbericht gab den Teilnehmern einen interessanten Überblick über die demographische Entwicklung mit der sich der Landkreis in den nächsten Jahren auseinander setzen wird. Seit 2012 steigt die Geburtenrate im Kreis wieder an, auf der anderen Seite erfolgt eine „Ausbildungsabwanderung“ der 16- bis 25-Jährigen. Die Zahl der Menschen, die älter als 60 Jahre sind, verdoppelt sich dagegen.

Zielgruppe Familien

Die Familienbefragung brachte hervor, dass sich fast die Hälfte dieser Zielgruppe spezifische Angebote für Freizeitgestaltung wünscht, direkt gefolgt von Informationen über Gesundheits-, Ernährungs-, und medizinischen und schulischen Themen.

Kreisbrandrat Bernhard Ziegmann erläuterte die Anforderungen an ein mögliches Ausbildungszentrum im Landkreis Bamberg. Beim Thema sexualisierte Gewalt in Kindertagesstätten will der Landkreis das von der Erzdiözese Bamberg er-

arbeitete Präventionskonzept übernehmen und es den Gemeinden für deren gemeindliche Kitas zur Verfügung stellen.

Mitarbeiter der Landkreisverwaltung informierten über aktuelle Ehrenamtsprojekte oder die diesjährige „Internationale Woche“, die im September mit 43 abwechslungsreichen Veranstaltungen in 18 Gemeinden aufwartet.

Partnerschaft für Demokratie

Politik zum Anfassen möchte der Landkreis mit der „Partnerschaft für Demokratie“ bieten. Dies hat mit einem Meinungsaustausch mit Vertretern der Fridays-for-future-Bewegung bei der Energiemesse in Memmelsdorf begonnen und sieht im September das nächste Projekt, ein Jugendforum, vor.

Der Landkreis mit Landrat Johann Kalb und der Kreisverband des Bayerischen Gemeindetages mit seinem Vorsitzenden Bürgermeister Helmut Krämer (Heiligenstadt i.OFr.) waren die Gastgeber der zweitägigen Klausur. Beide freuten sich, dass das Informationsangebot so gut angenommen wurde. Die Landräte Stefan Rößle (Donau-Ries) und Oliver Bär (Hof) zollten den Bambergern Anerkennung zu diesem Format und überlegen, dieses zu kopieren. □

GZ

GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Es ist einfach deprimierend, wie negativ die Einstellungen in der Gesellschaft geworden sind. Überall sieht man Probleme, überall das Negative, überall ist das Glas halbleer. Niemand spricht mal aus, dass wir uns solange mit dem Guten zufrieden geben müssen, bis es vom Besseren abgelöst wird.“ Mein Chef, der Bürgermeister, legte eine Mappe mit Zeitungsausschnitten der vergangenen Wochen auf den Tisch.

Und tatsächlich: Fast alles, was uns täglich umgibt, ist im Kern schädlich! Windkraftanlagen töten Vögel. Photovoltaikanlagen sind Sondermüll. Das Auto mit Verbrennungsmotor wird uns alle früher oder später umbringen. SUVs, die mit einem Marktanteil von rund einem Viertel an den Neuzulassungen tau-

Premierminister doch tatsächlich, er könnte sein Land so aus der EU zaubern, dass ein imperiales Wohlstand strahlendes Britain mittelig auf die Länder des Kontinents blickt, die von graugrünen Bürokraten in Brüsseler Stahlbetonbauten diktorisch zu Grund gerichtet werden.

Aber keines von beidem – weder die Fortbewegung ohne die Überwindung einer physikalischen Karte, noch die Wiederaufstehung des britischen Empire – werden wir in absehbarer Zeit erleben.

Wir müssen also wohl oder übel mit den Unvollkommenheiten unserer derzeitigen Technologien leben und sie Schritt für Schritt verbessern. Das nennt man Fortschritt und hat in den vergangenen Jahrhunderten in den entwickelten Ländern den Hunger und eine ganze Reihe vormals unheilbarer Krankheiten besiegt, die Lebenserwartung der Bevölkerung auf nie gekannte Höhen getrieben und uns einen Wohlstand beschert, der beispiellos in der Menschheitsgeschichte ist.

Fortschritt aber braucht Optimismus, braucht den Glauben und den Willen, dass menschlicher Erfindergeist, menschliche Phantasie und Tüftelei, gepaart mit harter Arbeit, Lösungen für jedes Problem finden kann – im Zweifel auch, um Schäden zu beseitigen, die der Mensch selbst angerichtet hat. Schließlich waren es neue Technologien, die die durch die Industrialisierung verschmutzte Luft über der Ruhr sauber gemacht und die chemikalienverseuchten Gewässer der ehemaligen DDR in weniger als drei Jahrzehnten wieder saniert haben.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist jedenfalls voller Zukunftsoptimismus. Er hat oft genug erlebt, wie segensreich neu entwickelte Technologien, neue chemische Verfahren oder innovative informationstechnische Lösungen sich für die Gesellschaft und meist auch für jeden Einzelnen ausgewirkt haben. Kurz: Er ist ein Fortschrittsgläubiger. Halten wir es alle mit dem deutschen Astronauten Alexander Gerst (Astro-Alex): „Wir haben die Chance und die Pflicht, für die heutigen Probleme neue Lösungen zu finden.“

Ihre Sabina

Fortschritt braucht Optimismus

sende von Arbeitsplätzen in Deutschland sichern, sollen laut Deutscher Umwelthilfe, deren Daseinszweck darin zu bestehen scheint, Deutschland von einem Industriestandort in ein Öko-Agrarland umzuwandeln, gleich ganz verboten werden. Elektroautos sind auch nicht so der Hit, weil für deren Batterien ja seltene Erden gebraucht werden und die Produktion sowie die Entsorgung echt schmutzig und energieintensiv ist. Deshalb trifft auch die Elektrofahrräder und die putzigen Elektroroller, mit denen trendbewusste Städter derzeit gerne umherbrausen, der unerbittliche Bannstrahl von selbsternannten oder so genannten Experten: Klimakiller.

Die klimaneutralste Art der Fortbewegung ist wahrscheinlich die Teleportation, wie sie die Mannschaft von Raumschiff Enterprise beim Beamen oder der Zauberlehrling Harry Potter bei Apparieren nutzt, also das Dematerialisieren am Ausgangs- und das Rematerialisieren am Zielort. Originell bei den Magiern der britischen Inseln ist auch das Transportwesen: Die zu transportierenden Güter schweben neben der Person her – ganz ohne mechanische Kraft.

Nun ist ja Zauberei und Magie in Großbritannien sehr en vogue – so glaubt der Muggle-

Politische Teilhabe der Bürger fördern

Bürgermeister des Jahres: Deggendorfer OB Moser erhält Auszeichnung für besonderes Bürgerengagement

Der Oberbürgermeister der Stadt Deggendorf, Dr. Christian Moser, ist Bayerns „Bürgermeister des Jahres“ und wird damit für seine herausragenden Verdienste und sein Engagement für die Bürger geehrt. Die Auszeichnung wurde ihm nun im Deggendorfer Rathaus überreicht. Moser ist seit sieben Jahren im Amt und hat in dieser Zeit zahlreiche Projekte initiiert, die Bürgern, Wirtschaft und Verwaltung der Stadt zugutekommen.

Allen voran etablierte er mit dem Projekt „Aktive Bürgerbeteiligung und -information der Stadt Deggendorf“ ein wirkungsvolles Instrument, um der immer größer werdenden Politikverdrossenheit entgegenzuwirken. Jurymitglied Dr. Franz-Stephan v. Gronau, Partner der LKC-Gruppe aus Grünwald, hob besonders die detailreiche Ausgestaltung des Bürgerangebots hervor, das mit modernen Multimedia-Möglichkeiten zur Teilnahme animiert. „Abgesehen von der aktuellen kommunalpolitischen Relevanz dieses Themas sind es hier auch die Vorbildfunktion und die besonders zielorientierte und Erfolg versprechende Vorgehensweise, die wir würdigen“, erklärte von Gronau.

Detailreiches Bürgerangebot

Auch Mosers Bemühungen um die Senioren der Stadt wurden von der Fachjury gelobt. Sein Engagement gegen die Einsamkeit der älteren Bewohner Deggendorfs sei herausragend. „Herr Oberbürgermeister Dr. Christian Moser hat erkannt, dass dies neben anderen „Soft-facts“ besonders im städ-

tischen Bereich eine unabdingbare Komponente für eine erfolgreiche und zukunftssichere Stadtentwicklung ist“, bewertet v. Gronau.

Vorbild für andere Kommunen

Übergeben wurde der Preis von Rechtsanwalt Dr. Stefan Detig, Geschäftsführer der Detig Rechtsanwaltskanzlei und Altbürgermeister der Gemeinde Pullach im Isartal. „Mit der Aus-

zeichnung „Bürgermeister des Jahres“ sollen das Engagement, die Kreativität und die Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen Wertschätzung und Aufmerksamkeit erfahren sowie anderen Kommunen als Vorbild dienen“, betonte Detig in seiner Laudatio.

Ausgelobt wird der jährliche, landesweite Preis für besondere kommunalpolitische Verdienste von der LKC-Gruppe aus Grünwald bei München sowie der Detig Rechtsanwaltskanzlei aus Pullach. Neben der Auszeichnung erhält die Stadt Deggendorf steuerliche und rechtliche Beratungsleistungen von der LKC-Gruppe für eine gemeinnützige Einrichtung in Höhe von 2.000 Euro. □

EuRegio-Bürgermeister auf dem Rupert-Pilgerweg

Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus der EuRegio Salzburg – Berchtesgadener Land – Traunstein auf den Spuren von St. Rupert, dem Schutzpatron des Erzbistums Salzburg einschließlich des Rupertiwinkels und „Salzheiligen“

Nachdem im vergangenen Jahr mit einer Almwanderung an den Südstürzen des Hochkönigs ein alpiner Raum der EuRegio begangen wurde, war das Ziel der diesjährigen EuRegio-Bürgermeisterwanderung der nördliche Rupertiwinkel mit einem Abschnitt des St. Rupert Pilgerwegs. Bereits 2012 wurde dieser Pilgerweg im Zuge eines von der EU über das INTERREGProgramm geförderten EuRegio-Projektes von Altötting bis Bischofshofen grenzüberschreitend durchgehend ausgewiesen, beschildert und mit einem Begleitheft beworben.

EuRegio-Präsident und Bürgermeister von Tittmoning Konrad Schupfner begrüßte die grenzüberschreitende Wandergruppe bei herrlichem Wetter auf der Burg in Tittmoning und erläuterte kurz ihre Entstehungsgeschichte, auch als „Aussenbastion“ des damaligen Erzbistums Salzburg gegen Bayern.

Die Pilgerbegleiterin Elisabeth Gröbner aus Petting übernahm dann die Führung der Gruppe auf ihrem Weg über die

Wallfahrtskapelle Maria Pönlach und das Hof-Café in Mühlham nach Törring mit seiner kleinen Marienkapelle am Dorfweiher und der Kirche St. Vitus. Hier eröffnete sich vom Friedhof ein toller Ausblick hinüber ins benachbarte Oberösterreichische.

Besichtigung der Wallfahrtskirche St. Coloman

Nach einem weiteren Wegabschnitt wurde die Gemeinde-

grenze nach Taching überschritten und dort die Wallfahrtskirche St. Coloman erreicht. Diese wurde um 1500 erbaut und wartet mit einem vollständig erhaltenen spätgotischen Flügelaltar des Laufener Malers Gordin Guckh aus dem Jahr 1515 auf, wie Dr. Ludwig Haas in seiner Führung erläuterte.

Nach dem abschließenden Pilgerseggen von Pfarrer und Hausherr Konrad Roeder stellte Bürgermeisterin Ursula Haas kurz ihre Gemeinde vor und führte die Gruppe dann zum Tenglinger Strandbad. Dort bestand die Möglichkeit, sich im See zu erfrischen und auf der Terrasse eine herzhafteste Stärkung zu sich zu nehmen. Anschließend ging es dann gemütlich mit dem Taxi-Bus wieder zurück zum Ausgangspunkt an der Burg in Tittmoning. □



OB Moser (Mitte) gemeinsam mit Rechtsanwalt Dr. Stefan Detig (r.) und Jurymitglied Dr. Franz-Stephan v. Gronau, Partner der LKC-Gruppe. Bild: Stadt Deggendorf

Landkreis Donau-Ries begrüßt 110 Regionalmanager aus ganz Bayern

Der Landkreis Donau-Ries fungierte beim diesjährigen Erfahrungsaustausch des bayerischen Wirtschaftsministeriums zusammen mit den Nachbarlandkreisen Ansbach und Weißenburg-Gunzenhausen als Gastgeber. Die zukunfts-fähigen und innovativen Projekte überzeugten die Teilnehmer und unterstützen die Region in ihrer positiven Entwicklung.

Die 110 Regionalmanager wurden im Stadtsaal Klösterle in Nördlingen von Oberbürgermeister Hermann Faul und dem Stellvertreter des Landrats Reinhold Bittner begrüßt. Beide stellen die erfolgreiche Entwicklung der Region vor und bescheinigen dem Regional- und Konversionsmanagement Donau-Ries eine zukunfts-fähige und kooperative Arbeit für den Landkreis. Auch die neue Leiterin des Referats für Regionalmanagement im Wirtschaftsministerium, Dr. Patricia Callies sprach ein Grußwort und bedankte sich für die rege Teilnahme am Erfahrungsaustausch 2019. Sie stellte die hohe Bedeutung der Fördermaßnahmen für die ländlichen Räume dar und verwies auf die gleichwertige

Lebensbedingungen in Stadt und Land, die damit unterstützt würden. Anschließend stellten die Konversionsmanagerin Barbara Wunder und der Leiter der Stabsstelle Kreisentwicklung Klemens Heininger ihre Projekte vor.

Projekte mit Vorbildcharakter

Im Bereich Regionalmanagement wurde besonders auf den Kunstpfad Donau-Ries verwiesen, der seit 14. Juli läuft, sowie auf die Beteiligung an der Landesgartenschau Wassertrüdingen. Ein weiteres erfolgreiches und einzigartiges Projekt sind die Sprachlotsen, die seit 2015 in der Region installiert sind und Kindern mit Migrationshintergrund spielerisch beim Erlernen der deutschen Sprache unterstützen. Das Konversionsmanagement berichtete über die laufenden Projekte Dorfläden und Innenentwicklung. Beide Projekte, die mittlerweile Vorbildcharakter in Bayern und darüber hinaus haben, sind fest im Landkreis etabliert und unterstützen die leben-

digen Ortskerne der Region. Die zehn Dorfläden, die sich im Herbst 2016 zu dem deutschlandweit einzigen Dorflädennetzwerk auf Landkreisebene zusammengeschlossen haben, führen gemeinsam Projekte durch, vermarkten sich als Netzwerk und unterstützen sich in diesem Rahmen gegenseitig mit Wissenstransfer und Erfahrungsaustausch.

Anschließend stellte der Regionalmanager des Landkreises Weißenburg-Gunzenhausen die laufenden Projekte im Kloster Heidenheim vor. Nach einer Wanderung in Hechlingen a. Hahnenkammsee, folgte ein Vortrag über die Innenentwicklung im Landkreis. Den Rahmen dafür bildete das gelungene Beispiel für die Innerortsentwicklung: die Alte Wagnerei in Deiningen.

Der Deiningen Bürgermeister Wilhelm Rehklau begrüßte die Regionalmanager und überreichte Dr. Callies das Buch mit der Deiningen Geschichte als Andenken. Mit regional typischem Wirtshausingen unterhielt Altbürgermeister Karlheinz Stippler die Gäste aus ganz Bayern. Zum Abschluss des ersten Tages gab es eine nächtliche Stadtführung durch die Nördlinger Altstadt.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Einladung der Arbeitsgemeinschaft Friedhof und Denkmal e.V. bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.



V.l.: Regionalmanagerin Jennifer Werner, Klemens Heininger, Leiter der Stabsstelle Kreisentwicklung, Hermann Faul, Oberbürgermeister Stadt Nördlingen, Rita Walter, Leiterin des Referats Regionalmanagement im bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie sowie Mitarbeiterin des Referats Regionalmanagement, Konversionsmanagerin Barbara Wunder und der stellvertretende Landrat des Landkreises Donau-Ries Reinhold Bittner. Bild: Stefanie Fieger, LRA Donau-Ries

Am nächsten Tag besuchten die Teilnehmer des Erfahrungsaustausches den Regionalpavillon auf der diesjährigen Landesgartenschau in Wassertrüdingen im Landkreis Ansbach. Im Regionalpavillon präsentierten sich insgesamt 1.800 Aussteller aus drei Landkreisen Ansbach, Weißenburg-Gunzenhausen und Donau-Ries abwechselnd mit verschiedenen Aktionen. Darüber hinaus stellte die Regionalmanagerin des Landkreises Ansbach Stefanie Regel die Projekte Ihres Landkreises vor.

Vorschau auf GZ 18

In unserer Ausgabe Nr. 18, die am 26. September 2019 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- IT · EDV · E-Government · Breitband · Mobilfunk
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Facility Management
- Kommunale Energiethemen: Erzeugung · Beschaffung · Speicherung
- Kommunale Museen und Bibliotheken

LIEFERANTEN

GZ

NACHWEIS

Absperrpfosten



Heinkelstraße 44,
71384 Weinstadt
Tel.: 07151/99 51 643

HUGO KNÖDLER GmbH
www.absperrpfosten.com

Fahnenmasten / Fahnen



Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Am Gewerbering 23 · D-84069 Schierling
Tel. 09451 9313-0 · www.fahnen-koessinger.de

Abzeichen



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau



ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

ERLUS
Qualität aus Deutschland

Das GZ-Netzwerk

Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.

www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

Energiedienstleistung



erdgas
schwaben
sicher, günstig, nah

erdgas-schwaben.de

Fahnenmasten



Heinkelstraße 44,
71384 Weinstadt
Tel.: 07151/99 51 641

HUGO KNÖDLER GmbH
www.fahnenmast.com

Fahnenmasten / Fahnen



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

GZ-Newsletter

Erhalten Sie regelmäßig aktuelle Informationen über kommunalpolitische Themen:

www.gemeindezeitung.de/newsletter

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

CONSTANZE VON HASSEL
Telefon 08171.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Gebäudedienstleistungen



Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung

seit 1910

Prior & Peußner Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß · 90427 Nürnberg

www.pp-service.com

Gewerbepbau

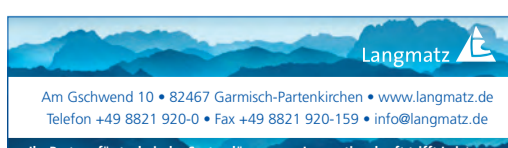


Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

Infrastrukturanbieter



Am Gschwend 10 · 82467 Garmisch-Partenkirchen · www.langmatz.de
Telefon +49 8821 920-0 · Fax +49 8821 920-159 · info@langmatz.de

Ihr Partner für technische Systemlösungen – Innovationskraft trifft Leistung

Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunaler Datenschutz



Wir leben Datenschutz und Informationssicherheit.
Für öffentliche Verwaltungen. Unsere Spezialisten beraten nicht nur. Sie packen auch an - zuverlässig, schnell und preiswert.
Sprechen Sie uns an! Tel. 089 - 58 80 839-0 oder info@insidas.de

www.insidas.de

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:



Hydraulik Anbauelemente



Hydraulische Generatoren, Hochdruckwasserpumpen, Kompressoren, Schweißgeräte, Magnetanlagen, Straßen- und Rohrreinigungsanlagen, Vibrationspumpen, Staubbindungssysteme, Tauchpumpen, Bohrflüssigkeitspumpen

PT-Hydraulik Vertrieb OHG
Untereggr. 15 · 86971 Peiting · Tel. +49 88 61/24 69-100
info@pt-dynaset.de · www.pt-dynaset.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthäuser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthäuser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de



Multifunktionale Wärmerückgewinnung



Clever investieren - doppelt sparen mit Ihren Lüftungs- und Klimaanlage

Kostendämpfung mit der Wärme- / Kälterückgewinnung von SEW®!

- Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
- Kurze Amortisation, sicherer Betrieb
- Keimfreie Rückgewinnung - hygienisch einwandfrei
- Nachrüstung / Sanierung im Bestand
- Wegfall von Rückkühlwerken möglich (s. 42. BImSchV)

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Augsburg: Klinikum · Aschaffenburg: Fachhochschule · Bamberg: Klinikum · Bayreuth: Klinikum · Ingolstadt: Saturn Arena · München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck · Regensburg: Universität · Schweinfurt: Leopoldina-Krankenhaus · Würzburg: Universität u.v.a.m.

SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152/9156-0
www.sew-kempen.de

Recyclingbaustoffe



Weihnachtsbeleuchtung



weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led

bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Vertragshandel für *Milchsee*

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

Kommunale Neuigkeiten

Legen Sie für die Rufnummer +49 1579 2451592 einen Kontakt an und senden Sie die Nachricht „Start“ per WhatsApp an diese Nummer.

HEILSAME ABSCHIEDE

Ideeller Träger:

Arbeitsgemeinschaft
Friedhof und Denkmal e.V.

VOM WANDEL DER TRAUERKULTUR IM ZEITALTER DER INDIVIDUALITÄT

25.10.2019 ▶ MATERNUSHAUS, KÖLN ▶ EIN KONGRESS ZUR ZUKUNFT VON FRIEDHÖFEN

Friedhöfe neu denken

Der für Menschen hilfreiche Umgang mit Trauer findet auf vielen Friedhöfen nicht die notwendige Berücksichtigung. Viele der dort angebotenen Beisetzungsorte helfen trauernden Hinterbliebenen nicht und sind mitverantwortlich für die mangelnde Attraktivität und die zunehmend schwindende Akzeptanz bestehender Friedhöfe.

DABEI SEIN, WENN ZUKUNFT PASSIERT

Um den Friedhof als gesellschaftlich akzeptierten, für Hinterbliebene attraktiven „Raum für Trauer“ zu gestalten und ihn als wertgeschätzten Ort für trauernde Menschen zu etablieren, muss es gelingen, ihn im Zentrum der Gesellschaft selbst zu etablieren.

Im Mittelpunkt des Friedhofs der Zukunft stehen die Bedürfnisse der Menschen. Wissenschaftlich fundierte Studien zeigen, dass die auf Friedhöfen angebotenen Beisetzungsorte, den Erfordernisse einer als gelungen angesehenen Trauerarbeit gerecht werden müssen. Nur so kann der Friedhof als Ort der Beisetzung nützlich und für die Trauer der Hinterbliebenen attraktiv und hilfreich sein.

Es kann gelingen, die Attraktivität bestehender Friedhöfe zu steigern, wenn ihr immaterieller Nutzen, das heißt die wirkungsspezifische Funktion der dort angebotenen Beisetzungsorte in den Mittelpunkt rückt. Auf Friedhöfen entstehen in Zukunft „Orte der Trauer“, die Menschen helfen. Was Friedhöfe leisten, und wie für Menschen hilfreiche Beisetzungsorte aussehen, erfahren Sie am 25. Oktober 2019 in Köln.



Dr. Dirk Pörschmann

Geschäftsführer Arbeitsgemeinschaft Friedhof und Denkmal e.V., Direktor Zentralinstitut und Museum für Sepulkralkultur



Matthias Horx

Pionier der Zukunftsforschung,
Gründer Zukunftsinstitut

Räume für Trauer auf dem Friedhof – hilfreiche Orte für Menschen

Wie kann es gelingen, Friedhöfe in Zukunft zu einem für Hinterbliebene attraktiven Raum für Trauer zu machen und sie mit wirkungsvollen und für Menschen nützlichen Beisetzungsorten wieder im Zentrum der Gesellschaft zu etablieren?

Dies zeigen zum einen die Ergebnisse der wissenschaftlich fundierten Trendstudie „Trauerkultur der Zukunft“ vom Zukunftsinstitut, in Zusammenarbeit mit dem internationalen Markt und Meinungsforschungsinstitut YouGov. Zum anderen bestätigt dies der Abschlussbericht „Zur soziologischen Forschung über die Umgangsweisen mit Grabstätten“ der Soziologen Dr. Thorsten Benkel und Matthias Meitzler der Philosophischen Fakultät der Universität Passau.

Gestalten
auch Sie den
Wandel mit!

HEILSAME
ABSCHIEDE

25.10.2019
▶ MATERNUSHAUS, KÖLN

Die Bedeutung von Raum, Zeit und Ort für die Trauer – unter anderem mit:



Dr. Thorsten Benkel
Soziologe



Bart Brands
Landschaftsarchitekt



Birgit Aurelia Janetzky
Theologin, Trauerrednerin



Prof. Dr. Dr. Michael Lehofer
Psychiater, Psychologe,
ärztl. Direktor zweier Kliniken in Graz



Matthias Meitzler
Soziologe



Prof. Dr. Constanze Petrow
Landschaftsarchitektin



Dr. Dirk Pörschmann
Kunstwissenschaftler



David Roth
Bestatter, Trauerbegleiter



Marc Templin
Projekt- und Parkmanagement
Hamburger Friedhöfe



Prof. Dr. Birgit Wagner
Psychologin, psychologische
Psychotherapeutin

PROGRAMM

VORMITTAG

09:00–12:00 Uhr

► TRAUERN, FRIEDHOF UND ABSCHIED NEHMEN
HEUTE – SO SIEHT DIE REALITÄT AUS

THEMEN

- So trauert Deutschland
- Die Psychologie des Trauerns
- Erfahrungen mit Trauerbegleitungen der neuen Art
- Der Friedhof der Zukunft

Kuratierung und
Moderation:



Matthias Horx
Pionier der Zukunftsforschung,
Gründer Zukunftsinstitut

NACHMITTAG

13:00–18:00 Uhr

► DIE NEUE TRAUER IN IHREN ASPEKTEN

THEMEN

- Death over Dinner: Gespräche über den Umgang mit Tod
- Trauern im Netz – geht das?
- Die innere Verwandlung – über die neurologisch-spirituelle Sicht des Trauerns
- Die absolute Bedeutung des Ortes für die Trauer

Zeit zum Handeln

Der Friedhof braucht Hilfe. Wissenschaftliche Studien machen es deutlich: Als Beisetzungs- und Trauerort ist der Friedhof heute nicht mehr selbstverständlich.

Am 25. Oktober 2019 steht die zukunftsfähige und kundenorientierte Entwicklung von Friedhöfen im Mittelpunkt. Die Chance dabei zu sein, wenn es um die Zukunft des Friedhofs geht!

Sichern Sie sich mit ihrem Ticket zum günstigen Frühbuchepreis einen einmaligen Blick in die Friedhofswelt von morgen.

TICKETS

Preis:
175 Euro

Nettopreis
zzgl.
19% USt.

Sichern Sie
sich jetzt
Ihr Ticket!

JETZT BUCHEN UNTER:

www.heilsame-abschiede.de/chance

HEILSAME
ABSCHIEDE

25.10.2019
► MATERNUSHAUS, KÖLN